

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. für die Haus-Eingabe Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingeschrieben in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Besprechungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 10 Pfg. (zweiwöchentlich 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäftsvermittlungen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 2. Februar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1984.

Glücksspiel?

Während die schwere Krise in der auswärtigen Politik noch immer fort dauert, sind auch die inneren Zustände in Deutschland nichts weniger als geklärt. Und manche Anzeichen sprechen dafür, daß wir auch im Innern bewegteren Zeiten entgegengehen, sobald erst die äußere Lage etwas geklärt ist.

Der Kampf, der zwischen dem Generalstab und der Reichsregierung, dann zwischen dem Reichsfinanzamt und dem Kriegsministerium geführt worden ist, hat mit der bedingungslosen Kapitulation vor den „Forderungen der Armee“ geendet. Noch weiß man nicht, was die neue Militärvorlage bringen wird, aber schon gehen die Mutmaßungen ins Riesenhafte. Nachdem erst 1911 140 Millionen, 1912 600 Millionen für die nächsten fünf Jahre dem Militarismus bewilligt worden sind, soll die neue Vorlage eine jährliche Mehrausgabe von 100 bis 130 Millionen bringen. Dies wirkt alle bisherigen Finanzpläne über den Haufen. Unter den Regierungen herrscht über die Dedungsfrage offener Zwiespalt. Im Gegensatz zu den Regierungen Süddeutschlands, Sachsens, Oldenburgs und noch anderer Kleinstaaten ist die preussische Regierung als Wächterin der konfessionell-meritokratischen Steuerpolitik gegen jegliche Besteuerung und vor allem gegen die Erbschaftsteuer. Ihrem Veto hat sich Herr v. Bethmann Hollweg selbstverständlich gefügt. Der Mann, der angeblich über den Parteien steht, hat sich dafür mit Recht von einem sächsischen offiziellen Organ sagen lassen müssen, daß er aus parteipolitischen Gründen handelt. Das ist ja freilich nichts Ueberraschendes; denn in allen Dingen, auf die sie wirklich Wert legen, ist die preussische und damit die Reichsregierung Wachs in den harten Händen der Junker.

Die Denaturierung der Erbschaftsteuer zu einer Vermögenszuwachssteuer, die den Großgrundbesitz weiter steuerfrei läßt, ist die tägliche Ausflucht einer Politik, deren höchste Sorge die Wahrung des agrarischen Privilegs auf Steuerfreiheit ist. Aber dieser verächtliche Rückzug der Regierung ist nicht das einzige, was an den kommenden Steuerfragen interessiert. Ist doch das eine absolut sicher, daß die 100 bis 150 Millionen, die gebraucht werden, trotz aller feierlichen Versprechungen nicht allein von den Besitzenden werden gefordert werden. Es ist heute schon sicher, daß ein Teil der neuen Steuern indirekte und Verbrauchssteuern sein werden, die die Volksmassen tragen müssen. Zugleich mit den neuen Opfern für den Militarismus bereitet sich ein neuer Steuerraubzug vor. Ein neuer Steuerraubzug, kaum vier Jahre nach dem Raub der halben Milliarde, in den Zeiten einer unerhörten, durch die agrarische Bucherpolitik erzeugten Tenerung, nach einer Wahl, in der die Zweidrittelmajorität des deutschen Volkes ein vernichtendes Verdict über diese Politik gefällt hat!

Die geschlagenen Schwarzblauen sind aber mit dieser neuen Provokation noch lange nicht zufrieden. Sie haben dank der Geduld des preussischen Volkes, die noch immer das Dreiklassenwahlrecht erträgt, die Macht in Preußen. Aber sie wollen auch die Macht im Reich und im Reichstag wieder unumschränkt besitzen. Und diese Wiedereroberung sucht jetzt das Zentrum planmäßig vorzubereiten. Es benützt den Vorwand des Jesuitengeheßes, um seine Wählermassen aufzurufen, um seine häuerliche Gefolgschaft und auch die christlichen Arbeiter in jene Kulturkampfstimmung zu versetzen, in der sie die schweren Verbrechen des Zentrums an den Lebensinteressen des Volkes vergessen und es ihnen schwarz vor den Augen wird. Kommt dann die neue Militärvorlage, so wird das Zentrum sie natürlich nicht prinzipiell verwerfen, — so „unpatriotisch“ sind ja die Meritokraten heileibe nicht —, sondern es wird sie „gewissenhaft prüfen“. Und dann wird es, wenn es die Situation für günstig hält, an den Forderungen Abstriche vornehmen — gerade in einem solchen Ausmaß, daß die Regierung, die ja in diesen Dingen unter der Diktatur der Militärkreise steht, zur Auflösung des Reichstages schreiten muß.

Das Zentrum hat bei einer solchen Auflösung vor allem dank der veralteten Wahlkreiseinteilung nicht viel zu riskieren, aber sehr viel zu gewinnen. Sein Verhältnis zu den Konservativen wird durch sein reichsfeindliches Verhalten keinen Moment getrübt werden. Dazu ist die Gemeinschaft zwischen den Reaktionsären von der schwarzen und blauen Couleur viel zu eng. Und die Blauen wissen sehr wohl, daß sich in dem neuen Reichstage schon alles finden wird. „In Anbetracht der geänderten Situation“ werden die Schwarzen genau so wie nach der Auflösung 1893 und 1906

wieder alles bewilligen, was sie früher als unannehmbar bezeichnet hatten. Denn unterdessen ist ja das Wahlgeschäft, wenn ihre Rechnung in Erfüllung geht, gemacht. Die Nationalliberalen werden in ihrer Tölpelhaftigkeit schon die Geschäfte des Zentrums besorgen. Sie werden mit Hurra auch für die aussichtsreichsten Forderungen des Militarismus stimmen und den Wahlkampf gegen die „antinationale“ Sozialdemokratie in der Tat, und nur mit Worten gegen das Zentrum führen. Und die Fortschrittler werden sich als Anhänger des Nationalliberalismus auch im Reiche erweisen, wie sie es jetzt schon in Preußen tun. Damit hätten die Schwarzblauen gewonnenes Spiel. Zwar ist die Hoffnung, die feilen Schlachttreihen der Sozialdemokratie zu erschüttern und ihre Wählerzahl zu verringern, völlig eitel. Aber den Schwarzblauen handelt es sich um Mandate. Und sie rechnen, daß eine isolierte Sozialdemokratie dank der liberalen Einsicht um einige Mandate gebracht werden könnte. Eine geringe Verschiebung genügt aber, um die alte schwarzblaue Majorität wieder herzustellen.

Und der Siegespreis ist lochend genug. Dieser Reichstag würde die neuen Handelsverträge zu schließen haben, bei denen ja die Milliardengewinne der Agrarier auf dem Spiele stehen. Und wenn auch die Nationalliberalen sichere Schutzdöllner sind, so ist es doch noch schöner, wenn die schwarzen und blauen Agrarier unbekümmert um industrielle Interessen den Zolltarif allein diktieren können. Dann ist auch das Schreckgespenst der Erbschaftsteuer endgültig gebannt und auch für die Steuerausplünderung der Massen der Weg eben so frei, wie für die Zollaussplünderung. Und schließlich wird die schwarzblaue Diktatur im Reichstag auch schon für die nötige Homogenität der Regierung sorgen, auf daß die noch immer versprochene Wahlreform in Preußen den Konservativen und Meritokraten auf den Leib geschrieben werde.

Fällt so dem Zentrum entsprechend der Natur der Verhältnisse die Aufgabe zu, durch seine Scheinopposition im Reiche die Dinge einer Krise zuzutreiben, so sorgen die Konservativen unterdessen für die nötige Geiligkeit der Regierung. Herr v. Kardorff hat ja im preussischen Landtag mit dankenswerter Offenheit die sauberen Pläne enthüllt. Der Herr ist freilich kein sehr geeigneter Vortragsführer der herrschenden Klassen. Er ist der Sohn jenes Kardorff, dessen Name mit der Schandtat jenes Verfassungsbruches vom Dezember 1902 so innig verknüpft ist, durch den die Zollwuchermehrheit die Geschäfts-

ordnung des Reichstags niedertrampelte, um ihren Raub in Sicherheit zu bringen. Der Mann, der heute nach dem Zuchthausgeheiß schreit, daß den Arbeitern jede Verbesserung ihrer Lebenshaltung unmöglich machen soll, sollte daran denken, daß er seinen Reichtum und seine soziale Stellung etwas allzu unverschämte ausmüht. Verdankt er doch nichts der eigenen Arbeit, sondern ist er doch nur der glückliche Erbe des Vermögens, das seinem Vater jene Gründerpraktiken des Jahres 1873 eingebracht haben, die das schmutzigste Kapitel deutscher Vermögenserwerbungen bedeuten. Aber charakteristisch ist es schon, daß sich die konservative Meute diesen Mann zu ihrem Vortragsführer erlesen hat.

Herr v. Kardorff hat das konservative Ideal proklamiert, daß die Reichsregierung der „junge Mann“ der preussischen Minister sein müsse, wie ja diese preussischen Minister nie etwas anderes sein durften, als die Lausburschen der preussischen Junker. Er hat sehr deutlich, untröstlich von dem Beifall der Konservativen, von Herrn v. Bethmann die bedingungslose Unterwerfung unter die Gebote der Dreiklassenmänner verlangt. Und was Herr v. Dallwitz dazu gesagt und geschwiegen hat, das zeigt, daß das preussische Ministerium und die Konservativen völlig übereinstimmen.

Während so das Zentrum im Reiche für die neue Majorität sorgen soll, wollen die Konservativen durch ihren Sturmangriff für die neue Majorität die neuen Minister schaffen. Und ist dies Werk erst gelungen, dann sind auch die Tage gekommen, in denen die konservative Gewaltpolitik gegen die Arbeiterklasse erprobt werden kann.

Ob die Ereignisse wirklich diesen Verlauf nehmen werden, steht noch dahin. Die auswärtige Lage ist außerordentlich gespannt und die dunklen Pläne sehen eine ruhige auswärtige Situation voraus. Ihr Geilungen rechnet mit der Tölpelhaftigkeit des Liberalismus, von dessen nationalliberaler Spielart besonders erwartet wird, daß er wieder einmal das Geschäft der Schwarzblauen besorge. So sicher dieser Faktor in die Rechnung eingestellt werden kann, so unsicher ist dagegen der dritte und schließlich wichtigste Faktor. Wird das deutsche Volk wirklich sich überrumpeln lassen und der reaktionären Sippe nochmals das Nest in die Hand geben? Hier hat die Rechnung das Loch. Und die Aufgabe der Sozialdemokratie wird es sein, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß bei dem Hazardspiel, das da gespielt werden soll, schließlich Rot gewinnt!

In letzter Stunde.

Die Haltung der Mächte.

Wien, 1. Februar. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Die Konstantinopeler Meldung des Wiener A. S. Telegraph. Corr.-Bureaus, nach welcher in den dortigen diplomatischen Kreisen geglaubt wird, daß ein gemeinsamer Schritt der Mächte bei der Pforte bevorstehe, beruht auf einem Irrtum.

Gemeinsame Schritte sind unseres Wissens jetzt weder der Pforte noch den Balkanstaaten gegenüber geplant. Eine Einwirkung auf die Erhaltung des Friedens kann auch in einer anderen Weise geschehen, über die die heutige Vorkonferenzversammlung in London beschließen wird. Entgegen den Gerüchten ist es nicht zu bezweifeln, daß die Vorkonferenzversammlung sich gegenwärtig freiwillig ausschalte oder sich ausschalten lasse.

Die Mächte werden bis zum letzten Augenblick tätig sein, um einem Wiederausbruch des Krieges entgegenzuwirken. Deutschland ist, was die Ratschläge an die Balkanstaaten betrifft, nach unseren Erkundigungen bereits mit gutem Beispiel vorangegangen.

Die Auffassung in Sofia.

Sofia, 31. Januar. Die türkische Antwortnote wird hier zwar an maßgebender Stelle als unbefriedigend bezeichnet, doch ist der allgemeine Eindruck derselben nicht allzu ungünstig. Diplomatische Kreise sind sogar der Ansicht, daß aus dem Inhalt der Antwortnote auf eine weitere Nachgiebigkeit der Türken geschlossen werden könne, so daß die Möglichkeit weiterer Verhandlungen nicht ausgeschlossen sei.

Noch achtundvierzig Stunden und dann haben die Kanonen das Wort, wenn nicht doch noch in letzter Stunde eine Vermittlung erfolgt. Eine solche wird von der Vorkonferenzkonferenz in London erwartet. Wird sie Erfolg haben? Trotz aller löblichen Reden ist weder bei den Balkanstaaten noch bei der Türkei die Begeisterung für den Wiederbeginn des Massenmordes groß und die türkische Regierung hat noch nicht das letzte Wort gesprochen. Die Möglichkeit für die

Verhinderung des Krieges ist aber immer noch vorhanden, aber sie ist recht schwach geworden.

Erklärungen Danews.

London, 1. Februar. Dr. Danew sagte vor seiner Abreise einem Vertreter des Reuterschen Bureaus, das bemerkenswerteste an der Lage sei die Einigkeit der Mächte, und die Tatsache, daß niemand den Wunsch hege, sich die schwierige Lage der Dinge im nahen Osten zuzunutzen zu machen. Er sei überzeugt, daß alle Mächte ohne Ausnahme den Frieden wünschten, und er schähe ihre Bemühungen, einen Ausgleich zu fördern. Dr. Danew wiederholte dann, daß die in der Antwortnote der Pforte aufgestellten Bedingungen unannehmbar seien.

Ein Zeichen der Entspannung.

Wien, 1. Februar. Wie das „Freundenblatt“ meldet, wird sich Oberstleutnant Prinz Gottfried Hohenlohe nach Petersburg begeben, um dem Zaren im Auftrag des Kaisers Franz Joseph ein Handschreiben zu überreichen. Die Ueberbringung dieses Handschreibens soll den gut freundschaftlichen Beziehungen Ausdruck verleihen, die zwischen den Höfen von Wien und Petersburg herrschen.

Serbische Wünsche.

Belgrad, 1. Februar. „Stampa“ fordert die Regierung auf, noch vor Fortsetzung des Krieges ein Einvernehmen mit Bulgarien anzustreben, damit dieses als Gegenleistung für die Teilnahme der serbischen Armee am Kampfe, um Adrianopel und die Thakalaphalminen in eine Ausdehnung der serbischen Grenzen bis nach Saloniki hin einwillige.

Ein türkischer Armeebefehl.

Konstantinopel, 1. Februar. Der Generalissimus Izzet Pascha hat an alle Korpskommandanten der Armee einen Tagesbefehl gerichtet, in dem er zunächst seine Ernennung zum Generalissimus mitteilt und dann sagt: „Im Vertrauen auf den Beistand und die angeborene, ganz hervorragende Tapferkeit der türkischen Armee habe ich diesen hohen Posten angenommen, dem ich meine ganze Existenz weihen werde. Ihr alle wißt, daß unsere Feinde sehr grausam gegen uns handeln, dadurch, daß sie höchst ungerechte

Forderungen stellen. Leben und Zukunft des Vaterlandes und die historische Ehre der Nation sind heute unseren Händen anvertraut. Die Hoffnung und das Leben der Nation beruhen darauf, daß die Mannschaften und Offiziere mit Todesverachtung ihr Leben der Erfüllung ihrer Pflicht als Soldaten weihen. Das Schicksal ruft uns heute auf, das Vaterland und die Regierung zu verteidigen. Laßt uns beweisen, daß wir würdige Söhne unserer Vorfahren sind, und daß das ottomanische Blut nicht verfliehet ist. Eine Nation, die entschlossen ist, für ihren Glauben und für ihr Vaterland zu sterben, hat immer Erfolg und lebt ewig."

Friedensbestrebungen.

Paris, 1. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der „Temps“ berichtet aus Berlin, daß zwischen dem französischen Botschafter Cambon und dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Zimmermann, wiederholte Konversationen stattgefunden haben, die einen günstigen Eindruck auf beiden Seiten hinterließen. Deutschlands Rolle bezüglich des Einnehmens zwischen den Mächten bestehe absolut fort. — Aus London wird gemeldet, daß Paul Cambon mit Dr. Danew eine Unterredung hatte, in der er darauf drang, gegenüber der Rote der Türkei einen versöhnlichen Standpunkt einzunehmen. Dr. Danew versicherte die Friedensliebe Bulgariens, wies aber darauf hin, daß die Fortsetzung des italienischen Krieges die Verhandlungen in Dudy auch nicht gehindert hätten.

Kriegsfolgen.

Besgrab, 31. Januar. „Politica“ meldet, daß unter den türkischen Kriegsgefangenen in Regotin der Flecktyphus ausgebrochen sei. Von 342 Erkrankten seien bisher 142 gestorben. Auch der Kranken behandelnde serbische Arzt sei gestorben. Da die Krankheit sich auch unter der Bevölkerung von Regotin ausbreitet, herrsche eine Panik in der Stadt.

Die Ausichten eines Petroleummonopols.

Der scharfen Kritik des Petroleummonopol-Gesetzentwurfes durch fast alle Parteien des Reichstages bei der ersten Beratung im Plenum ist nun der wichtige Tag der Ablehnung des Monopols in der Kommission gefolgt. Der § 1 des Gesetzentwurfes, der dem Reich ein Monopol für Einfuhr, Herstellung und Großhandel überträgt, ist damit gefallen. Aber wie wenig diese Ablehnung ein wirkliches Bild von den Sympathien für ein Monopol überhaupt gibt, geht schon daraus hervor, daß die Mehrheit der Kommission sich an die durch die Geschäftsordnung geschaffene Möglichkeit hielt, nochmals über den Gesetzentwurf zu verhandeln und zu beschließen.

Die Ablehnung in der ersten Lesung erfolgte durch die Sozialdemokratie nur, weil der § 1 mit einem Zusatz belastet war, der ein reines Reichsmonopol von vornherein ausschloß. Dieser Zusatz ging dahin, daß die Organisationen der Detailisten an dem Monopol beteiligt sein sollen. Er war eingebracht worden von den Konservativen, die sich wieder als angebliche Mittelstandsfreunde betätigen wollten. Und obwohl das Zentrum grundsätzlicher Gegner des Monopols ist, stimmte es diesem Zusatz zu, um dann das ganze Gesetz abzulehnen, das nun auch für die Sozialdemokratie unannehmbar war. Diese unehrliche Sabotagepolitik des Zentrums, die sich auch sonst mehrfach bei den Verhandlungen deutlich zeigte, konnte allerdings nur durch die unentschlossene Haltung der Liberalen Erfolg erlangen. Auch die Liberalen stimmten merkwürdigerweise dem Zusatzantrag der Konservativen zu, obwohl sie über die Stellung der Sozialdemokratie nicht im Zweifel sein konnten.

Trotz der völlig prinzipienlosen Haltung des Zentrums, — die so eigenartig ist, daß man trotz aller Ablehnung die nahen Beziehungen des Zentrums zum Direktor der deutschen Tochtergesellschaft des Trusts zur Erklärung heranziehen muß — wird die nächste Lesung zeigen, daß eine Mehrheit grundsätzlicher Anhänger des Monopols in der Kommission vorhanden ist. Die Sozialdemokratie kann allerdings nur für ein Monopol in Reichsregie stimmen. Da die Liberalen selbst erklärt haben, daß ihnen auf die Form nicht so viel ankomme, liegt eine Annahme im Bereiche der Möglichkeit. Die Sozialdemokratie wird weiter verlangen, daß dem Reichstage ein weit größeres Mitbestimmungsrecht bei der Organisation und Aufsicht des Monopols zugesprochen wird, als der jetzige Entwurf vorsieht. Schließlich kann sie auch nicht darauf verzichten, sichere Garantien dafür zu erlangen, daß die Verjüngung des Reiches gesichert und die Konsumenten vor Preissteigerungen bewahrt werden. Denn der Verhütung der Konsumentenausbeutung soll ja das ganze Gesetz dienen. Keine Partei sollte es auf sich nehmen, dem Volke auch nur geringe indirekte Abgaben neu aufzubürden, wo die alten hart genug auf allen Schultern lasten. Die Sozialdemokratie kann jedenfalls nicht die Hand zu einer Verteuerung eines gerade von den Ärmsten gebrauchten Existenzmittels bieten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Februar 1913.

Fleischeinfuhr und Gesundheitsamt.

Aus dem Reichstag. Die dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend vorübergehende Zoll-erleichterungen bei der Fleischeinfuhr hat der Reichstag am Sonnabend schnell erledigt.

Genosse Dr. Quara kennzeichnete noch einmal die volksfeindliche Haltung der Zollwuchermehrheit gegenüber dem herrschenden Notstand. Besonders wichtig waren seine Mitteilungen darüber, wie sich der Kleinbauernstaat Bayern auf der einen Seite und die Reichsverwaltung unter dem Druck des Junkerstaates Preußen auf der anderen Seite zu der Fleischeinfuhr aus den Schweizer Kantonen Schwyz und Appenzell verhalten haben. Bayern war sehr lebhaft für die Einfuhr von Vieh aus diesen Bezirken besorgt. Das Reich dagegen versuchte, diese Einfuhr zu vereiteln. Es kam aber zu spät, da Bayern bereits mit den beiden Kantonen in Verbindung getreten war.

Die bürgerlichen Redner begnügten sich mit einigen unwesentlichen Bemerkungen. Dann nahm der Reichstag einstimmig die Vorlage an.

Unsere Fraktion hat einen ihrer Anträge aus der zweiten Lesung noch einmal eingebracht, da das Ergebnis der Abstimmung in der zweiten Lesung zweifelhaft war. Der Antrag ersucht den Reichskanzler, bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß in derselben Weise wie für die großen Städte die Einfuhr von frischem Fleisch und Schlachtvieh in allen Gemeinden zugelassen wird, in denen die erforderlichen Schueinrichtungen gegen Verbreitung der Viehseuchen vorhanden sind. Die Abstimmung ist namentlich und findet am Donnerstag statt.

Nach der Annahme des Fleischeinfuhrgesetzes legte der Reichstag die Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern fort.

Zum Gesundheitsamt sprachen noch mehrere Redner. Genosse Dittmann ergänzte die Reden der bürgerlichen Abgeordneten, die für den Schutz der Säuglinge und Wöchnerinnen eingetreten sind und die Abnahme der Geburten beklagt haben. Bei der Aenderung der Arbeiterversicherung haben die Sozialdemokraten zweckmäßige Vorschläge zum Schutze der Säuglinge und Wöchnerinnen gemacht; die Parteien der bürgerlichen Redner haben sie aber abgelehnt. Dieselben Parteien verteuern durch die Wucherzölle die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes und erschweren dadurch die Geburtenzunahme. Ferner begründete unser Redner den Antrag unserer Fraktion, daß der Reichskanzler eine Untersuchung der gesundheitlichen Verhältnisse der Bergarbeiter und der gesundheitlichen Vorkehrungen auf den Bergwerken veranstalte. Schließlich ging Genosse Dittmann auf die schweren Schädigungen ein, die die Verseuchung der Wupper durch Abwässer zur Folge hat.

Von den bürgerlichen Parteien beschäftigten mehrere Redner sich mit den Ausführungen des Genossen Antrick über die Verhältnisse der Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen. So arg, wie Genosse Antrick es geschildert habe, seien die Verhältnisse nicht. Genosse Antrick führte genaue Zahlen für seine Behauptungen an und wies so nach, daß er in keiner Weise übertrieben habe. Dann antwortete er dem Abg. Dr. Thoma von den Nationalliberalen. Der Herr hatte sich vor einigen Tagen gewaltig entrüstet darüber, daß Genosse Antrick an die Anwürfe erinnert hat, zu denen sich vor 12 Jahren auch Nationalliberale gegen ihn wegen seiner Rede über die Verhältnisse in den Krankenhäusern haben hinreichend lassen. Demgegenüber behauptete Dr. Thoma, daß damals die Nationalliberalen die Rede des Genossen Antrick als eine verdienstvolle Tat bezeichnet haben, die Vorwürfe des Genossen Antrick gegen die Nationalliberalen also unbegründet seien. Auch diesem Herrn wies Antrick nach, daß die Sache sich so verhält, wie unser Genosse behauptet hat. Der damalige nationalliberale Redner, Dr. Endemann, hat in der Tat in der angegebenen Weise auf die Rede des Genossen Antrick geantwortet. Abg. Dr. Thoma wußte, daß Genosse Antrick ihm bei dieser Gelegenheit entgegengetreten werde. Trotzdem glänzte er am Sonnabend durch Abwesenheit.

Die biologische Anstalt für Forst- und Landwirtschaft sowie das Patentamt wurden schnell abgetan. Beim Reichsversicherungsamt wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt. Auch die Abstimmungen über die Anträge zu den erledigten Abschnitten finden erst Mittwoch statt.

Der Etat des Ministeriums des Innern.

Der zweite Tag der Etatberatung unterschied sich wesentlich von dem ersten. In dem wurde auch am Sonnabend noch über sozialdemokratischen Terrorismus weidlich gezetert, aber dies Thema beherrschte doch nicht die ganze Debatte, wie es am Freitag der Fall gewesen war.

Wie die Kardorff und Graf v. d. Groeben, so erscheint auch dem Fortschrittler Cassel das rote Gespenst in Gestalt sozialdemokratischen Terrors. Auch für ihn gilt es als geschehene Tatsache, daß die Sozialdemokratie das Arbeitsverhältnis vergiftet. Allerdings ist auch er, ebenso wenig wie die Kardorff und Groeben in der Lage, auch nur den Schatten eines Beweises für seine Behauptung zu erbringen. Darin freilich unterscheidet er sich von den junkerlichen Scharmachern, daß er neue Strafgesetze oder gar Ausnahmegefetze gegen die Sozialdemokratie rundweg verwirft. Und auch insofern steht seine Rede wohlweislich von der der Vertreter der Rechten ab, als er der Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher wenigstens einigermaßen Gerechtigkeit widerfahren ließ. Daß sich Herr Cassel im übrigen ausführlich mit den Berliner Verhältnissen befaßte und den Minister wegen der Erlosierung des Magistrats der Reichshauptstadt zur Rechenschaft zog, ist bei der maßgebenden Stellung, die er als Führer des Reichstages einnimmt, wohl als selbstverständlich anzusehen.

Obwohl die Ausführungen Cassels nichts weniger als ein Entgegenkommen oder gar eine Sympathie für die Sozialdemokraten bewiesen, hielt es der konservative Stroffer doch für angebracht, von einem Bündnis zwischen Fortschrittler und Sozialdemokraten für die Landtagswahlen zu fesseln und seinem Verlangen nach Rückkehr der Zeiten Ausdruck zu verleihen, wo ein Fischbein die Sozialdemokraten von der Tribüne des Landtags herab mit Strohhalmen und Wegelagerern verglich. Daß Herr Stroffer über die gestrigen Festreden unseres Genossen Hirsch in einen Zustand von Raserei verfallen ist, zeigt der Ausfall, den er sich gegen das Brandenburger Schöffengericht wegen dessen Kritik des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie leistete. Was dieser konservative Vielredner, bei dessen Rede selbst seine Freunde schleunigt die Flucht ergriffen, sonst noch zusammenfaselte, war ein Sammelsurium aller möglichen Vadenhäuter. Bald schimpfte er auf die Automobile, bald auf die Kinos, dann wieder auf die unsittlichen Theaterstücke, zu denen er auch das hochstiltliche „Frühlings Erwachen“ von Wedekind rechnete, und schließlich erging er sich in Wahnvorstellungen über ein Bündnis der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten in Hannover gegen die Weisen — ein Märchen, das der Nationalliberale v. Campe gründlich zerstörte.

Wiederholt griff auch Herr v. Dallwitz in die Debatte ein, einmal um ein Loblied auf die Selbstlosigkeit des Dreiklassenparlaments erschallen zu lassen, das in dieser Tugend von keinem Parlamente diesseits und jenseits des Ozeans übertroffen werde, und sodann um alle Angriffe auf seine Verwaltung als völlig haltlos zu bezeichnen. Hieran wird man freilich nach den Worten laudrätischer Bistür in Schleswig-Holstein, die der Däne Rissen zum besten gab, und nach der Schilderung des Abg. Wente (Sp.) über die Art, wie die Amtsvorsteher mit dem Vereinsgesetz umspringen und wie sie die Gastwirte schikanieren, schwer glauben können.

Am Montag geht die Debatte weiter.

Teuerungssdebatte im Herrenhause.

Das Herrenhaus hat am Freitag das Gesetz, wodurch in den westlichen Provinzen für die ländlichen Fortbildungsschulen, die dort von den Kreisrätschüssen errichtet werden können, der Besuchszwang eingeführt wird, an die Kommission zurückverwiesen und das vom Dreiklassenhaus abgeänderte Moorschutzgesetz angenommen. Die Petitionen der Alpenräte um Verringerung ihres Loses wurden von wegen der „Finanzlage“ in den Papierkorb geworfen.

Am gestrigen Sonnabend überwies man der Regierung mit ziemlich energischer Vertretung die Petition des Handelsstages um stärkere Vertretung von Handel und Industrie in den Kreistagen. Von Arbeitervertretung ist natürlich keine Rede. Dann aber wurde von der Teuerung gesprochen. Und wie! Den Anlaß gab eine Petition um Jollerleichterungen, Einfuhrverlaubnis für Gefrierfleisch und dergleichen. Herr Graf von der Schulenburg-Grünthal haben noch nichts von einem Fleis-

manügel zu bemerken gemerkt. Das Statistik und Unterernährung und Mangel der Geburten! Der Herr Graf hält sich lieber an den biedereren Schlächtermeister, der ihm sagt, daß die Arbeiterfrauen sich gar nicht mehr mit Kochfleisch begnügen, es gebe gar nicht mehr unter Karbonade. Der gräßliche Herr Leibschlächtermeister ist wohl recht unglücklich darüber, daß er mehr Karbonaden und weniger abgetriebenes altes Strohfleisch verkauft. Wieviele Arbeiterfamilien sich das Fleisch in dieser Zeit der selbst von Bethmann und Schorlemer anerkannten Fleischnot abgewöhnt haben, das sieht den Grünthaler nicht an. Die Leute können ja im Herrenhaus nicht erwidern... Den Ruin der Landwirtschaft sieht Se. gräßliche Gnaden vor sich und ein Attentat in dem Berlin nach Aushebung der Futtermittelzölle, Goddard sind beunruhigt — vielleicht mündet der Sekt und die Auster nicht mal mehr. Und warum diese Katastrophe? Wegen der grundstürzenden Maßnahmen des Herrn von Schorlemer, denen dann der Königsberger Oberbürgermeister Körte nachsagt, daß sie gar keinen Einfluß auf die Preise üben können. Gleichzeitig spricht wieder madere Vertreter der städtischen Konsumentenbevölkerung von den trüben Erfahrungen, die die Städte bei diesen geringfügigen Maßnahmen gemacht haben. Aber damit sind die Fähigkeiten dieses Herrn noch nicht erschöpft: die Regierung habe die Städte zur Einfuhr russischen Fleisches gezwungen, ruft er vor den entzündeten Fideikommissbesitzern aus, und wenn sie am Ende gar noch bei einer Getreideteuerung von den Städten verlangen würde, daß sie Brot backen, so wäre das schon Kommunismus!

Dieses begab sich vor den Edlen und Erlauchten am 1. Februar 1913. Aber sie bereicherten auch die ökonomische Wissenschaft durch ein ganz neues Forschungsergebnis. Die (nicht vorhandene) Teuerung ist nach dem Schulenburg die Folge der — Lohnsteigerungen. Ja, sind denn die Löhne der Ochsenknechte und der Weiber, die auf den Gütern über die Ferkel wachen, so gestiegen, seitdem sich das Deutschtum unserer Junker in der jährlichen Einfuhr von einer halben Million Russen und Galizier austobt? Die Frage stellte keiner. Mit Schulenburgs und Körtes Reden war die Sache erledigt und die Petition flog unter den Tisch. — Montag: Wassergefetz.

Reichsregierung und preussische Junkeranmachungen.

Die offiziöse „Nord d. Allgem. Ztg.“ sucht den Eindruck der Blamage abzuschwächen, der ihr durch die Reichstagsabstimmung über die verfassungs- und gesetzwidrige preussische Polenenteignungspolitik beigebracht worden ist. Unter Berufung auf den Fürsten Bismarck und eine allerhöchste Botschaft vom Jahre 1885, die gar nicht in Frage kommt, müht sie sich, dem Reichstag das Recht abzuspochen, über Respektierung von Reichsverfassung und Reichsgesetzen zu wachen, die doch durch die Annahmen namentlich des preussischen Junkerparlamentes so schwer gefährdet und verletzt worden sind. Diese armeneligen Ausflüchte vermögen natürlich in keiner Weise den Eindruck der vernichtenden Niederlage abzuschwächen, den die preussische Gattatsienpolitik — vertreten durch Geldsackparlament und Regierung — im Reichstage erlitten haben. Wenn Preußen seine von der Vertretung des deutschen Volkes mit erdrückender Mehrheit ausgesprochene Politik der Gesetz- und Verfassungswidrigkeit fortzusetzen wagen sollte, so haftet ihr unilgbar das Odium der Gesetz- und Verfassungsverletzung an!

Erstaunlich ist es nur, daß das offiziöse Organ die Rechte der Volksvertretung des Reiches so ohne weiteres preisgibt, ohne gleichzeitig gegen die ebenso empörenden wie lächerlichen Annahmen Verwahrungen einzulegen, die im preussischen Abgeordnetenhause dem Reiche gegenüber geltend gemacht worden sind, und zwar von Vertretern von Parteien, die aus eigener Kraft bei dem gleichen Wahlrecht auch nicht einen einzigen Wahlkreis zu erobern vermöchten!

Ein Liebesdienst Hertlings für Bethmann.

München, 1. Februar (B. L. Z.) Die „Bayerische Staatszeitung“ schließt ihren heutigen Leitartikel, der sich mit der Heeresvorlage befaßt, mit folgender Mahnung an die Parteien:

So einleuchtend diese Gedankengänge sind, so scheint ihnen doch der Weg zum Verständnis jener Kreise versperrt, die die öffentliche Meinung beeinflussen, versperrt durch die Wirral, die unser politisches Leben erschwert und die edelsten Kräfte unseres Volkes zermüht. Wer immer aber in den kommenden Tagen über die Heeresvorlage spricht oder schreibt, sei sich klar darüber, daß hier eine Frage des Deutschen Reichstages harrt, die über den Interessen steht, in deren Vornkreis die Parteien sich sonst befanden fühlen, eine Frage, die würdig nur in Einigkeit und Geschlossenheit gelöst werden kann.

Ob diese Mahnung eines Ministers beim Zentrum Gehör finden wird, steht noch dahin. So einstimmig ist das Zentrum noch nie gewesen, Bewilligungen anders als gegen Nachterhöhungen zu gewähren und mit Phrasen läßt es sich nicht einwickeln. Das überläßt es den Liberalen; es selbst hält stets auf bare Zahlung.

Neuwahlen zur Hamburger Bürgerschaft.

Alle drei Jahre muß sich die Hälfte der 100 Mitglieder der Bürgerschaft einer Neuwahl unterziehen. Und zwar werden von den zur Wahl stehenden 80 Mitgliedern 20 von den Grundeigentümern, 20 durch sogenannte Notable und 40 in allgemeinen Wahlen gewählt. Von den letzteren wählt das Stadtgebiet diesmal 38 Mitglieder und vier Bezirke des Landgebiets je ein Mitglied. Am Freitag fanden die allgemeinen Wahlen statt, die in der Stadt nach dem 1906 geschaffenen Zweiklassenwahlrecht, das mit Proportionalwahl, Listenwahl und allen Schilonen ausgestattet ist, vorgenommen werden; im Landgebiet nach einem für alle Bürger gleichen Zensuswahlrecht. Die sogenannten alten Fraktionen, die 1906 durch Einführung des Klassenwahlrechts den brutalen Wahlrechtsraub begangen haben, hatten diesmal im Stadtgebiet insgesamt 18, die Sozialdemokratie 10 und die Vereinigten Liberalen (die bürgerlichen Gegner des Klassenwahlrechts) 7 Sitze zu verteidigen. Die Vorschlagslisten aller drei Gruppen für das Stadtgebiet enthielten für diese 40 Sitze insgesamt 125 Kandidaten, so daß 85 durchfallen mußten. Die Vorschlagsliste der sozialdemokratischen Partei enthielt 17 Namen. Die Träger der ersten acht davon gehörten der Bürgerschaft schon an.

Der Wahlkampf wurde seit Wochen sehr heftig geführt. Die sozialdemokratischen Kandidaten besuchten nahezu sämtliche bürgerliche Versammlungen im Stadt- und Landgebiet, deren Zahl ungeheuer war. Und da überall freie Diskussion genährt wurde, konnten sie auch in diesen Versammlungen eine eifrige Propaganda für unsere Sache entfalten. Außerdem fand eine große Anzahl

sozialdemokratischer Versammlungen halt. Außer mehreren all-gemeinen Flugblättern sind Sonderflugblätter für die Landbevölkerung, für die Beamten und für die Volksschullehrer von der Partei verteilt worden. In den vier Landbezirken hat die Sozialdemokratie diesmal auch eine sehr eifrige Wahlarbeit entfaltet. Die vier ersten Kandidaten der städtischen Vorschlagsliste kandidierten auch im Landgebiet. Und im Landgebiet haben wir diesmal auch ganz ausgezeichnete Fortschritte gemacht. In einem Bezirk kommen wir in die Stichwahl. Im Stadtgebiet haben wir unsere Stimmen von 140 849 (1907) auf 213 806 erhöht, dank dem famosen Klassenwahlrecht; aber nur unsere 10 bisherigen Sitze behaupten können. Und zwar sind uns aus der zweiten Klasse 8, aus der ersten 2 Mandate zugefallen, während wir 1907 aus der ersten Klasse 1, aus der zweiten 9 Mandate erhielten. Es wurden wiedergewählt die Genossen Stollen, Krause, Hoffmann, Stubbe, Grünwald, Schaumburg, Schrader und Weinheber und neugewählt Hüffmeier und Winnig. Auch die Liberalen behaupteten ihre 7 Sitze im Stadtgebiet, und die alten Fraktionen erhalten wieder ihre 19 Sitze im Stadtgebiet. Aus dem Landgebiet haben die alten Fraktionen, die drei Sitze zu verteidigen hatten, zwei Sitze wiedererhalten; in einem Bezirk sind sie mit den Liberalen in ziemlich ausichtsloser Stichwahl, im vierten Bezirk stehen wir mit den Liberalen in Stichwahl. Die neugegründete Hamburgisch-konservative Vereinigung hat so wenig Stimmen (11 000) erhalten, daß sie keinen Sitz erhielt; ebenso fiel eine Vorschlagsliste der Frucht- und Gemüsehändler aus. Nicht gewählt ist auch der bekannte „Hamburger Nachrichten“-Redakteur Hübbe, über dessen blamablen Prozeß kürzlich berichtet wurde.

Das Resultat zeigt, daß das Klassenwahlrecht, das geschaffen ist, die Sozialdemokratie auf ewig zu kontingentieren, seine Schuldigkeit getan hat.

Ueberall Rückgang des Viehbestandes.

Die nun auch aus Sachsen vorliegenden Ergebnisse der letzten Viehzählung vervollständigen das bereits bekannte betrübliche Bild von der Entwicklung des Viehbestandes. Im Vergleich mit dem Jahre 1907 war im Jahre 1912 in Sachsen die Zahl der Pferde von 171 700 auf 175 200 gestiegen. Bei Rindern dagegen zeigte sich ein Rückgang von 781 500 auf 702 000 oder um 29 500 Stück. Der Bestand an Schafen verminderte sich von 66 100 auf 55 400 oder um 10 700. Die Zahl der Schweine sank um 89 200 auf 655 300. Und auch weniger Riegen wurden jetzt gezählt, nämlich nur 162 100 oder 11 800 weniger als im Jahre 1907. Steht man für die hauptsächlich in Betracht kommenden Viehsorten, Schweine und Rinder, die Ziffern aus dem Jahre 1907 mit denen für 1912 in Vergleich, dann ergibt sich die folgende Uebersicht. Es wurden gezählt:

	Rinder		Schweine	
	1907	1912	1907	1912
Sachsen . . .	781 528	702 049	744 515	655 300
Württemberg . . .	1 173 122	1 168 109	537 185	480 494
Baden . . .	673 146	649 165	558 278	476 094
Bayern . . .	3 725 420	3 554 117	2 056 222	1 800 690

In den vier Staaten zusammen ist die Zahl der Rinder um 234 800 = 3,8 Proz. zurückgegangen. Der Rückgang der Schweine macht mit 483 700 Stück 14,2 Proz. aus. Diese Ziffern bekommen erhöhte Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß gleichzeitig die Bevölkerung stark zugenommen hat. Unbekümmert um die für die Volksgesundheit bedrohliche Erscheinung, die allerdings den Interessenten dauernd hohe Preise garantiert, kämpfen die Agrarier für den Fortbestand der Futtermittel-, Vieh- und Fleischzucht sowie für die Erleichterung der Einfuhr durch Grenzperren und allerlei schändliche Bestimmungen.

Fünfzig Mark für vierzehn Schlachten!

Der Kaiser hat dem 75jährigen Kriegsveteranen Heinrich Dabow in Burg (Spreewald) eine einmalige Unterstützung von 50 M. aus seiner Privatkassette zahlen lassen.

Die Vorgeschichte dieses Gnadenaktes ist folgende: „Der Veteran Dabow, der nach Ausweis seines Militärpasses im deutsch-französischen Kriege 1870/71 40 Schlachten mitgeschlagen hat, bezieht zwar den Ehrensold von 10 Mark monatlich, lebt aber in äußerst dürftigen Verhältnissen, die Ende vorigen Jahres geradezu verzweifelt wurden, da seine betagte Ehehälfte das Augenlicht verlor. Eine glücklicherweise überhandene Operation brachte der Frau Dabow die Sehkraft zwar wieder, die alten Leute mühten aber zur Bezahlung der bedeutenden Operationskosten die Ernährerin der Familie, ihre gute Milchkuh verkaufen. Infolge des Fehlens der Milch, die bisher der Hauptbestandteil ihrer Nahrung gewesen war, wurden Dabow und Frau krank und elend. In dieser höchsten Not richtete der Veteran ein Bittgesuch an den Kaiser und erbat eine Unterstützung von 300 M. zur Wiederbeschaffung der verlorenen Kuh und eine laufende Veteranenrente von 30 M. monatlich. Dieses Bittgesuch verdient insofern als klassisch bezeichnet zu werden, als es mit folgendem Bittgebot begann:

„Ew. Kaiserl. Majestät! Hier ist mein Haupt, ich hab's für Euch gewagt in 14 Schlachten!“

Das Gesuch hat jetzt seine Erledigung durch oben erwähnten kaiserlichen Gnadenakt gefunden. Daß ein solches „Gnaden“-Gesuch überhaupt notwendig wurde, welcher Lohn den Kriegsveteranen zu teil wird. Wenn das schon den Invaliden von ehedem so geht, wie würden dann erst die Opfer eines neuen Krieges betteln müssen!

Der Gipfel der Rentenquerscherei!

Welchen großen „Segen“ die bürgerlichen Parteien mit der neuen Rentenversicherungsordnung der Arbeiterklasse gebracht haben, ist nirgends deutlicher zu sehen als an dem Etat der Landesversicherungsanstalt Schlesien. Auf Grund der höheren Beiträge wurden acht Millionen Mark mehr eingenommen! Weil keine Rückzahlung an die Frauen Verstorbener und an die Mädchen, die sich verheiratet, mehr erfolgt, wurden 800 000 Mark gesparrt. Gegenüber diesen 8 800 000 Mark im Einnahmestrom betrug die Ausgabe für die Witwen und Waisen jährlich nur 120 000 Mark! Schon der bisherige Ueberfluß der Anstalt betrug bei 15 Millionen Mark Beiträgen jährlich 5—6 Millionen Mark; das Vermögen der Anstalt ist auf 115 Millionen Mark angewachsen.

Aus diesem Reichtum erhalten die schlesischen Magnaten billige Hypotheken für ihre „Arbeiterwohnhäuser“. Das eigene Geld lassen diese Patrioten profitabler in der Industrie arbeiten.

Kapitalistische Wohlfahrts-Einrichtungen.

Nach den großen Grubenkatastrophen der letzten Jahre konnte man regelmäßig in der dem Kapital dienstwilligen Presse schwallige und unehrliche Titaneen lesen, in denen geschildert wurde, wie sehr die Unternehmer bemüht seien, das Elend der „braven Bergknappen“ und ihrer Angehörigen zu lindern. Wie es um diese Fürsorge des Grubenkapitals wirklich bestellt ist, zeigt folgende Schilderung unseres Dortmunder Parteiblattes:

„Von einer Rücksichtslosigkeit, die von keiner übertroffen werden dürfte, zeugt das Vorgehen der Beden- bzw. Kolonieverwaltung von „Achenbach“ gegen einige Witwen der bei der Schlagwetterkatastrophe auf „Achenbach“ getöteten Bergleute. Wurde doch den in der Kolonie wohnenden Witwen, soweit sie keinen Angehörigen mehr auf der Erde haben, der für sie die Wohnung übermietet, am 21. Januar vom Kolonieverwalter eröffnet, daß sie am 1. Februar die Wohnung räumen müßten. Als uns diese Meldung zuging, da trauten wir unseren Augen nicht. Wie konnten es nicht glauben, daß man auf „Achenbach“

wirklich so rigoros, so brutal gegen die armen Hinterbliebenen der im Dienste des Kapitals gefallenen Bergleute vorgehen würde, zumal doch erst wenige Wochen seit der gräßlichen Katastrophe ins Land gezogen sind. Unsere angefertigten Nachforschungen haben jedoch obige Meldung bestätigt. Der Bedenverwaltung scheinen aber nachher selbst einige Bedenken gekommen zu sein. Eine Witwe (Oesterreicherin), der man auch am 21. Januar die Wohnung für den 1. Februar kündigte, wurde beim Betriebsführer vorkellend und hat man ihr denn auch gestattet, bis zum 1. März in der Wohnung bleiben zu dürfen. Dadurch wird ja die Handlungsweise in etwas gemildert. Aber als rigoros, als brutal müssen wir es nach wie vor bezeichnen, daß man überhaupt erst gegenüber den Witwen mühte sie schon besitzen, um eine solche Anordnung erst gar nicht zu treffen. Oder sollte der Kolonieverwalter aus sich heraus ohne Kenntnis der Verwaltung von „Achenbach“ gehandelt haben?“

Schweden.

Reichstagsarbeit.

Stockholm, 31. Januar. (Eig. Ber.) Die ersten zwei Wochen der Reichstagsession pflegen in Schweden eine Anzahl Initiativanträge der Reichstagsboten zu zeitigen. Auch in diesem Jahre haben die Abgeordneten von diesem Rechte ausgiebigen Gebrauch gemacht, denn nicht weniger als 293 solcher Anträge waren eingegangen. Die meisten wandern natürlich in den Papierkorb, nachdem sie in der permanenten Kommission vorgelesen worden sind. Es ist ja auch unmöglich, diese Antragsproduktion ernsthaft in die parlamentarische Rahmung einzustellen, um so mehr, als nicht etwa die Parteifaktionen alleinige Träger der Antragswut sind, sondern meistens die einzelnen Abgeordneten. Auch die sozialdemokratische Fraktion macht in dieser letzteren Hinsicht keine rühmliche Ausnahme. Denn wenngleich sie über die Einbringung wichtiger Anträge berätet und beschließt, läßt sie dennoch ihren einzelnen Mitgliedern Freiheit, auf eigene Faust Antragspolitik zu treiben. So hat man es diesmal erleben können, daß während ein Fraktionsmitglied einen Antrag auf Beseitigung der Ausgaben für die Hofhaltung des Königs aus dem Staatsbudget stellt, einige seiner Fraktionskollegen fast gleichzeitig auf dem vom König gegebenen Hofeste herum-schmarotzen. Der Antragsteller erklärte aber belustigenderweise, er wolle seinen Kollegen die Teilnahme an dem Hofeste nicht verwehren, weil sie gewissermaßen ein Studieninteresse am Hofball haben können! Wenn ein solcher Antrag von der Sozialdemokratie oder einem ihrer Vertreter eingebracht wird, dann wäre zum mindesten von allen anderen Fraktionsmitgliedern zu fordern, daß sie dem Tamtam fernbleiben, wenn sie nicht schon aus politischen Realitätsgründen auf die unwürdige Schmarotzerei verzichten wollten.

Die aus dem Reichstage hergegangenen Initiativanträge betreffen die verschiedensten Gebiete. Zu der Verfassungsfrage liegen eine Reihe von Anträgen vor; von sozialdemokratischer Seite sind u. a. wichtige Anträge bezüglich der Steuergesetzgebung eingegangen. Die Erhöhung der Erbschaftsteuer wird gefordert, ebenso die Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuer zur Dedung der Staatsausgaben für die geplante Altersversicherung. Aus konservativen Kreisen stammen Anträge auf Vermehrung des Militärs und Marinebudgets usw.

Eine wichtige Aktion ist von sozialdemokratischer Seite eingeleitet worden durch einen Antrag gegen das Schutzpolizistensystem. Es wird eine Untersuchung der Entwicklung der schwedischen Handels-politik gefordert mit dem Freihandelsystem als Ziel.

Regierungseitig ist zunächst das Staatsbudget vorgelegt worden, das keine erheblichen Abweichungen von früherer Praxis erkennen läßt. Der Militarismus schluckt nach wie vor den großen Teil der Staatseinnahmen. Angelündigt ist bereits eine Vorlage zur Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung, die hoffentlich ein wenig mehr sozialpolitische Einsicht verraten wird, als die von der konservativen Regierung eingekerkelte Kommission sie befundet hat. Das ist um so mehr zu erwarten, als von seiten des Hgl. Kongresskollegiums, dem bisher das Arbeitspolitische Amt unterstellt war, eine eingehende Kritik an der Kommissionsvorlage geübt und beachtenswerte Verbesserungsvorschläge gemacht worden sind.

Auch in anderen Fragen sind wichtige Anregungen und Forderungen der Regierung zu erwarten, so daß dem Reichstage eine recht große Arbeitslast auch in diesem Jahre bevorsteht. Ob für die Arbeiterschaft was wesentliches herauskommt, steht noch dahin. Es gewinnt den Anschein, als ob ein großer Teil der Liberalen sich am liebsten für ein Zusammenwirken mit den Konservativen entscheiden möchte, und auch die Regierung macht nicht den Eindruck, als ob sie das verhindern will.

Spanien.

Das Reformprogramm.

Der Abgeordnete Luis Morote teilt in der „Humanität“ den Inhalt einer Unterredung mit, in der ihm der Ministerpräsident Graf Romanones das Programm darlegte, das er den Kammermitgliedern vorlegen will. Im Vordergrund steht die Sozialpolitik: Gesetze über Gewerkschaften, Kollektivverträge, Gewerbeaufsicht, Ueberwachung der großen Unternehmungen, Schaffung eines Arbeitsministeriums. Der Staat soll sich im Streitfall auf Vermittlung beschränken. — Weiter Reform der Staats- und Gemeindefinanzen: Reform der Grundsteuer auf Grundlage der Wertzuwachsbesteuerung im Sinne von Lloyd George. — Das Gerichtsbarkeitssystem, das die Rechtsprechung militarisiert, soll aufgehoben, das Militärstrafrecht reformiert, die Todesstrafe aufgehoben werden. — Als Grundproblem gilt der Regierung die Kirchenpolitik. Die Regierung habe in letzter Zeit 48 neue Bistümer ferngehalten. Das Vereinsgesetz soll diese Fragen lösen. Die Verhandlungen mit Rom versprächen große Vorteile. Die Cortes sollen baldigst zusammentreten. Graf Romanones erklärte, er fürchte den Kampf nicht. Spanien habe aufgehört, eine Ausnahme in Europa zu sein. Seite an Seite mit England und Frankreich wolle es für den Fortschritt arbeiten. — Ein wunderschönes Programm. Nur — wir erinnern uns, vor Jahren von dem „Demokraten“ Canalejas noch schönere Worte gehört zu haben. Man weiß, was daraus wurde. Hoffentlich wird es diesmal besser und ehrlicher.

China.

Eine Denkschrift über die Anleihe.

Peking, 31. Januar. Wie das Reuters Bureau erfahren hat, haben die Gesandten der sechs Mächte nach ihrer heutigen Zusammenkunft dem chinesischen auswärtigen Amt den Entwurf einer Denkschrift übermitteln, die die chinesische Regierung auf Wunsch der Mächte in die an die sechs Mächte zu richtende Note aufnehmen soll. Die Denkschrift enthält die endgültige Verpflichtung, drei ausländische Beiräte in der Verwaltung der Salzölle, im Rechnungsdepartement und im Anleihedepartement zu ernennen. Der Anleihevertrag setzt einen Zinsfuß von 5½ Proz. fest. Die Anleihe ist nach fünfzehn Jahren al pari lösbare.

Marokko.

Vernichtung einer französischen Abteilung.

Paris, 31. Januar. Eine größere marokkanische Abteilung, die vom Cued-Run herkam, hat in der Nacht zum 10. Januar nordwestlich von Abraz eine Abteilung Schützen angegriffen, die heldenmütigen Widerstand leistete, jedoch unter schweren Verlusten unterlag. Ein Leutnant und drei Unteroffiziere wurden getötet. Eine Reconnozierungsabteilung von 350 Gewehren hat die Verfolgung der Feinde aufgenommen.

Aus der Partei.

Der diesjährige Parteitag

wird in der Woche vom 21. bis 30. August in Jena stattfinden. Auf die Tagesordnung wird u. a. die Steuerfrage gesetzt werden, für die zwei Referenten bestellt werden. Der Parteiauschuß, der am 31. Januar in Berlin tagte, hat sich in allen diesen Fragen den Vorschlägen des Parteivorstandes angeschlossen.

Personalien: Genosse Karl Winkelmann in Bremen, bisher Vorsitzender des Württembergverbandes, ist zum Parteisekretär für Baden-Vorderland gewählt. Der bisherige Parteisekretär, Genosse Schulz, ist vom Parteivorstand als zweiter Druckereibisitor ange stellt worden. — Zum Geschäftsführer für die kaufmännische Abteilung des „Volksblattes“ in Halle wurde Genosse Herzog aus Bochum gewählt, der dort seit 10 Jahren in der Parteibuch-handlung tätig war. — Genosse Romadin in Schradler aus Magdeburg hat die Geschäftsleitung der „Medienburgischen Volkszeitung“ in Rostock übernommen. —

Soziales.

Schwarze und blaue Kinderfabrikation.

Sie sanken sich wieder einmal, die Schwarzen und die Blauen; jetzt über das Kapitel Geburtenrückgang in Deutschland. Die Zentrumsgegner wissen — es ist jetzt modern geworden — alle Tage darauf hin, daß nur noch die fromme christliche Ehe zur schrankenlosen Kinderfabrikation die notwendigen Voraussetzungen beseitige. Die sozialdemokratischen Ehen dagegen gingen darauf aus, den Staat durch Empfängnisverhütung und Kindervermeidung planmäßig zu ruinieren. Den Blauen, so ungefähr von der Sorte „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, ist natürlich der Gedanke, daß die ewig unzufriedenen Arbeiter wieder einmal „antinationale“ sein sollen, durchaus sympathisch. Nur sehen sie in dem Zentrumsprogramm üppigster und schrankenloser Kinderfabrikation die Gefahr körperlich und geistig minderwertiger Arbeiter und hoher Soziallasten. Das paßt diesen Leuten natürlich gar nicht in den Kram. Die „Rheinische Volkszeitung“ wieder zielt darob und meint das schlimmste sei dabei, daß solche Aeufzungen in einer „ausgesprochenen patriotischen“ Zeitung künden:

„Das hat gerade noch gefehlt! Alles, was kein Geld mehr verdienen, nicht mehr Soldat sein und sich nicht mehr „rafferkräftig“ fortzupflanzen kann, wird vernichtet! Ungezweifelhaft haben wir dann sofort eine erhebliche „Volkverjüngung“, eine enorme Sterblichkeitsverminderung, eine beträchtliche Steigerung der durchschnittlich im Reich vorhandenen Pferdekraft, eine riesenhafte Verkleinerung aller Lasten für Alte, Siehe, Irre, Tuberkulöse, Arme, Rentempfänger usw., vermutlich auch für Geistliche und Kirchen-banken“

Wenn zwei sich sanken, erfährt der Dritte die Wahrheit. Die Zentrumsleute, die es den Geistlichen ihrer eigenen Religion verbieten natürliche Menschen zu sein, verlangen, daß der niedrigst entlohnte Arbeiter sinn- und verstandeslos Kinder über Kinder in die Welt setzt. Die ganze Arbeiterklasse soll ein großer Nard-nidelfall werden; und das alles um angeblich religiöser Gründe willen.

Die Leute der „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ wünschen das absolute Zeugungsverbot für alle „alten Leute“. Es sei ja natürlich den einzelnen Familien lieb, die alten Verwandten lange zu behalten, aber man könne vom volkswirtschaftlichen und militärischen Standpunkte aus sagen, daß darin kein Vorteil des Gesamtvolkes läge! Die Leute wollen die Kinderproduktion nach kapitalistischen Zuchtprinzipien durchgeföhrt haben.

Die Schwarzen und die Blauen reden gleichermäÙe mit einem Riesenaufwand von Morosauce, SittlichkeitsapfelfäÙchen und Eßig über den Nachwuchs des deutschen Volkes. Die Verelendung des Volkes betreiben sie aber durch künstliche Erhöhung der Lebenshaltungskosten und suchen durch parteiliche Gesetze und Rechtsprechung dem Arbeiter das Recht der Gleichberechtigung zu rauben.

Die preussischen Gefängnisse.

Nach einer soeben im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Gefängnisstatistik hatten die Strafanstalten und Gefängnisse beider Verwaltungen zusammen im Rechnungsjahre 1911/12 einen täglichen Durchschnittsbestand von 51 549 Gefangenen. Nach dem endgültigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 belief sich die Bevölkerungsziffer Preußens auf 40 165 219 Einwohner. Legt man diese Zahl zugrunde, so entfallen auf 100 000 Einwohner 126,34, die sich in Zuchthäusern oder Gefängnissen befanden. Bei einem Vergleich mit den entsprechenden Zahlen für das Vorjahr, in dem der tägliche Durchschnittsbestand in den Gefängnissen der Justizverwaltung 31 005 Gefangene (darunter 8004 Untersuchungs-gefangene), in den Strafanstalten und Gefängnissen der Verwaltung des Innern 21 163 Gefangene, nämlich 11 222 Zuchthaus- und 9981 Gefängnis- (darunter 1288 Untersuchungs-)Gefangene, in den Anstalten beider Verwaltungen zusammen 52 248 Gefangene betragen hat, zeigt der Durchschnittsbestand in den Gefängnissen der Justizverwaltung eine Abnahme um 929 Gefangene und auch der Tagesdurchschnitt in den dem Ministerium des Innern unterstellten Zuchthäusern sowie der durchschnittliche Gesamtbestand an Gefangenen der Strafanstalten und Gefängnisse beider Verwaltungen einen kleinen Rückgang.

Die Statistik zeigt ferner, daß die Zahl der Gefängnisinsassen in den Wirtschaftskrisenjahren erheblich zunahm, während sie in wirtschaftlich günstigeren Jahren sank. Die Zahl der weiblichen Gefängnisinsassen sank seit dem Jahre 1892/93 fast ununterbrochen. Auch die Zahl der jugendlichen Strafgefangenen hat im Laufe der letzten 12 Jahre eine Abnahme erfahren.

Uegen die Arbeitslosen.

Wie seinerzeit schon berichtet, hat der Stadtmagistrat von Nürnberg zwar einen Betrag von 30 000 M. zur Errichtung einer Arbeitslosenversicherung in den Etat eingelegt, aber mit der Bestimmung, daß die Mittel ihrem Zweck zugeführt werden dürfen, wenn der bayerische Staat die gleiche Summe als Zuschuß leistet. Da hieran unter dem jetzigen Regime nicht zu denken ist, löst die Nürnberger Kathausfreisinnigen ihre soziale Großtat keinen roten Heller. Damit ist aber den Arbeitslosen nicht gedient, und da gerade jetzt die Arbeitslosigkeit in Nürnberg rapid zunimmt, beantragten die Sozialdemokraten im Gemeindefiskus bei der Etatberatung, die 30 000 M. für Gewährung von Unterstützung an Arbeitslose zu verwenden und eine Kommission einzusetzen, die das Nähere bezüglich Höhe der Unterstützung, Kontrolle der Arbeitslosen usw. zu regeln hätte. Der Antrag wurde aber von den Freisinnigen, Rationalliberalen und Mittelständlern in holder Entschlossenheit niedergestimmt, ebenso der weitere Antrag, im nächst-jährigen Etat die gleiche Summe in den Etat einzulegen und die Arbeitslosenversicherung ohne Rücksicht auf das Verhalten der Staatsregierung durchzuführen. Es geht nichts über die liberale Arbeiterfeindschaft.

Gewerkschaftliches.

Ein Bruderschmerz.

Die Arbeiterklasse haben die Gewohnheit, alle Begriffe nach ihren Bedürfnissen bald so bald so zu deuten. So auch den Begriff des Terrorismus. Vermutlich kann man darunter nur die aus unläuterer, egoistischer Beweggründen unternommenen Gewalttätigkeiten oder Geistesfnebelungen verstehen. Um so verwerflicher ist der Terrorismus, wenn er die Verhinderung berechtigter, idealer, dem Gemeinwohl dienender Bestrebungen zum Ziele hat. Die Merkmale solchen Terrorismus tragen alle von den Gegnern der Gewerkschaften gewollten und eingeleiteten Maßnahmen an sich. Das hindert die Interessenpolitik aber nicht, ihr terroristisches Vorgehen gegen die Gewerkschaften als einen „Kampf gegen den Terrorismus“ zu deklarieren. Ein nettes Beispiel von solcher Falschmünzpolitik gab der Junker v. Kardorff am Freitag im Reichstage. Er sieht die Erbschaft der Junker, das ungenutzte Recht auf Ausbeutung der Arbeiter, durch die gewerkschaftliche Organisation gefährdet. Also müssen diese vernichtet werden. Und er schwadroniert über Terrorismus gegen Arbeitswillige. Zur Ueberwindung des vorgetäuschten Terrorismus, in Wirklichkeit, um die Gewerkschaften in der sozialen, dem Gemeinwohl förderlichen Arbeit zu stören, bekannte er sich als Terrorist der Tat. Er forderte alle Machtmittel des Staates gegen die Arbeiterklasse. In patriotischer Hohlheit er den Schrei nach dem starken Manne ertönen, der mit brutaler Faust ehrliche Arbeiter knebeln und streikbrecherisches Gefindel schüngen soll. Für den Geisteskampf hatte der sich über Terrorismus entrüstende, terroristische Gewaltpolitik fordernde geschäftsmachende Junker nur Spott und Hohn. Mit Judstabus und Schiefspiegel will er den Kampf gegen die Organisation der Arbeiter führen, das heißt gegen eine friedlich soziale Entwicklung.

In mühevoller, opferreicher Arbeit kämpfen die Gewerkschaften gegen Not und Elend, gegen Ausbeutung und Menschenverachtung. Der Junker fordert Pulver und Blei, schreit nach dem starken Manne, der diese Bewegung niederzupfeilen soll! In edler Dreistigkeit wagt das Junkertum auch noch solche Gewaltpolitik gegen ideale Bestrebungen und für seine egoistischen Zwecke von der Parlamentstribüne aus als einen Kampf gegen den Terrorismus zu empfehlen! In diesen Rahmen paßt es auch, daß Frechlinge der Nation den Boykott Andersgeinnter als sittlich erlaubt, ja als preiswert verteidigen. Das ganze Junkerregiment ist eine fortlaufende Kette des Terrorismus! Gewaltstreiche ihrer Vorfahren machten die Junker zu Besitzern des Landes. Gewaltpolitik usurpierte ihnen das Recht des Gesetzgebers. Die Gesetze treten sie mit Füßen, wo sie ihnen hinderlich sind. Den Landarbeitern verweigern sie Staatsbürgerrechte. Als Ersatz dafür dürfen sich die Ausgebeuteten beschimpfen, mißhandeln, ja tödlichen lassen. Der Landknecht, der von dem Vereinstrecht Gebrauch macht, wird mit der Hungerpeinlichkeit bedroht. Unter der Aufsicht von Bögen müssen die Landarbeiter nach der Anordnung der Junkerterroristen ihr Wahlrecht ausüben. In seinem Bereiche duldet der Junker keinen Schimmer eigener Meinung. Er unterdrückt, in der Wahl der Mittel von keinem Bedenken gedenkt, jedes ideale Streben, wenn es seinen Vormonopolinteressen widerspricht. Alles was der Junker an terroristischen Taten verbricht, das umgibt er mit dem Glorienschein „staatserbaltender Ordnung“. Jeder Versuch, sich des Terrors der Junker und Junkerhosen zu erwehren, stigmatisieren diese als einen Terrorversuch gegen die göttliche Weltordnung.

Das Ziel der Gewerkschaften ist darauf gerichtet, dem wehrlosen Arbeiter Schutz und Schirm gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Gewissenszwang zu sein. Das erklärt den wütenden Haß, mit dem sie von den Junkern verfolgt werden. Daß die Terroristen dabei über Terrorismus heuchlerisch sich entristen, macht die Sache ebensowenig neu wie reizvoll. Demagogie und Gewalttätigkeit führten den Kampf mit unläuterer Mitteln zu ihren unläuterer Zwecken immer unter der Devise: Gegen Demagogentum und Umsturz! Jetzt finden sich als tapfere Ordnungsbrieter Hinzubruder und Junker zusammen. Sie sind einander wert! Glück auf zum Bruderschmerz!

Berlin und Umgegend.

Lehrzeitverlängerung im Blumenbindereigewerbe.

Das Blumenbindereigewerbe hat sich erst etwa während der letzten vier Jahrzehnte zu einem selbständigen, von der Gärtnerei losgelösten, mit eigenem Berufspersonal arbeitenden Gewerbe herausgebildet. Früher wurden die Binderarbeiten von Gärtnereischülern nebenher mit geleistet, oder von weiblichen Angehörigen des Gärtnereibehalters. Heute, wo die Gärtnereien zumeist in die Vororte und umgebenden Dörfer der Großstädte verdrängt sind, unterhalten die Gärtnerei nur noch selten eigene Blumenbindereibetriebe; dieser Nebenbetrieb ist aufgegeben und ein selbständiger Hauptbetrieb anderer Unternehmer geworden, die zumeist die eigentliche Gärtnerei gar nicht erlernen haben. Das Herstellen der Binderarbeiten besorgen in diesen Blumenbindereibetrieben in der Hauptsache weibliche Arbeitskräfte, die dazu als Binderinnen besonders ausgebildet werden. Die Ausbildung selbst erfolgt in einer Lehrzeit, die in ihrer Dauer noch wenig allgemein geregelt ist. Diese Lehrzeit beträgt allgemein ein Jahr, doch kommen auch noch solche von nur einem halben Jahre vor. Der nun seit acht Jahren bestehende, gut organisierte Verband deutscher Blumenbindereibehalter ist seit einigen Jahren daran, die Lehrzeit allgemein zu ordnen, und zwar will er sie verlängern. In diesen Bestrebungen ist er gar nicht bescheiden, denn auf seinem Verbandstage schon beschloß er, „mit allen Mitteln danach zu streben, eine einjährige dreijährige Lehrzeit durchzuführen“. Und seitdem sind nach dieser Richtung schon mancherlei Vorstöße unternommen worden, mehrmals wurde wenigstens schon eine zweijährige Lehrzeit vereinbart. Das Bestreben, eine längere als einjährige Lehrzeit durchzuführen, rechtfertigt sich aber nach keiner Seite hin. Das Blumenbinden läßt sich in einem Jahre durchaus erlernen, und der sogenannte künstlerische Geschmack ist eine Persönlichkeitssache, die überhaupt nicht erlernt werden kann, die vielmehr jeder einzelne nach seinem Befähigungsgrade besitzt und entwickelt. Eine mehr als einjährige Lehrzeit rechtfertigt sich darum nicht.

Die Blumenbinderei ist größtenteils ein Saisongewerbe, in der Zeit vom Mai bis Oktober, also rund fünf Monate des Jahres haben die meisten Blumenbindereibehalter überhaupt keine Beschäftigungsgelegenheit in ihrem Beruf; in dieser Zeit bewältigt die geringe Arbeit der kleineren Geschäftsinhaber mit seinen Familienangehörigen allein, und der größere behält nur die Hälfte oder ein Drittel seines Personals. Daher auch der stets große Abfluß gelernter Binderinnen, die ihren Angehörigen nicht so lange Zeit zur Last liegen können, in der kalten Saison andere Beschäftigungsgelegenheiten ergreifen und zumeist bei dieser verbleiben, weil sie hier gewöhnlich auch eine längere Arbeitszeit und sonst bessere Arbeitsverhältnisse vorfinden. Es muß also sehr dringend darauf

geachtet werden, auf Lehrzeiten über ein Jahr sich einzulassen.

Bei dieser Gelegenheit muß den bereits ausgebildeten bezogen Stellung befindlichen Blumenbindereibehalter auch ihre Organisationspflicht eingeschärft werden. Denn, obwohl für die Blumenbindereibetriebe schon eine ganze Reihe von Arbeiterschutzbestimmungen gesetzlich bestehen, können diese den Angehörigen doch nur erst selten zugute, weil die unorganisierten Angestellten sie nicht kennen, und weil ihre Durchführung solange nicht richtig überwacht werden kann, als die Angestellten das nicht durch die gewerkschaftliche Organisation tun. Die meisten Blumenbindereibehalter sind Töchter aus Arbeiterkreisen und damit auch zumeist von organisierten Gewerkschaftern. Die zuständige Organisation ist der Allgemeine deutsche Gärtnerverein, Sitz Berlin, Luisenpark 1.

Deutsches Reich.

Hochbahnstreik in Hamburg.

Hamburg, 1. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute morgen legten zehntausende Angestellte der Hamburger Hochbahn wegen Nachregelung und Löhndifferenzen die Arbeit nieder. Der Betrieb ruht. Zugun, besonders aus Berlin ist unter allen Umständen fernzujhalten.

Die Enttarnung einer sozialdemokratischen Schauermär.

Unter dieser oder einer ähnlichen vielversprechenden Ueberschrift bringt die gesamte Zentrumspreffe einen Washzettel folgenden Inhalts:

„Ohne Angabe von Ort und Datum geht kurzzeitig durch die ganze sozialdemokratische Presse eine angebliche „Erklärung“ des Mitgliedes Anton Weber vom christlichen Metallarbeiterverband. Weber soll den Sozialdemokraten erklärt haben, daß er vom christlichen Metallarbeiterverband, Verwaltung Renden, mit noch 14 anderen Kollegen nach Stuttgart gefandt wurde, um dort bei der Firma „Sanitaria“ in Arbeit zu treten. Die Erklärung ist auf dem Bureau des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Hagen insaugen erschlichen worden. Wie unehrlich und verschlagen die Sozialdemokraten zu Werke gehen, um sich Scheinbeweise für nicht vorhandenen christlichen Streikbruch zu verschaffen, wird in nachstehender Erklärung Webers in aller Offenheit entlarvt.“

Erklärung.

Am Freitag, den 17. Januar 1913, war ich auf dem Bureau des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zu Hagen und bat, in der Meinung, auf dem Bureau des christlichen Metallarbeiterverbandes zu sein, um Reiseunterstützung. Dort wurden mir und einem Kollegen, der bei mir war, von den Beamten zuerst ein paar Glas Bier traktiert. Man fragte mich nach dem Woher und Wohin der Reise und forderte mir mein Mitgliedsbuch ab. Mir wurde dann ein auf der Schreibmaschine dergestelltes Schriftstück zur Unterstützung vorgelegt. Mit dessen Inhalt war ich nicht einverstanden. Der letzte Teil enthielt so viel Unrichtigkeiten, daß ich ein Drittel des ganzen Blattes vor dem meiner Unterstützung abhändigen ließ. Daß ich, wie in dem mittlerweile in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Schriftstück steht, von der Ortsverwaltung Renden des christlichen Metallarbeiterverbandes nach der Firma „Sanitaria“ geschickt worden sei, ist unwar. Dieses Werk ist mir bis heute noch vollständig unbekannt. Ich war der Meinung, in dem Schriftstück hätte es geheißen, „Sanitaria“, „Sekretariat“, worunter ich unser Verbandssekretariat Stuttgart verstanden habe, wo ich von Renden aus freiwillig hingefahren bin. In dem von mir unterzeichneten Schriftstück hat meiner Erinnerung nach das Wort „Arbeitswilligen“ überhaupt nicht gestanden.“

Zu diesem Artikel erklärt die Verbandsleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltung Hagen, folgendes: „Das Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes hat seine von uns veröffentlichte Erklärung vollständig freiwillig unterschrieben.“

Der Vorgang spielte sich folgendermaßen ab: Am Freitag, den 17. Januar 1913, kam das Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes Anton Weber auf das Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Hagen und bat um Unterstützung. Als er uns auf unser Verlangen sein Verbandsbuch zeigte, haben wir sofort, daß er Mitglied der christlichen Organisation war. Wir teilten dem Weber nun mit, auf welchem Bureau er sich befinde, und fragten ihn dann, aus welchen Gründen er nach Stuttgart gefahren sei. Weber erklärte uns in Gegenwart von drei Zeugen, er sei mit noch 14 anderen Kollegen

auf Befehl der christlichen Streikleitung

von Renden nach Stuttgart gefandt worden, um bei der Firma „Sanitaria“ in Arbeit zu treten. Es wäre ihnen von der Streikleitung in Renden ausdrücklich erklärt worden: Wenn ihr nicht nach Stuttgart geht, wird euch die Streikunterstützung entzogen.“

So sah das „freiwillige“ Abreisen der Rendener Metallarbeiter aus. Weber erklärte uns weiter, sie hätten nicht gewußt, daß in Stuttgart getreift wurde; die Rendener Streikleitung hätte ihnen das verschwiegen. In Stuttgart hätten sie bei der „Sanitaria“ nicht in Arbeit treten können, da der Betrieb bereits mit Arbeitswilligen besetzt war. Ein Trupp christlicher Mitglieder sei vor ihnen bereits nach Stuttgart gefandt worden. Man habe auf der „Sanitaria“ nur noch gelernte Arbeiter brauchen können. Bei seiner Abreise von Stuttgart habe er vom christlichen Metallarbeiterverband ganze 2 M. Reisegeld bekommen.

Wir fragten den Weber, ob er bereit sei, das uns mündlich Mitgeteilte schriftlich zu bestätigen. Er erklärte sich sofort dazu bereit. Ferner erklärte er, daß er, sobald er Arbeit bekommen habe, der christlichen Organisation den Rücken kehren würde.

Als wir die Erklärung mit Tinte niedergeschrieben hatten, las Weber zweimal die Erklärung genau durch und verlangte Streichung eines Fremdwortes, welches ihm unverständlich war. Wir sind diesem Wunsch nachgegeben und haben den ganzen Satz gestrichen. Dann wurde die Erklärung auf der Schreibmaschine ins Reine geschrieben und sie dem Weber wieder vorgelegt. Weber las die Erklärung wieder genau durch und erklärte dann ausdrücklich: „Das ist wahr, das kann ich unterschreiben.“ Bevor er aber unterschrieb, haben wir dem Weber ausdrücklich erklärt: „Unterschreiben Sie nur, was wahr ist; entsprechen Ihre Angaben nicht den Tatsachen, dann wollen wir es lieber sein lassen.“ Weber erklärte wörtlich: „Das kann ich zehnmal unterschreiben; denn was in der Erklärung steht ist wahr.“

Wenn nun in der christlichen Ableugnung gesagt wird, Weber habe das Wort „Sanitaria“ als „Sekretariat“ verstanden, so erklären wir dieses für eine bewusste Unwahrheit.

Durch Zeugen können wir nachweisen, daß Weber ständig von der Firma „Sanitaria“ und dem Streik sprach, so daß gar kein Zweifel darüber bestehen konnte, daß Weber nicht genau wußte, um was es sich handelt.

Wie die Erklärung in den christlichen Organen zustande gekommen ist, können wir uns leicht denken. Als Weber unser Bureau verließ, sagte er: Wenn nun meine Erklärung in eure Zeitungen kommt, wird es mir schlimm gehen. Man wird mich steinigen.“ Wir rieten dem Manne, er solle nicht nach Renden gehen, um nicht den christlichen „Führern“ in die Hände zu fallen. Scheinbar ist dieses nun doch der Fall und haben die Christen dem Manne so lange zugesetzt, bis er die Erklärung unterschrieb.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltung Hagen.
J. L. Josef Ernst.

Verfammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die Branche der Eisenformer und Berufsgenossen setzte am Donnerstag ihre am 18. d. M. vertagte Versammlung fort. Nachdem einige interne Angelegenheiten erledigt waren, wurden die Zustände in den einzelnen Betrieben besprochen. Am meisten wurde darüber geflagelt, daß bei Differenzen wegen Ausschufwaren die betreffenden Arbeiter nicht immer zu ihrem Rechte kommen. Gerügt wurde auch, daß in manchen Betrieben das Ueberstundenwesen eingerissen ist. In den Siemenswerken am Konnenendam soll ein Arbeiter sein, der die Lehrlinge unter sich hat und an denselben eine Art Prügelpädagogik ausübt (mit jedem Gegenstand, der ihm in die Hände kommt), die aufs schärfste zu mißbilligen ist. Zum Schluß bestätigte die Versammlung noch die Wahl des Brandentleiters und wählte ein Ersatzmitglied in die Agitationskommission.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. In der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung der Filiale Berlin wurde unter anderem vom Kassierer Hoffmann die Abrechnung für das vierte Quartal 1912 erörtert. Dieselbe zeigt für die Lokalkasse eine Einnahme (einschließlich des alten Bestandes) von 93 980,01 M., eine Ausgabe von 22 631,29 M., so daß ein Bestand von 71 348,72 M. bleibt. Für Unterstützungszwecke wurden ausgegeben in Sterbefällen 2707 M., an Kranke 12 267 M., an Arbeitslose 3280 M., an Gewahregelte 138 M., an Ausreisende 615 M., Rechtschutz 143 M. — Die Mitgliederzahl ist von 9093 männlichen, 390 weiblichen und 110 jugendlichen auf 9219 männliche, 355 weibliche und 125 jugendliche gestiegen. Das sind im ganzen 9699 Mitglieder.

Die Versammlung nahm die Rennoval der Ortsverwaltung vor, welche folgendes Ergebnis hatte. Bevollmächtigter: W u h l h. Kassierer: Hoffmann. Leiter der Agitationsgruppen: Becker, Busacker, Polenske, Schulz, Jabel, Weiser; Geibel, Kiel, Klipper, Neumann, Scharlau, Schulte, Schünemann, Süß, Ferner wurden gewählt als Revisoren: Heintze, Arum, Schabbel; als Delegierte zur Gewerkschaftskommission: Busacker, Dittmer, Hoffmann, Polenske, Scharlau, Wuyh.

Letzte Nachrichten.

Die Stidwahlen in Lippe-Deimold.

Detmold, 1. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Stidwahlen zum Landtag vermodten die Liberalen in der dritten Wählerabteilung ihre vier Landtagsitze mit knapper Mehrheit zu behaupten. Ein weiterer Gewinn sozialdemokratischer Mandate ist durch den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien bereitet worden. Die Wahlen haben aber immerhin bewiesen, daß uns diese Kreise bei den nächsten Wahlen zufallen werden.

Der lippsche Landtag setzt sich nunmehr wie folgt zusammen: 10 Konservative, 2 Nationalliberale, 7 Freisinnige, 1 Christlichsozialer und 1 Sozialdemokrat. Der Bestiand der Parteien ist demnach unverändert geblieben.

Blockade bulgarischer Häfen.

Oessa, 1. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die russische Dampfergesellschaft erhielt eine telegraphische Meldung, daß die bulgarischen Häfen Wara und Burgas geschlossen seien. Infolgedessen wurden die Reisen nach Bulgarien eingestellt. Die bereits reisefertig beschrifteten Dampfer begannen wieder auszuladen.

Chinesischer Feldzug gegen die Mongolei.

Peking, 1. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) In den Kreisen, die dem Präsidenten Yuanshikai nahe stehen, verlautet, daß die Regierung für das Frühjahr eine Expedition gegen die äußere Mongolei beschloffen habe. Durch einen geheimen Befehl des Präsidenten sei der Vizepräsident zum Oberbefehlshaber der Expedition ernannt worden.

Amstert, 1. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) In Walschijn ist eine mongolische Miliz organisiert und bewaffnet worden.

Die Kade der Suffragettes.

London, 1. Februar. (B. T. V.) Eine Anhängerin des Frauenstimmrecht sitzend im Tower von London einen Glasstein, in dem Orden aufbewahrt wurden. Sie wurde verhaftet. Der Kensington-Palast, der Hampton Court-Palast und Holbrook-Palast in Edinburgh sind für das Publikum geschlossen worden, da man weitere Beschädigungen befürchtet.

Eisenbahnunfall.

Trier, 1. Februar. (B. T. V.) Ein schwerer Unfall ereignete sich heute auf der Eisenbahnstrecke zwischen Cheang und Cunit. Auf der Lokomotive des Personenzuges Trier-Koblenz platzte das Siederrohr, wodurch der Lokomotivführer und der Heizer infolge des ausströmenden siedenden Wassers gefährlich verletzt wurden.

Berggrutsch und Schachtsturz.

Erzibam (Böhmen), 1. Februar. (B. T. V.) In den letzten Tagen wurden hier verschiedene starke Erdstöße registriert. Gestern stürzte infolge eines Berggrutches ein 20 Meter langer Bergschacht in sich zusammen. Ein Bergmann wurde schwer verletzt, ein anderer durch das herabfallende Gestein getötet. In der Bevölkerung herrscht große Beunruhigung.

Verhängnisvolle Kesselexplosion.

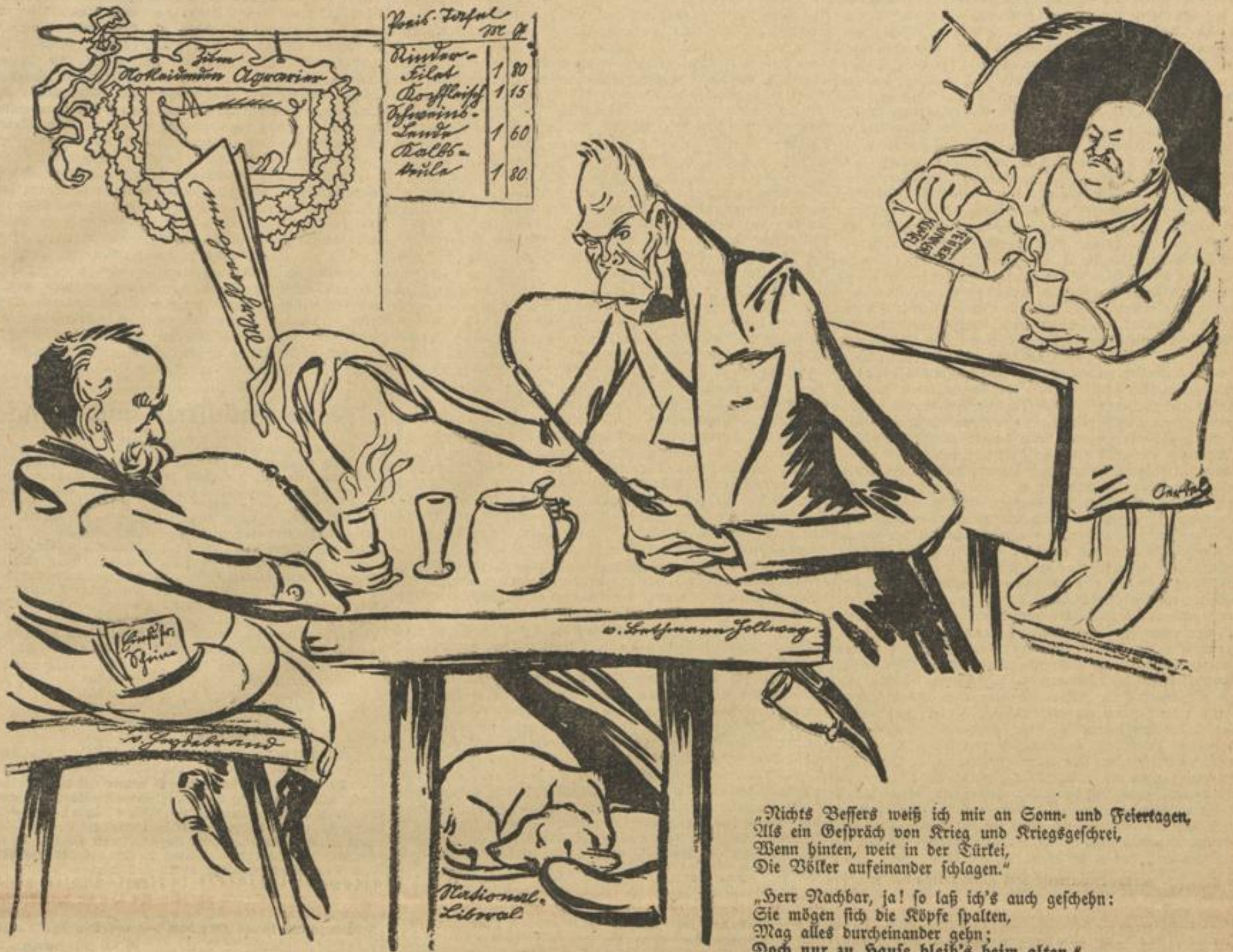
Esnowice, 1. Februar. (B. T. V.) In einer hiesigen Fabrik fand eine Kesselexplosion statt. Neun Mann erhielten dabei schwere Brandwunden, sechs von ihnen wurden tödlich verletzt, einer ist gestorben.

Gefährliche Schießübungen.

Paris, 1. Februar. (B. T. V.) Der „Temps“ veröffentlicht eine Depesche aus Belgrad über folgenden geheimnisvollen Vorgang: Eine Wäuerin, die gestern auf dem Markte in Belgrad Einkäufe besorgt hatte, wurde auf dem Heimwege nach ihrem Dorfe in einiger Entfernung von der Stadt, von einer Kugel getroffen, ohne daß sie sich erklären konnte, woher die Kugel gekommen war. Der die Sachwunde untersuchende Arzt erklärte, daß die Kugel aus einem österreichischen Gewehr kam. Die Truppen der Garnison von Semlin, so fügt der „Temps“ erläuternd hinzu, die sich täglich an den Ufern der Save im Schießen üben, verquamen sich häufig damit, über das rechte ferdische Ufer Hinderniszuschießen. Die Bewohner der ferdischen Hauptstadt sind infolge dieser Herausforderung der österreichischen Soldaten sehr erregt.

Straßenkampf zwischen Soldaten und einem Deferteur. Petersburg, 1. Februar. (B. T. V.) Wie aus Kiev gemeldet wird, hat dort gestern ein förmlicher Straßenkampf zwischen Soldaten und einem Deferteur stattgefunden. Der Deferteur hatte sich in einem Hause verfangt und sich fortwährend auf die ihn verfolgenden Soldaten und Offiziere. Ein Hauptmann, ein Unteroffizier und zwei Soldaten wurden im Verlaufe dieses Streiterei tödlich verletzt. Schließlich gelang es einem Offizier, den Deferteur durch eine wohlgezielten Schuß in den Kopf niederzustrecken.

Preußisches Idyll.



„Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen,
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
Wenn hinten, weit in der Türkei,
Die Völker aufeinander schlagen.“

„Herr Nachbar, ja! so laß ich's auch geschehn:
Sie mögen sich die Köpfe spalten,
Mag alles durcheinander gehn;
Doch nur zu Hause bleib's beim alten.“

Goethe, Faust I.

Kleines feuilleton.

Geschäft und Christentum. Soeben ist ein Komitee gebildet, das zur Sammlung einer Nationalspende zum Kaiserjubiläum für die christliche Mission in unseren Kolonien und Schutzgebieten auffordert. Den Vorsitz dieses Komitees führt von Wedel, der Präsident des Herrenhauses. Unterzeichnet haben außerdem: Graf Schwerin-Löwitz (Vorsitzender des Abgeordnetenhauses), Freiherr von Bismarck (Direktor der Preussischen Handelsbank) und andere. Wenn man an das Christentum der Evangelien denkt, muß man zunächst einräumen, daß die Lehre des Nazareners Karriere gemacht hat. Damals wandte er sich an die Armen und Vermitteln und wurde von der Staatsgewalt als Verbrecher unter Verdrehen gekreuzigt. Heute promoviert er durch die Öffentlichkeit Deutschlands Arm in Arm mit den Präsidenten des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses, ehrsüchtig geträumt (es ist schwer, keine Satire zu schreiben!) vom Direktor der Preussischen Handelsbank. Die feudalistischen Vertreter der staatlichen Macht und die goldschweren Vertreter des Großkapitals treffen sich am Kreis von Solgatha. Ohne Zweifel das Christentum hat Karriere gemacht. Es fragt sich nur, wie sie ihn bekommen ist, und auch daraus gibt das geistreiche Komitee eine erschöpfende Antwort. Die Sammlung, die angeblich aus einem religiösen Bedürfnis entstanden ist, wird mit dem bevorstehenden Kaiserjubiläum zusammengeknüpft. Nur in der körperlichen Welt ist die Nuppelei strafbar. Das Christentum hat man schon so oft verknüpft, daß es kaum auffällt, wenn man es wieder einmal mit einem höfischen Fest zusammenbringt. Im Gegenteil: man muß sogar einräumen, daß die Lehre des Nazareners nicht ohne Vorteil in die Schule der Wandbildkünstler gegangen ist. Sie ist geschäftsmäßig geworden. Wenn die Herrschaften des Komitees so ohne weiteres zu ihren eigenen Volksgenossen kämen, zu den Volksgenossen, die den besondern Wert ihres sogenannten Christentums am eigenen Leibe erfahren haben, könnten sie sich leicht die Antwort holen: „Schert euch freundlich zum Teufel, wohin ihr nach Ansicht des Nazareners gehen mal gehört.“ Wenn sie aber mit einem häßlichen Fest verknüpft sind, sind sie zugleich mit allen Mächten der Sitte, der Karriere, der Macht und des glänzenden Scheins verbunden. Die niedrigsten Instanzen der „sündigen Welt“ werden entseelt, um der Ewigkeit zu dienen. Die Pötte ist etwas blutig, aber unendlich wirkungsvoll.

Anatole France über soziale Kunst. In einer Besprechung des Buches „L'Art social“ von Roger Marx schreibt Anatole France im „Temps“ u. a.: Mit welchem Recht raubte eine Minderheit von Bevorrechteten, die dem Zufall der Geburt eine vervollkommnete Erziehung und eine besondere Empfindungsfähigkeit verdankten, den Handwerker und dem Volk die unergieblichen Reichthümer, die das Erbteil der Menschheit zusammenlegen und dem, der an ihnen teilhat, unendliche Genüsse verschaffen? Geht das nicht, die ästhetischen Freuden selbst jenen verweigern, die geduldig und anhaltend arbeiten und litten, um sie zu schaffen, zu erobern oder zu bewahren? Ungerecht und unglücklich, so ist und stets die Unterscheidung zwischen den sozialen Schichten erschienen, die nicht in der Natur begründet ist. Die Ausbreitung der schönen Künste und der Kunstgewerbe geht aus der inneren Verfassung der Gesellschaft hervor. Es entspricht der Würde der Menschheit, daß sie allen denkenden Wesen gestattet, an den edlen seelischen Bewegungen teilzunehmen, die durch die Werke der Kunst erregt werden. Es ist

lobenswert, wenn man das Leben der Armen bereichern will, indem man sie lehrt, die Schönheiten der Kunst und der Natur zu verstehen und zu lieben.

Gleich dem Saft, der den Stamm und die Rinde des Baumes ernährt und die Frische des Blattwerks, den Farbenglanz der Blüten, den köstlichen Duft der Früchte hervorruft, werden die Lehren der Schönheit, wenn sie von den Handwerkern verstanden werden, ihren durch die eintönigen Arbeitsmühen verarmten Geist bereichern und ihrem Denken einen reineren Klang verleihen. . . .

„In welcher Verirrung schuf man ehemals die Begriffe von höheren und von niederen Künsten? War es richtig, daß die Kunstgewerbe, als allzusehr in der Materie befangen, sich nicht zur reinen Schönheit erheben konnten? Durch diese unglückliche Unterscheidung verarmten die Kunstgewerbe, sie wurden herabgewürdigt und zugleich sahen sie die isolierten und bevorrechteten schönen Künste den Gefahren der Isolierung preisgegeben und vom Schicksal der Bevorrechteten bedroht. Demen, die diese Vorurteile gestiftet haben, gebührt hohes Lob. Von nun an werden wir glauben, daß es nicht zweierlei Arten von Kunst gibt. Es gibt nur eine Kunst, die zugleich industriös und groß ist — eine Kunst, die danach strebt, dem Leben Zauber zu geben, indem sie um uns herum die schönen Formen vermehrt, die schöne Gedanken ausdrücken. . . .“

Bericht der deutschen Südpolarexpedition. Der Leiter der deutschen antarktischen Expedition, Wilhelm Filchner, der inzwischen in Berlin eingetroffen ist, hat über die Ergebnisse der Expedition berichtet:

Am 30. Januar kam bei 76 Grad 37 Minuten südlicher Breite und 90 Grad 25 Minuten westlicher Länge neues Land in Sicht als eine ungeheure endlose Eisfläche, die nach Süden anstieg. Dieser Eisschild verbergte das darunter liegende feste Land, dessen Vorhandensein schon die durch häufigere Lotungen festgestellte schnell abnehmende Meerestiefe anzeigte. Das Inlandeis wies denselben lotrechten Abstieg in das Meer auf, den Bruce auf der schottischen antarktischen Expedition im Jahre 1904 an dem von ihm entdeckten und benannten Coatsland gefunden.

Die „Deutschland“ verfolgte den Inlandeisabbruch, seinem Rande entlangfahrend, nach Süden und erreichte am 31. Januar 1912 mittags eine mit Eis glatt überfrorene Bucht. Das Inlandeis bog hier nach NW, um und bildete in einem vorgehobenen hohen Rücken die westliche Umrahmung der Bucht. Nach Westen hin schloß sich eine schwimmende Eismasse, der die Expedition in zwei Fahrten bis 76 Grad 56 Minuten südlicher Breite und 40 Grad 54 Minuten westlicher Länge gefolgt. Schwere Treibeis zwang die „Deutschland“ hier in circa 27 Kilometer Entfernung von dem Rande der Eisbarriere zur Umkehr zur entdeckten Bucht. Nach Aufbrechen des sie bedeckenden Eises schritt man hier in 77 Grad 48 Minuten südlicher Breite und 34 Grad 30 Minuten westlicher Länge an die Errichtung der Station, von der aus die Landereisungen hätten geschehen sollen. Infolge einer starken Springslut geriet aber die Eisstapel, auf der die Station errichtet worden war, in Bewegung und mit ihr trieb die Station in das offene Meer. Bald darauf bildete sich Jungeis und zwang das Schiff, den Platz aufzugeben, und Nordkurs nach Süd-Georgien zu nehmen. Der Plan, Süd-Georgien zu erreichen, dort zu überwintern und im nächsten Süd-Frühjahr aufs neue nach Süden aufzubrechen, ward aber zunächst.

Am 6. März kam das Schiff im Eise fest und am 9. März begann auf 75 Grad 43 Minuten südlicher Breite und 32 Grad 19 Minuten westlicher Länge die Eisdrift. Willenlos trieb die „Deutschland“ in dem sie umflammernden Eise. Erst am 26. No-

bember gelang es, das Schiff aus dem Eise durch Sprengen und unter Benutzung von Rissen und Rinneu zu befreien.

Während der Eisdrift wurden umfassende ozeanographische und meteorologische Beobachtungen vorgenommen, die zu folgenden Ergebnissen geführt haben: Die Weddellsee ist angesichts der Eisbarriere flach, senkt sich aber in der Mitte auf 6148 Meter herab und wird nach Norden durch eine Schwelle von wenig über tausend Meter Tiefe vom Atlantik getrennt. Ueber ihr liegt ein tiefes Luftdruckminimum, die es umtreibenden Winde versehen das Meer und sein Eis in entsprechende Strömung, die die Schiffsahrt auf der Ostseite begünstigt, auf der Westseite erschwert. Weiter wurden erdmagnetische Registrierungen zum ersten Male auf Hochsee vorgenommen.

Unter den Mitgliedern der Expedition scheint nach einer Mitteilung der „Hamb. Nachrichten“ zu schließen, kein gutes Einvernehmen geherrscht zu haben. Es sind der erste Offizier und der Maschineningenieur bereits ausgeschieden, und auch der wissenschaftliche Stab soll keine Lust haben, den erneuten Vorstoß mitzumachen.

Natürliche Kolarben. Der deutsche Staatsbürger hat ein Recht, von dem er so gut wie nie Gebrauch macht, ja, von dem er kaum etwas weiß, nämlich das Recht, die Landesfarben zu tragen. Ja selbst der Unglückliche, dem durch gerichtlichen Spruch die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt werden, wird kaum darüber aufgeklärt, daß er in der vom Urteil bestimmten Zeit die Kolarbe nicht anlegen darf. Gegenwärtig trägt nur das Militär die Kolarbe, und zwar zwei, die Landes- und die Reichsolarbe und diese in kleinem Format; in stürmisch bewegten Zeiten aber legt auch die Zivilbevölkerung solche an, und zwar möglichst große. Schwarz-rot-goldene und schwarz-weiße Kolarben waren 1848 und in den nächsten Jahren darauf ein allgemeiner, demonstrativer Schmutz und ebenso in der großen französischen Revolution, der sie ja auch ihre Entstehung verdanken. Auch in den Einigungskämpfen Italiens haben die Kolarben eine Rolle gespielt, besonders in den gegen den Kirchenstaat gerichteten. Grün-weiß-rot sind die italienischen Farben, die natürlich im päpstlichen Gebiet nicht gezeigt werden durften. Aber die Freunde der Einheit wußten sich zu helfen. In Italien wächst eine Wassermelone, der Cocomero; sie ist von außen hellgrün und zeigt, durchschnitten, innen den purpurroten Wasserkern, rings umher aber eine weiße Lage. Patriotische Melonenverkäufer wiesen nun wohl durch Insaufsicht auf ihre Ware hin mit den Worten: „Die Natur hat mir diese Farben gegeben.“ Dafür rebancherten sich in italienischen Landesteilen päpstlich Gesinnte, indem sie durchschnittenen gelochten Eier ausstellten, die die Farben des päpstlichen Gouvernements aufwiesen.

Kunst.

Ein Sucher des Menschlichen. (Im Salon Cassirer.) Max Beckmann, ein Dreißigjähriger, ist auf dem Wege, das Menschliche zu suchen. Er tut es als Maler. Er glaubt sich berufen, mit der Farbe die Ergebnisse der Seele, einer modernen, einer skeptischen, von der Rot der Welt geängsteten und vor sich selber erschreckenden Seele, sichtbar zu machen. Es gelingt ihm auch, daß wir, vor seinen Bildern stehend, den Eindruck eines schnuckelvollen, sehr erfrischenden Pfadfinders zum Menschlichen empfangen. Nur: wie wissen nicht recht, ob das, was wir da vor uns haben, wirklich Malerei im letzten und höchsten Sinne ist.

Ein Name läßt sich in seinem Eigentlichen nicht erklären; man kann es nur mit den Augen fühlen, was die Größe solcher Kunst ausmacht. Bei Beckmann überwiegt das Psychologische, vor diesem

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Schiffahrtskämpfe.

Die Anlage von gewaltigen Kapitalien in den modernen Großunternehmungen ruft notwendig das Bedürfnis nach Ausschaltung oder wenigstens Milderung der Konkurrenz hervor, damit nicht der Profit der beteiligten Kapitalisten geschmälert oder das Unternehmen im Konkurrenzkampf unterdrückt werde. Diese Voraussetzungen für Vereinbarungen innerhalb eines Gewerbebezuges treffen in besonderem Maße für die Großschiffahrt zu. Die Kapitalanlagen in einem einzigen Schiff sind bei den heutigen Ansprüchen des Verkehrs und den gewaltigen Leistungen der Schiffbautechnik derart groß, daß keine Gesellschaft das Risiko auch nur nicht genügend Ausnutzung solch eines Riesentörpers eingehen könnte. Nationale und internationale Abkommen gibt es daher in der Schiffahrt der Welt in großer Zahl. Jede Gesellschaft hat ihren Rückhalt an besondern Schiffahrtsunternehmungen und steht auf Grund besonderer Verträge in Beziehung zu all den Gesellschaften, die ungefähr gleiche Routen befahren. Vereinbarungen über die Höhe der Personen- und Frachttarifen stehen dabei an erster Stelle. Aber die Abkommen erstrecken sich auch auf das Verbot oder die Annahme von Fracht für bestimmte Strecken und Häfen. Sehr oft wird eine regelrechte Aufteilung der Routen und Beförderungszweige vorgenommen. Jedem Mitglied des Schiffahrtspool (Abkommen) werden bestimmte Routen, die Häufigkeit des Verkehrs, die Art des Geschäfts (Personen- oder Frachtverkehr) vorgeschrieben. Wie bei einem Industrieunternehmen erfolgt dabei eine Verteilung nach Kosten. Eine bestimmte Dividendenhöhe und jährliche Zuweisungen werden daneben bald der Gesellschaft, die eine Route befährt, bald dem Unternehmen, das von dem Betrieb einer eigenen Linie auf der gleichen Strecke absieht, vertraglich zugesichert. Oft richten sich die Abstandsregelungen einer Linie nach der Höhe des eigenen Heberbusses. Solche internationalen Abkommen, die den Verkehr der Westküste untereinander nach den privaten Profitinteressen einzelner Unternehmergruppen regeln, sind natürlich von außerordentlicher Bedeutung für die Entwicklung der weltwirtschaftlichen Beziehungen. Wohl hängen die Schiffahrtsunternehmungen in ihren Erträgen wesentlich von der Gestaltung der Konjunktur ab — die Tarifpolitik der großen Schiffahrtsgesellschaften bildet geradezu einen Maßstab für den Konjunkturgrad —, aber sie vermögen selbst einen großen Einfluß auf die Richtung dieser Wirtschaftsbeziehungen auszuüben. Die Wahl der Hafenorte, der Verkehrshäufigkeit, die Beförderung der Personen- und Frachttarifen usw. können von außerordentlichem Einfluß werden. Das gilt vor allem für das Auswanderergeschäft, d. h. die Vermittlung der großen Auswanderermassen, die für immer ihre Heimat verlassen und, meist von wirtschaftlicher Not getrieben, den Beförderungsentwicklungen so gut wie auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Man muß einmal in einem Grenz- oder Hafenort die Scharen gedrückter Männer, Frauen und Kinder und ihre Behandlung durch die Agenten der Schiffahrtsgesellschaften gesehen haben, und man wird mit einem Blick erfassen, wie jene Heimatslosen nichts sind als eine Ware, an der die Schiffahrtsgesellschaft verdienen will. Wohl mahnen die Regierungen sich selbst einen Einfluß auf das Schiffahrtsgeschäft, indem sie es der Konzeptionierung unterwerfen. Aber nicht immer erscheint die Gesellschaft als Bittende; die Regierungen machen oft selbst nicht geringe Zugeständnisse, um eine Linienführung mit Berücksichtigung inländischer Häfen zu erreichen.

Einen Einblick in die Art solcher Schiffahrtsabkommen, die der Öffentlichkeit gar nicht oder nur höchst ungenau bekannt gegeben werden, gewinnt man durch einige Mitteilungen über Erneuerungsverhandlungen des Nordatlantischen Dampferverbandes, die in der vergangenen Woche in Berlin stattfanden. Der Nordatlantische Pool wurde im Jahre 1908 geschlossen, nachdem in den Reisejahren 1907 und 1908 eine scharfe internationale Konkurrenz auf dem Schiffahrtsmarkt eingesetzt und

hat man Respekt, vor dem heiligen Eifer, der aus den Gebärden der „Auserwählten“ spricht, vor der Hauptmasse, die in der „Anagnonenschlacht“ lobt, vor dem verzückten Rausch, der bei der „Ausziehung des heiligen Geistes“ die Menschen zu Befessenen macht. Man sieht aber sofort, daß das eigentlich Materische mit dem Flug solcher Absichten nicht ganz zusammengeht. Wenn man sich jenseit ein Bild geschnitten vorstellt, so würde man kaum vor dem nichtigen der Fragmente so erschüttert stehen können, wie das vor einem Heben von Manet oder von Gogh oder Leibl ganz selbstverständlich wäre. Und auch, was die Komposition der vielföpfigen Bilder, das Gegeneinanderstellen der Figuren, das Aufsteigen der Fläche betrifft, so wird es und offenkundig, daß Beckmann noch ein Kämpfender, ein Zeitender, zur Hälfte ein noch Geseffelter ist. Der Ueberhang seiner drängenden Seele hält ihn gefangen.

Dieser Mensch will von sich und seinem Geschlecht immer mehr darstellen, als sein Können ihm gestattet. Er verzehmet sich, er begehrt Wiggerisse in der Farbe, er verwirrt die Gruppen, anstatt sie zu entlasten, er ist gewaltig, anstatt einfach, er ist auch nicht immer selbständig, er erinnert an Delacroix, an Daumier, an Munch, zuweilen auch an die Akademie. Er ist noch längst nicht ausgereift; aber er bleibt trotz aller Hemmungen, die auf ihm liegen, eine unserer besten Hoffnungen. Er wird an sein Ziel gelangen, weil er ein Mensch ist, der das Menschliche sucht. Selbst die ziemlich überhöhte Art, mit der der Kunsthandel ihn berühmt machen möchte (über das „Lebenwerk“ des Dreißigjährigen ist soeben ein ganzes, wohl etwas verfrühtes Buch erschienen), wird ihm nicht schaden können. Beckmann wird die Synthese zwischen dem Menschen, der sich in ihm gewaltig regt, und dem Maler, als den er sich bestimmt glaubt, zu vollziehen wissen. In zehn Jahren, vielleicht auch erst in zwanzig, werden wir die Erfüllung dessen sehen, was heute am vollkommensten die Bildnisse, die der eigenen Person und die der Menschen, die er liebt, aufzeigen. R. Br.

Musik.

Das Deutsche Opernhaus hat am Freitag versucht, eines der problematischsten musikalischen Bühnenwerke neu herauszubringen: „Eugen Onegin“ von P. Tschaikowsky. Seit Ende der 1870er Jahre beliebt, scheint es doch allmählich an Eindrucksfähigkeit verloren zu haben. Der Komponist ist der Kritik darin zuvorgekommen, daß er sein Werk „Lyrische Szenen“ genannt hat. In der Tat keine Oper, keine dramatische Entwicklung! Und doch ist es nicht etwa eine Reihe von „Kummern“, zu denen irgend eine „Handlung“ den Anlaß gibt. Einheitslich ist es jedenfalls, sein Kern die Stimmung des russischen Gutsbesizers aus der Wiederkehrzeit, mit den zwischen tragischem Wühlen und unbekümmertem Dahinleben stehenden Personen, Land und Stadt, Natur und Literatur so eigentümlich verbindend. In der Mitte die Titelfigur, voll Gefühlswichtigkeit und Mächtigkeitslosigkeit, zurückhaltend gegen die heiße Liebe Tatjanas und doch immer wieder zu ihr anstrebend. Mit kurzen klugen Motiven, die dann zu größeren Schwellungen geführt werden, bestreitet der Komponist den Hauptbedarf der musikalischen Darstellung, die Stimmungseinheit festhaltend, allerdings in einer allmählich ermüdenden Weise — ermüdend schon deshalb, weil er sich wenig auf Charakterisierung einläßt. Das Problem der Persönlichkeit in Onegin hat er kaum angefaßt; nur daß er von dem Feiermäßigen und Trivialen, über das er nach deutschem Geschmack reichlich verfügt, der Titelpartie besonders viel zuteilt, wohl um das Inseine und Unvollendete in Onegins Wesen anzudeuten. Noch reicher ist die Musik allerdings an eigenen Feinheiten im Bau der Rhythmen und Perioden und Motivverbindungen. Man kommt aber

zur Herabsetzung der Passagier- und Frachttarifen geführt hat. Im März 1911 lief der erste Vertrag ab. Die Veränderungen im Schiffahrtsverkehr, die bereits deutlich bessere Konjunktur voraussetzten schon damals allerlei Schwierigkeiten bei der Verlängerung. Zweimal wurde der Pool provisorisch verlängert, bis Juni 1911 und bis Oktober 1911. Im Oktober 1911 fand eine Einigung zwischen den beteiligten Dampferlinien statt; die Dauer des Abkommens wurde sogar auf weitere 5 Jahre festgesetzt. Welche Bedeutung der Pool hat, geht daraus hervor, daß ihm die wichtigsten Großschiffahrtsgesellschaften Deutschlands, Englands, Hollands, Rußlands, Oesterreichs, Skandinavien und Amerikas angehören, nämlich: Die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd, die Allan-Linie (seit 1909 in Kanada), America Line, Anchor Line, Atlantic Transport Line, Cunard Line, Dominion Line, Red Star Line, White Star Line (Morgan-Trust), Lahland Line, die Holland-America Line, ferner die Canadian Pacific Railway Co., die Compagnie Générale Transatlantique, die skandinavische America-Linie und die russische Sibirische Dampfschiffahrtsgesellschaft. Durch den Vertrag wurden die Preise für den Personenverkehr in den ersten beiden Monaten und im Zwischenland geregelt. Dazu kamen noch besondere Abmachungen, von denen nun ein Teil durch die Lösung der Canadian Pacific Railway Co. vom Verträge bekannt wird. Die Canadian Pacific Eisenbahngesellschaft hat sich seit einigen Jahren, gleich mehreren Eisenbahnunternehmen der Vereinigten Staaten, auf das Schiffahrtsgeschäft geworfen, um durch die Beherrschung des Eisenbahn- und Schiffsverkehrs Tarifkämpfe zwischen beiden Transportmitteln auszuschließen. Während die meisten amerikanischen Transportgesellschaften, die beide Wege beherrschen, nur auf amerikanischen Gebieten tätig sind, hat die kanadische Eisenbahngesellschaft auch Linien nach Europa eingerichtet. Der Grund liegt darin, daß sie zugleich große Landstrecken in Kanada besitzt und an der Veranziehung von Kolonisten starkes Interesse hat. Sie unterhält daher Verbindungen zwischen Liverpool—Kanada und Antwerpen—Kanada. Die Sonderinteressen der Kanadageellschaft veranlassen, daß die Kanadageellschaft mit ihren europäischen Linien nur in lose Beziehungen zu dem Nordatlantischen Pool trat. Die Linie Liverpool—Kanada war in den Vertrag überhaupt nicht hineingezogen worden. Dafür aber, daß sich die Kanadageellschaft, allerdings ohne Quotifizierung des Verkehrs, nach den Raten und Provisionen des Pools richtete, war ihr eine Quote am Auswanderergeschäft von Antwerpen zugewilligt worden. Die Abfertigung dieser Reisenden erfolgte aber nicht durch die Canada Pacific, sondern durch die Red Star Line im Auftrag des Pools. Ehe der Sondervertrag des Pools mit der Canadian Pacific Ende 1912 abließ, forderte diese nun eine bestimmte Quote am englischen Geschäft und das Zugeständnis eigener Schiffe für den Antwerpenverkehr. Beides wurde abgelehnt und die Canadian Pacific erneuerte den Vertrag nicht mehr. Zugleich bewarb sie sich bei der österreichischen Regierung um die Konzession für eine Linie Triest—Kanada. Für sie liegt dabei ein besonderes Interesse vor, da der Auswandererstrom seit einigen Jahren weit stärker aus Südeuropa gespeist wird, während die Bedeutung Nordeuropas für die Auswanderung zurückgeht. Die Pacific machte der österreichischen Regierung klar, daß der bisherige Verkehr zwischen Triest und Kanada den Anforderungen nicht mehr genüge, und die Regierung hat bereits die Konzession erteilt. Damit greift aber die Canadian Pacific in das Reich des Pools ein, der dort durch eine ebenfalls vom österreichischen Staat subventionierte Schiffahrtsgesellschaft, die Austria-Americana, vertreten ist. Die Austria-Americana ist 1903 vom Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie gegründet worden, die einen Teil des Aktienkapitals der Austria besitzen und auch jährlich Zuschüsse leisten.

Durch diese beabsichtigte Neugründung ist der Konflikt zwischen Pool und Pacific Co. zum Ausbruch gekommen. Am 30. Januar waren zwar alle deutschen, britischen, französischen, nicht leicht dazu, dem Dräcker in seine Ränke zu folgen; es herrscht nicht vor, es läßt den Singstimmen ihre Selbständigkeit und gute Befanglichkeit.

Das gab nun auch Gelegenheit zur Entfaltung der vielen hübschen Stimmen, über die das „Deutsche“ verfügt. Fast alle Darsteller waren und bereits bekannt. Unter ihnen voran die Sängerin der Tatjana, Herta Stolzenberg, in allem vorzüglich, etwa manches Müheliche in der körperlichen Haltung ausgenommen. Die Partie ihrer munteren Schwester Olga war unzulänglich besetzt. Die übrigen, von Eduard Schüller als Onegin angefangen, machten ihre Sache durchaus ehrenwert. Neu war uns Joseph Plaut in der zutreffenden Darstellung eines feing- und tanzfreundigen Franzosen. Chor und Ballett ebenfalls löblich. Kapellmeister Janak Baghalter hat vielleicht mit Absicht, um das „Lyrische“ zu wahren, etwas gar wenig Orgel und sonstige Plastik in die Orchesterleitung hineingebracht.

Notizen.

— Das Schicksal des neuen Opernhauses. Durch offizielle Kanäle versucht man jetzt die Mißstimmung, die die Opernhausfrage überall erregt hat, zu beschwichtigen. Das Ausschreiben eines neuen Wettbewerbs, heißt es, habe keinen Zweck, da schon beim letzten die Künstler von der aufgestellten Programmliste nicht abgesehen wären. Es müßte eben ein freier, durch sein festes Programm gebundener Wettbewerb sein, wird man auf diese Dummheit antworten. Aber wozu? Man will eben keinen Wettbewerb, der etwas anderes als ein Isl. preußisches Hoftheater und Repräsentationsbau für wilhelminische Privat-zwecke zu Tage fördern könnte. Im preußischen Staat der Bauverwaltung — verläutet weiter — sind nun außer den aus dem Vorjahre noch reitenden Mitteln weitere 100 000 M. eingestellt worden, die nunmehr zur Aufstellung eines endgültigen Entwurfs Verwendung finden sollen, der im Ministerium der öffentlichen Arbeiten aufgestellt werden wird. Der endgültige Entwurf wird dann dem neu gewählten Landtage vorgelegt werden. Ob er sein verdientes Los findet, ist Orkus verheißt zu werden, wo er am tiefsten ist, scheint leider sehr zweifelhaft.

— Die Wiedereröffnung des Theaters des Westens mußte infolge technischer Schwierigkeiten um einige Tage verschoben werden.

— Bühnenschronik. Lucie Höllich ist vom Deutschen Theater für drei Aufführungen von Hebbels „Maria Magdalena“ verpflichtet worden, von denen die erste Dienstag stattfindet.

— Vorträge im Institut für Meereskunde. Montag, Dr. A. Speilmann: Die Gestade Italiens (ausverkauft); Dienstag, Dr. A. Mühl: Eine Reise nach den Vereinigten Staaten; 1. San Francisco; Freitag, Prof. zur Straffen: Bau und Leben der Meerespolypen. — Im Schilleraal, Charlottenburg, hält Hauptmann A. Hildebrandt am Sonnabend, den 8. Februar, abends 9 Uhr, einen Vortrag über das Thema „Kunstbare Ballons und Flugmaschinen“. Der Vortrag wird durch zahlreiche Lichtbilder erläutert.

— Humor vom Tage. In einer Berliner Annonce wird ein neuer Beruf angekündigt: „Schung! Zum Füllen eines vornehmen Wein-Restaurants werden elegant gekleidete Paare gegen Vergütung gesucht. Discretion Ehrensache. Antwort mit Adresse unter... Postamt 9.“ — In der Münchener „Jugend“ stellt ein Berliner Sinodirektor die große Geschäftsfrage: „Führt es nun zuerst den ‚Parfissal‘ oder den Sternidol auf?“

belgischen, holländischen, russischen, österreichischen und skandinavischen Meeresmitglieder des Pools zu einem Einigungsversuch versammelt. Die Canadian Pacific erklärte aber, auf ihre Linie nach Triest nicht verzichten zu können, da sie durch eine Konvention mit der Erfüllung des Vertrages mit der österreichischen Regierung gebunden sei. Zu einer Auflösung des Pools kam es jedoch nicht, ja nicht einmal zu einem Austritt der Canadian Pacific. Vielmehr wird diese mit ihren alten Linien im Pool verbleiben. Trotzdem wird ein Teilkampf zwischen Pool und Canadian Pacific entbrennen. Bereits sind die Passagiertarife nach Nordamerika um 30 M. auf 140 M. herabgesetzt worden. Ferner hat die Austria-Americana, die 32 Dampfer besitzt, die Einrichtung einer eigenen direkten Linie Triest—Kanada eingerichtet. Die Hamburg-Amerika-Linie hat sich an die österreichische Regierung mit dem Ersuchen gewandt, ihr alle diejenigen Unterstufungen zu gewähren, die der Pacific gewährt worden sind. Ihre Linie würde regelmäßig 14-tägig die Personen- und Frachtbeförderung zwischen Triest und Boston übernehmen.

Der Kampf zieht jetzt bereits weitere Kreise. Wie eine neuere Meldung aus Hamburg berichtet, ist die Allan-Linie, deren Aktienmehrheit die Pacific besitzt, aus dem Pool ausgeschieden. Die Allan-Linie ist für den Pool von großer Wichtigkeit, weil sie für die Pacific den Verkehr nach England aufrechterhält. Die eigenen Schiffe der Pacific, die Europa berühren, sind an Zahl und Größe klein. Der Austritt der Allan-Linie, die 27 Dampfer besitzt, trifft den Pool daher erheblich. Sollte diese Linie, die durch große moderne Schiffe eine starke Anziehungskraft auf die überseeischen Reisenden ausübt, mit Ratenherabsetzungen vorgehen, so wäre ein Ratenkampf unvermeidlich.

Aus Industrie und Handel.

Film-Handel.

Seit dem Januar 1912 führt das kaiserliche Statistische Amt auch eine Statistik der Film-Ausfuhr und Einfuhr. Nach diesem Material betrug im Jahre 1912 die Einfuhr von belichteten und unbelichteten Film zusammen 239 000 Kilogramm. Da ein Meter Kinosfilm sieben Gramm wiegt, so entsprechen 239 000 Kilogramm Filmgewicht einer Gesamtlänge von zirka 34 Millionen Meter. Diese Filmmenge ist mit einem Wert von 35 850 000 M. deklarieren worden. Um den deutschen Filmtonium zu berechnen, muß man von dem obigen Einfuhrergebnis die deutsche Filmausfuhr in Abzug bringen. Diese beträgt 144 500 Kilogramm, also zirka 20 Millionen Meter. Der deutsche Filmtonium stellte sich im Jahre 1912 also auf zirka 14 Millionen Meter. Interessant ist, wie stark die einzelnen Länder an der Filmeinfuhr nach Deutschland beteiligt sind. Es wurden nach Deutschland im Jahre 1912 eingeführt aus:

Großbritannien	152 100 Kilogramm
Frankreich	56 700
Italien	9 300
Dänemark	8 000
Schweiz	4 500
Oesterreich-Ungarn	4 200
Belgien	1 800
Andere Länder	2 900

Da sich das Ausfuhrland nicht immer mit dem Produktionsland deckt, erklärt sich auch, daß Großbritannien dem deutschen Theater ein solches Mengenquantum von Film liefert. Dieses Zahlenverhältnis ist dadurch zu erklären, daß amerikanische Filmfabrikate speziell aber Hobbis, über England nach Deutschland eingeführt werden. Im Durchschnitt wurden im Quartal 8 570 000 Meter Film nach Deutschland eingeführt. An Zoll werden für 100 Kilogramm Film 200 M. erhoben. Die Zolleinnahmen betragen demnach insgesamt 474 800 M. Die Ausfuhr deutscher Filme wird mit insgesamt 144 500 Kilogramm angegeben; dies entspricht einer Filmmenge von 20 645 000 Meter. — Aus Deutschland bezogen:

Italien	36 300 Kilogramm
Frankreich	42 800
Großbritannien	14 800
Oesterreich-Ungarn	11 000
Amerika	10 100
Rußland	8 300
Schweiz	5 400
Dänemark	3 400
Andere Länder	12 300

Folgen der Politik.

Die ungünstige Gestaltung der Konkurrenz ziffern, die im ganzen letzten Quartal 1912 konstatiert werden mußte, hat auch im ersten Monat des neuen Jahres angehalten. Nach einer Zusammenfassung der Finanzzeitung „Die Post“ wurden im Januar 1913 971 Konkurse gegen 763 im Dezember 1912 und 826 im Januar 1911 eröffnet.

Gerichts-Zeitung.

Sozialdemokratie und Beamte.

Selbstverständlich hat ein Beamter sozialdemokratisch zu wählen, der endlich zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß allein die sozialdemokratischen Bestrebungen im Interesse der Gesamtheit liegen. Das ist sein gutes Recht als Staatsbürger, da auch ihm durch die Verfassung Meinungsfreiheit „garantiert“ ist. Es ist seine Pflicht: denn die Wahrheit kennen, sie aber nicht bekennen, ist verächtlich. Die Aufforderung an einen Beamten, sozialdemokratisch zu wählen, ist ein ehrenvolles Zeugnis dafür, daß man die Beamten für der Bildung, der Aufklärung und eigenen Nachdenkens zugängliche Personen hält.

Anders denken Leute über diese Frage, die vor der Sozialdemokratie sich fürchten, weil sie die Wahrheit fürchten. Deren Ansichten vertrat unlängst der freikonservative Abgeordnete v. Camp, als er meinte, zur Bekämpfung der Sozialdemokraten würden die Beamten verpflichtet. Die Ansicht derer, die die Beamten für verpflichtet halten, nur die Interessen der Unternehmerklasse wahrzunehmen, muß dagegen sein, daß Beamte Sozialdemokraten sind. Freilich steht ihnen dabei die von Gleichberechtigung vor dem Gesetz sprechende Verfassung entgegen. Aber — seit wann haben Arbeiterfeinde sich um den von ihnen auf die Verfassung abgelegten Eid gekümmert: sie erklären es ja geradezu für eine „Standespflicht“ gegen Eid, gegen Gesetz, z. B. Duellverbrechen zu begehen.

Diese geistige und sittliche Verwirrung, von der die Bege gegen die Sozialdemokraten getragen ist, macht ein Urteil begrifflich, das das Reichsgericht am Freitag über die Frage fällt, ob ein Beamter durch die Aufforderung sozialdemokratisch zu wählen, beleidigt sein könne.

Begen Beleidigung hat das Landgericht Deuthen am 5. September v. J. den Kolporteur, Genossen Paul Hanke zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, nachdem das Reichsgericht ein früheres auf Freisprechung lautendes Urteil auf die Revision der Staatsanwaltschaft hin am 28. Juni v. J. aufgehoben hatte. Der Angeklagte sandte in der Agitationszeit zu den letzten Reichstagswahlen ein sozialdemokratisches Flug-

Blatt u. a. an den Polizeiergenten A., dieser fühlte sich dadurch beleidigt und stellte Strafantrag. Das Gericht hatte obsektiv eine Beleidigung für vorliegend erachtet insofern als das Blatt eine Aufforderung an den Beamten enthalten habe, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Es sei ehrenkränkend, einem Polizeibeamten oder überhaupt einem Beamten zuzumuten sich zur Sozialdemokratie zu bekennen. Dennoch hatte das Gericht den Angeklagten, der überdies behauptet hatte, er habe den Schuhmann nicht für die sozialdemokratische Partei gewinnen, sondern nur über die Ziele der Sozialdemokratie aufklären wollen, freigesprochen. In der Begründung hierzu sagte das damalige Urteil, es sei nicht erwiesen, daß der Angeklagte das Bewußtsein gehabt habe, den Polizeiergenten zu kränken. Zudem habe der Angeklagte vermöge seiner Stellung ein Interesse daran, neue Mitglieder für die sozialdemokratische Partei zu gewinnen, aus diesem Grunde sei ihm der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zu gewähren gewesen. In der auf die Aufhebung des Urteils hin erfolgten Verhandlung hat nun das Gericht den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches nicht zugebilligt und gesagt, er sei sich zum mindesten bewußt gewesen, daß er den Polizeiergenten kränken konnte. Denn A. wisse, daß Schulkente es nicht mit ihrer Eigenschaft als Beamte vereinbaren können, sich der Sozialdemokratie anzuschließen oder ihre Ziele, die — so heißt es im Urteil — „gegen Thron und Reich und gegen die Verfassung gerichtet sind“, zu fördern oder gutzuheißen. Gegen das zweite Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Das Reichsgericht erkannte indessen auf Verwerfung des Rechtsmittels, da der strafbare Tatbestand einwandfrei festgestellt sei.

Das Reichsgericht übersah, daß dies Urteil auf einer strafbaren Handlung, nämlich auf der die Verfassung verletzenden beleidigenden Unterstellung beruht, die Sozialdemokraten seien nicht gleichberechtigte Bürger, und daß dies Urteil sogar dem Angeklagten imputiert, er müsse dem Gericht zutrauen, es werde die Sozialdemokraten als Bürger mildernden Rechts behandeln. Das Reichsgericht hat also durch sein Urteil bestätigt, daß die die Beamten schwerbeleidigende Ansicht des Abgeordneten v. Gamp, die Beamten seien zur Bekämpfung der Sozialdemokraten da, auf die Richter zutrifft. Und doch sollen diese Richter nach dem Gesetz und der Verfassung ohne Ansehen der politischen oder religiösen Ansicht der Parteien Recht sprechen. Schärfer läßt sich das heutige Wollen einer Klassenjustiz kaum bestätigen. Die Weltgeschichte in ihrem Lauf hält aber auch dies Reichsgerichtserkenntnis nicht auf.

Die wahrhaftige Zauberbibel.

Einen im gewissen Sinne gemeingefährlichen Charakter hat der Über glaube der 70jährigen Hausbesitzerin Adelheid Gehardt aus Bohnsdorf angenommen, die gestern wieder einmal vor dem Strafrichter stand. Vor der 5. Strafkammer des Landgerichts II, unter Vorsitz des Landgerichtsrats von Schmiedeborn, hatte sich die 70jährige Dame gestern wegen Beleidigung der Frau Anna Geier aus Bohnsdorf zu verantworten.

Die Angeklagte, deren eigentümliches Treiben schon mehrfach die Gerichte beschäftigt hat, besitzt eine alte in Leder gebundene Bibel, in welcher nach ihrer Behauptung ganz geheimnisvolle Kräfte schliefen. Sobald irgend etwas in dem Dorfe passiert, zieht sie die „Zauberbibel“ zu Rate, die ihr dann „antwortet“, und zwar geschieht dies in folgender Weise. Zwischen den Blättern der Bibel steckt ein Hausschlüssel uralten Miesenschnitts, der durch ein mehrfarbiges und die Fäden gewundenes blaues Band zusammengehalten wird. Wenn die Bibel ihre prophetische Worte zeigen soll, hält die Angeklagte den herausragenden Ring des Schlüssels zwischen den Zeigefinger und Mittelfinger fest und richtet dann, nachdem sie ein frommes Sprüchlein hergesagt hat, an die Bibel die Frage: „Liebe Bibel, sage mir usw.“ Sobald die Angeklagte dann den Namen des Täters ausspricht, macht die Bibel, nach ihrer Behauptung, plötzlich eine Drehung und fällt zur Erde. Die Angeklagte glaubt seit Jahren fest an diesen Hofspokus und hat mit ihrem Über glauben in dem Dorfe schon viel Unheil angerichtet, indem sie angefehene Einwohner aller möglichen Straßaten verdächtigt. Erst kürzlich hatte sich dieselbe Strafkammer mit einer gleichen Sache beschäftigen müssen. Als in dem Dorfe verschiedene Diebstähle verübt wurden, hatte sie ihre Bibel befragt, und dann einen angesehenen Einwohner der Täterschaft bezichtigt. Dem Betreffenden blieb, da durch eine derartige völlig aus der Luft gegriffenen Verdächtigung und der heimlichen Verleumdung Tor und Tür geöffnet wurde, schließlich nichts anderes übrig, als die abergläubische alte Frau wegen Beleidigung abzugeben. Die Verhandlung endete seinerzeit mit der Verurteilung der Angeklagten.

In dem jetzt zur Anklage stehenden Falle hatte sie wieder die Frau des Friseurs Geier beschuldigt, ihr eine größere Summe, deren Höhe sie nicht nennen wolle, aus ihrer Wohnung gestohlen zu haben. Das auf diese Verdächtigung hin eingeleitete Ermittlungsverfahren ergab die völlige Schuldlosigkeit der Frau G.

In der gestrigen Verhandlung erklärte die Angeklagte, daß sie fest daran glaube, daß die Bibel die Wahrheit spreche. Auf Wunsch des Vorsitzenden zeigte sie dem Gericht aus wieder, daß die Bibel, sobald sie den Namen der Täterin aussprach, zu Boden fiel. Dies hatte offenbar seine Ursache darin, daß die Angeklagte, nachdem

sie einige zwanzig Namen genannt hatte, mit ihren müden alten Fingern die schwere alte Bibel nicht mehr halten konnte und dann durch gewisse Nervenerregung der Druck der Finger aufgehoben wurde, sobald sie den Namen der nach ihrer Meinung verdächtigen Person aussprach. — Das Schöffengericht Rügen hat die Angeklagte freigesprochen, da es zu der Ueberzeugung kam, daß die Angeklagte tatsächlich fest an die „Zauberbibel“ glaube, so daß ihr das Bewußtsein der Beleidigung völlig gefehlt habe. Auf die Berufung des Rechtsanwalts Klein-Rügen hob die Strafkammer das Urteil auf und verurteilte die Angeklagte zu 10 M. Geldstrafe.

Aus der Frauenbewegung.

Die Sterblichkeit unter der weiblichen Bevölkerung.

Das Jahr 1911 zeigte in Preußen im Vergleich mit dem Jahre vorher eine bei weitem größere Sterblichkeit, wesentlich verurteilt durch die starke Säuglingssterblichkeit im Sommer 1911. Diese ist einmal auf die heisse Witterung, dann aber auch auf die Teuerung zurückzuführen. Es ist selbstverständlich, daß diese beiden Faktoren nur bei der armen Bevölkerung die Säuglingssterblichkeit so sehr in die Höhe schraubten. Die wohlhabende Klasse konnte ihre Kinder in großen, gutgelüfteten Räumen oder durch Reisen gegen die hohe Hitze schützen, und auch die Teuerung wurde hier kaum gespürt.

Im ganzen hat die Sterblichkeit beim weiblichen Geschlecht im Jahre 1911 eine Zunahme erfahren und zwar um 9 pro 1000 Lebende. Im Gesamtdurchschnitt kamen 1910 auf je 1000 lebende Frauen 47,5 Gestorbene weiblichen Geschlechts, im Jahre 1911 aber 58,5. Fast in allen Altersklassen ist die Sterblichkeit gestiegen, eine kleine Abnahme der Gestorbenen zeigt sich nur bei Mädchen von 2-3 und 5-10 Jahren, und bei Frauen von 30-40, 50-60 und 70-80 Jahren. Bei allen anderen Altersgruppen ist die Zahl der Gestorbenen gewachsen, bei den Säuglingen um 33,4 pro 1000 Lebenden. Dieses Ansteigen der Sterblichkeit ist um so auffällender, als im Jahre 1910 nicht nur der Gesamtdurchschnitt, sondern die Sterblichkeit innerhalb jeder einzelnen Altersklasse gegen das Jahr vorher gesunken war. Im Jahre 1909 starben von 1000 Personen weiblichen Geschlechts 40,3 gegen 38,5 im nächsten Jahre. Da hier eine Abnahme von fast 2 auf 1000 zu konstatieren ist, so müssen für die Zunahme der Sterblichkeit um 9 pro 1000 Lebenden im Jahre 1911 ganz besondere Gründe maßgebend sein. Sieht man von der Zunahme der Säuglingssterblichkeit als Folge des abnormen heißen Sommers 1911 ab, so bleibt als Hauptursache die Teuerung. Diese vermindert, daß die proletarische Bevölkerung sich nicht mehr ausreichend und kräftig genug ernähren kann. Die durch Unterernährung geschwächten Körper bieten zudem den Krankheitsstoffen nicht genügend Widerstand und erleiden einer Krankheit viel eher, als bei guter, kräftiger Ernährungsweise. So sehen die Folgen der Steuerpolitik des Deutschen Reiches aus!

Lebende.

Leipzig, Dienstag, den 4. Februar, bei Schulz, Kurfürstenstr. 37

Aus aller Welt.

Kapitalistischer Kindermord in der Schweiz.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Die besitzenden Klassen in der Schweiz bilden eine große Clique, die auch ihre Jugend schon ganz zielbewußt in den Dienst ihrer Sonderinteressen stellt. So kommt es zum Beispiel selten vor, daß sich ein studierender Bourgeoisjüngling auf das soziale Gebiet begibt, um da Stoff für seine Doktorarbeit zu holen. Unter diesen Umständen findet dann eine Doktorarbeit über irgendein soziales Problem um so größere Beachtung. Das erfuhr jetzt auch die Tochter des bekannten, der Sozialdemokratie nahestehenden Demokraten H. Birch, Fräulein Dr. Clara Birch, die in ihrer Doktorarbeit die Kinderheimarbeit in der argentinischen Tabakindustrie behandelte. Es ist die Enthüllung des im Verborgenen blühenden und beherrschend geschäftigen Kinderelends, der gewissenlossten kapitalistischen Ausbeutung des gartesten und billigsten Menschenfleisches, worüber die mutige junge Doktorin berichtet.

Die Verfasserin ermittelte in den Tabakgemeinden des Kantons Argau von 1179 schulpflichtigen Anaben und 1182 Mädchen 885 Kinder, gleich 29 Proz., die mit Tabakheimarbeit beschäftigt sind; in einigen Gemeinden steigt aber der Prozentsatz auf 42 bis 57 Proz.! In mehreren Gemeinden waren sogar von 184 noch nicht schulpflichtigen Kindern 36 oder 20 Proz. in das Loch der industriellen Heimarbeit gespannt. Dabei scheint diese Kinderklaverei noch im steten Wachsen begriffen zu sein. Neuherr charakteristisch für die Stellung und Gefinnung der bürgerlichen Behörden zu der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft ist die Haltung der Erziehungsdirektion des Kantons Argau gegenüber dieser Enquete. Fräulein Dr. Birch hatte sie gebeten, ihre Einsichtnahme in die Erhebungsarten der Gemeinnützigen Gesellschaft zu gestatten, die im Jahre 1904 ebenfalls eine solche Enquete veranstaltete, die Verhältnisse aber als „ganz harmlos“ dargestellt hatte. Die Erziehungsdirektion wies nun das Gesuch ab mit der wahrhaft himmelsstreichenden Begründung: „Es sei nicht genügend Garantie dafür geboten, daß dabei weder Gemeinden noch einzelne Firmen bloßgestellt werden.“

Himmelsstreichend in der Tat! Dieser Unterrichtsminister kennt den kapitalistischen Kindermord in seinem Lande ganz genau, aber

er läßt die Mörder ruhig geschäftigen und er hält noch seine schillernde Hand über sie zur Abwehr lästiger und rücksichtsloser Kritiker. Und auch die salbungsvollen, von Geizhalsen und andern frommen Leuten gebildete und geleitete Gemeinnützige Gesellschaft erscheint in schönster Beleuchtung. Die von ihr veranstaltete Enquete diente nicht der Enthüllung und Beseitigung, sondern der Vertuschung und Erhaltung des Kinderelends zum Vorteile des kapitalistischen Ausbeutertums, mit dem sie sich ebenfalls solidarisch fühlt. Eigen-nützige Gesellschaft wäre ehrlichere Firmierung als „gemeinnützige“. Und endlich lehren diese Vorgänge auch, was für elende, das ganz Volk düpierende Komödien die berühmten bürgerlichen Enqueten sind.

Fräulein Dr. Birch beschaffte sich das von ihr gewünschte Material durch eigene Haus- und Schulkontrollen. So ermittelte sie, daß rund 500 Kinder im Alter von 3½ bis 10½ Jahren und 220 Kinder im Alter von über 10½ bis 14½ Jahren die elendliche und haubentwickelnde Tätigkeit des Tabakausrippens in Wohnräumen verrichten, in denen „ein für Ungewöhnliche ekel-erregender Gestank“ herrscht und die Atmungsorgane der Kinder angegriffen werden. Von 322 heimarbeitenden Kindern hatten 64 schon kranke Lungen. Von 100 Tabakarbeitern sind 62 militäruntauglich.

Die Arbeitszeit der Kinder ist in 330 Fällen festgestellt worden. Sie betrug 1-3 Stunden in 21,2 Proz. aller Fälle, 3 bis 5 Stunden bei 65,8 Proz. und 6-8 Stunden in 13 Proz. aller junger Heimarbeiter. Mit der Schularbeit zusammen ergeben sich Belastungen bis zu 13 Stunden pro Tag und pro Kind. Die Schule wird die Kinder wohl nicht mehr zu stark anstrengen können — sie wird zur Nebenbeschäftigung, zur Erholung der armen Kinder!

Die Ernährungsverhältnisse passen sich natürlich dem ganzen Willen an. Kaffee, Kartoffeln, Nallaroni und Sauerkraut bilden den Speisezettel. Ein 15jähriger Junge machte darüber folgende Angaben: Sonntag: Frühstück: Kaffee und Rösti (gebratene Kartoffeln), Mittagessen: Kaffee und ein Stück Brot, Suppe und Kartoffeln. — Montag: Kaffee und Rösti, Kaffee und ein Stück Brot, Suppe und Kartoffeln. — Dienstag: Kaffee und Rösti, Löwenzahnsalat, Kaffee. — Mittwoch: Kaffee und Rösti, Nallaroni, Kartoffeln und Sauerkraut.

Und so weiter. Dabei soll eine Jugend gedeihen, sollen Menschen heranwachsen, Vaterlandverteidiger, leistungs- und konkurrenzfähige Arbeiter. Ein furchtbarer Raubbau wird in der kapitalistischen Gesellschaft mit dem arbeitenden Volke getrieben, Verbrechen größten Stils an Verbrechen gereiht, und der Staat läßt ruhig gewähren, ruht seinen Finger dagegen.

Nur immer drauf!

In Offizierkorps besteht der Brauch, daß zu Kaisers Geburtstag die nödtigsten und die südtlichsten Garnisonen einander in mehr oder minder guten Versen antelegraphieren. Der Gruß der Garnison Lindau lautet in diesem Jahre:

„Noch glüht die Fackel, die im Wetterwinkel
Gar wild entbraunt und lichterloh entzündet,
Noch glimmt die Glut, ein Windstoß, und die Flamme
Sucht zügelnd Nahrung über Nacht.
Nur zu! Soll uns ein wenig Feuer schreden?
Im Feuer wärmt man sich, dann wird erst warm
Das Herz; heißer tollt das Blut dann durch die Adern,
Nach Wehr und Waffen greift der deutsche Arm.
Und jubelnd ziehn wir alle Seit' an Seite
Dem Kampf entgegen, frohgemut ins Feld.
Nur immer drauf! Es lebe unser Kaiser!
Schallt's dann wie heut begeistert durch die Welt.“

Der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ haben die Verse so gut gefallen, daß sie sie ohne Kommentar zum Abdruck bringt.

Ein schlechter Tausch.

Eine eigenartige Degradation hat der ehemalige marokkanische Kriegsminister Cerny erfahren: der Mann, der einst als General ein stattliches Heer von dreißigtausend Soldaten kommandierte, ist jetzt — Korporal und zwar beim österreichischen Infanterieregiment „Alt-Starbemberg“ Nr. 54 in Olmütz. Cerny kam nämlich aus einer Dorfgemeinde in Nordmähren. Seine Abenteuerlust trieb ihn in mancherlei Länder, schließlich auch nach Marokko, wo er rasch Karriere machte und sich als Soldat derart bewährte, daß man ihn zum „Kriegsminister“ ernannte. Die Herrlichkeit hielt freilich nicht allzu lange an; Cerny verließ die afrikanischen Gefilde der unbefchränkten Möglichkeiten und kehrte nach der Heimat zurück. Hier aber mußte er zur Assistentierung, wurde beim Militär behalten und in das 54. Infanterieregiment in Olmütz eingeteilt. Er erwies sich dort als simpler Soldat recht brav, so daß er es in kurzer Zeit zum Korporal brachte.

Kleine Notizen.

Schwerer Grubenunfall. Am Sonnabendnachmittag kurz vor Schichtwechsel wurde auf dem Hermannshacht bei Helsta der Bergmann Zuhler aus Helsta durch einen Sprengschuß getötet und der Bergmann Helmstedt aus Wolferode an den Händen so schwer verletzt, daß er nach dem gewerkschaftlichen Krankenhaus in Eisleben geschafft werden mußte.

Die Ehefrau ermordet. In Rübzig (Gera) hat der Arbeiter Otto Weiser seine Ehefrau erdrosselt und die Leiche an einem Baum aufgehängt, um einen Selbstmord vorzutäuschen.

SCHLUSS:

FREITAG

den 6. ten



Leiser

König-Strasse 34
Leipziger Strasse 65
Tautenzien-Strasse 20
Oranien-Strasse 47a
Moabit: Turm-Strasse 50

Oranien-Strasse 34
Friedenau, Rheinstr. 14
Müller-Strasse 3a
Neukölln, Bergstr. 7/8

Inventur-
Ausverkauf

50%

Bis

Ermäßigung



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30
132-37

König-Str. am Bahnhof
Alexander-Platz

Rosenthaler Strasse

G. m. b. H.
Oranien-Strasse

In den Lichthöfen: Grosse

Wäsche-Ausstellung

Damen-, Herren- u. Kinderwäsche, darunter französische u. Wiener Damen-Wäsche, Bettwäsche, Tischzeuge, Handtücher, Wäschestoffe, Taschentücher, Schürzen usw.

Besonders billige Preise!

Preisliste
kostenlos!

Günstige Kaufgelegenheit!

<p>Fertige Wäsche</p> <p>Damen-Hemden ^{m. handgem. Madeira-Pas.} 1.40, 2.15, ^{m. Hand-Flangotten} 2.95 Damen-Hemden mit Stickerei 1.75, mit Besatz 1.85 Stickerei-Röcke mit Stickerei-Ansatz oder Ein- und Ansatz 3.50 bis 11.75 Ueberlaken mit ausgekämtem Bogen 4.50, Kissen dazu 1.40 Deckbettbezüge 2.95 bis 4.25 Kissenbezüge 0.85 bis 1.15 Bettlaken ^{Baumwolle} 2.00 bis 2.40, ^{Halblinon} 2.30 bis 2.90</p>	<p>Wäsche-Garnituren</p> <p>Taghemden 2.10, 2.45, 2.95 Beinkleider dazu 2.10, 2.45, 2.95 Nachthemden dazu 3.50, 4.25, 5.15</p> <p>Damenhemden, Beinkleider, Untertaillen, Stickerei-Röcke, Nachthemden etc. verschiedene Musterstücke etc. 40% unter früh. Preis</p>	<p>Bettendamaste aussergewöhnlich preiswert</p> <p>Klassenbreite 0.80, 1.05, 1.15, ^{Deckbett-1.25, 1.60, 1.80} breite Mtr.</p> <p>Schweizer und sächsische</p> <p>Wäsche - Stickereien bis zum feinsten Genre</p> <p>Stickerei-Reste besonders preiswert.</p>
<p>Elsasser Baumwollwaren mit kleinen Webefeldern, erstes Fabrik-, glatte u. gemst. Stoffe zu aussergewöhnlich billigen Preisen</p> <p>Wäschestoffe in kleinen Stücken besonders preiswert</p> <p>Hemdentuch 10 Mtr. 3.40, 4.15, 20 Mtr. 6.80, 8.30 Renforcé 10 Mtr. 3.80, 4.80, 20 Mtr. 7.60, 9.60 Louisianatuch 10 Mtr. 3.90, 4.80, 20 Mtr. 7.80, 9.60</p>	<p>Hausmacher-Tischtücher Reinleinen, geklärt, Rasenbleiche</p> <p>ca. 165/170 165/200 185/200 185/240 Servietten 8.75 12.00 14.00, 17.50 ^{Kos. ca. 70/70, Dix.} 16.50</p> <p>Reste und Abschnitte von Stuben- u. Küchen-Handtüchern besonders preiswert.</p>	<p>Teneriffa-Handarbeiten Eisdecken, Tablettdecken, Tischdecken, Tischläufer usw. besonders preiswert.</p> <p>Tablettdecken 15, 20, 25 Pf. Kongressstoff, 3 Grössen Decken und Läufer mit Spitzenansatz 95 Pf. Decken und Läufer Satin mit Stickerei, vorgez. 1.45</p>



„Hoffnung“
Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger Ulster, Paletots, Anzüge u. Joppen

Heute von 12-2 Uhr geöffnet.

△
Lieferant der Konsumgenossenschaft und des Arbeiterradfahrbundes.



BORUSSIA MALZ-BIER
ist anerkannt gut

Überall käuflich!

Einstimmig urteilen Arzt und Publikum über Lebertran-Emulsion
Marke P. H. (gefehlisch gefärbt.)

Der Arzt: Die mir von Ihnen zur Verfügung gestellte Lebertran-Emulsion hat bei einer Anzahl meiner Patienten sehr zufriedenstellende Erfolge gehabt. Ich werde die Emulsion schon ihres angenehmen Geschmacks wegen besonders bei Kindern gern verwenden. Dr. C., Berlin.

Die Kundin: Keine Frau habe ich mehr mit meinen Kindern, seitdem ich Ihre Lebertranemulsion gebrauche. Ebenso gut wie ihr Geschmack ist, so glänzend ist ihre Wirkung und bitte ich um weitere 7 Flaschen.

1 Flasche 1.50 M., 7 Flaschen 9 M.
Central-Apotheke
Berlin-Friedrichsfelde a.

Zu Wasser und zu Lande
priemt man

Grimm & Triepel
Kautabak.

Rollen 5 und 10 Pfennig. Stangen 5 Pfennig.

Café Meyer Dresden Str. 128/129. Kaffee 10 u. 15, Bier, 5 Pf. u. bunf. 10 Pf. ca. 50 Zeitungen; Billard 2 Pf. 60 Pf. Zahlstelle der Froien Volksbühne.

Berliner Uik-Trio Aadr.: Neukölln Lahnstr. 74 L.

Neue Ressource Inh. Heinrich Pohland Michaelstr. 39. Bestaand mit Bühne für 250 Personen. Vereinszimmer von 10-50 Berl.

Kronen-Bouillon-Würfel sind und bleiben die allerbesten und beliebtesten

Lassen Sie sich keine andere Marke aufreden.

Nährmittel-Gesellschaft „Krone“, Michaelis & Co. G. m. b. H., Berlin SW 29.

Reichstag.

108. Sitzung. Sonnabend, den 1. Februar 1913. vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend

Vorübergehende Zollvereinfachungen bei der Fleischzufuhr.

Abg. Dr. Cuad (Soz.):

Die Regierung ist auch bei diesem Gesetz wieder einmal dem Druck der Agrarier völlig erlegen. Als die ersten Angriffe auf die Maßnahmen der Regierung erfolgten, erklärte der Reichszentralrat in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, daß er an dieser Verbilligungspolitik festhalten müsse, angesichts des unerträglichen Notstandes; die Maßnahmen seien zwar nur vorübergehend, sollen aber vorläufig für zwei Jahre gelten. Damals belam die Regierung Sulfars aus Zentrumskreisen. Es war der Sohn des Kollegen Spahn, der in der Wochenchrift des Zentrums damals diese Maßnahmen als ein außerordentliches Verdienst der Regierung bezeichnete. Wenn die Konsequenzen gezogen würden, so würde das eine Großtat Weismann Hohlwegs sein. Aber die erste Partei, die die Konsequenzen nicht durchzuführen den Mut gebot hat, war das Zentrum. Das war im Oktober 1912, und heute ist die Regierung längst wieder

unter dem Joch der preussischen Junker,

genau wie sie sich seinerzeit beim Fleischbeschaugesetz darunter hat beugen müssen. All die Auseinandersetzungen der Herren von der Rechten über Seuchenhygiene, Fleischverarbeitung und so weiter sind nichts als Umhüllung für das agrarische Machtgebot; die Agrarier diktierten die Preise und die Verbraucher haben sie zu zahlen. Es war ein bescheidenes Schauspiel in der Kommission, wie die Vertreter der Regierung tiefe Reue und Betrübnis darüber zeigten, daß die Regierung überhaupt den Mut zu einem solchen Schritt gehabt habe. Die ganzen Erklärungen liefen darauf hinaus: Je eher wir das Gesetz wieder losbekommen, desto froher ist die Regierung, sie denkt nicht mehr daran, bis zum April 1914 durchzuhalten, auf keinen Fall will sie aber darüber hinausgehen, während doch alle Sachverständigen darin übereinstimmen, daß in Jahresfrist keine nennenswerte Änderung der Zustände erfolgen kann. Dazu kommt, daß man den Staaten, die die Zollvereinfachung benutzt haben, von Anfang an Schwierigkeiten gemacht hat. Ich erinnere an das Verhalten gegenüber Frankfurt und die unwürdige Behandlung, die Berlin erfahren hat. Der preussische Landwirtschaftsminister hat sich in dieser Zeit der Not sogar die Keuperung erlaubt, die Bevölkerung müsse sich daran gewöhnen, für Lebensmittel, insbesondere für Fleisch, höhere Preise auszugeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die preussisch-agrarische Gewalttätigkeit auf das Reich hat bereits zu Unstimmigkeiten zwischen dem Reich und süddeutschen Bundesstaaten geführt. Ich erinnere daran, daß ein württembergischer Minister sich im Gegensatz zu Preußen sehr stark für die Schottung der Einfuhr des Gefrierfleisches eingesetzt hat. Freilich ist er inzwischen gegangen worden. Aber sogar mit einem Bundesstaat, dessen Agrarfreundlichkeit über allen Verdacht erhaben ist, hat das Reich Differenzen bekommen, weil in Preußen das extreme Agrarierum herrscht. Wir ist aus süddeutschen Interessentkreisen eine erbauende Historie über einen kleinen Handel mitgeteilt worden, den das Reich und Preußen mit Vahern ausgetrieben hat. Im Herbst vorigen Jahres teilte die bayerische Regierung der Reichsregierung mit, daß sie eine schon längst gebotene Erleichterung der Fleischzufuhr aus den Schweizer Kantonen Schwyz und Appenzel für nötig halte und vorzunehmen werde, weil diese beiden Kantone vollständig seuchenfrei seien. Es ist das wieder ein elastischer Beleg für den Mißbrauch, der mit der Seuchengefahr getrieben wird. Vahern beschränkte sich auf diese Mitteilung und versagte kurz darauf die Aufhebung der Sperre selbstständig. Das war für einen agrarisch regierten Staat eine Maßregel, der die Vermunft wenigstens nicht ganz fehlte. Aber eben deshalb ereignete sich nun folgendes. Einige Tage vorher war auch von der Schweizer Regierung wegen derselben Sache mit Berlin Fühlung genommen worden. Da wußte man natürlich viel besser, was man der Schweiz zu antworten hatte. Herr Delbrück diktierte sofort eine ablehnende Antwort an die Schweiz. Diese Antwort sollte eben abgehen, als aus München die Nachricht eintraf, daß München die Sperre aufgehoben habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier hatte einmal das extreme preussische Agrarierum sich mit seinem Einfluß auf das Reich

bis auf die Knochen bloßgestellt.

Es wurden nach München Vorstellungen erhoben, München hätte seine Maßregel etwas früher mitteilen können, beinahe wäre die entgegengelegte Antwort von Berlin abgegangen und das hätte doch einen sehr schlechten Eindruck gemacht. Gewiß, diese ganze preussisch-agrarische Wirtschaft macht überhaupt einen sehr schlechten Eindruck auf das Ausland. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär wird meine Darstellung ja wohl bestätigen müssen. Bei dieser Vorlage hat die Rechte so staatsfeindlich gehandelt, wie nur denkbar, aber dieselben Leute werfen der Sozialdemokratie Staatsfeindschaft vor und verlangen Ausnahmegesetze gegen uns. In den formwährenden Stöpfungen auf den Fragen will die Rechte nun noch mit neuen Enttätigungsgesetzen gegen das Volk vorgehen. Wissen Sie denn, was Sie in der Berückung Ihrer Herrschergefühle eigentlich tun? Im alten Rom sorgten die Herrschenden wenigstens dafür, daß Brot und Spiele für die Masse da waren. Die preussischen Agrarier aber wollen das Reich zu Ausnahmeregionen gegen das Volk bringen, das sie vorher zur Unterdrückung und Unterdrückung verurteilt haben. Bei diesem Gesetz war die Sozialdemokratie die Regierungspartei und die Konservativen fanden in der Opposition. Und zu derselben Zeit hält Herr v. Kardorff im Landtag seine herausfordernde Rede. Hören Sie sich, daß Sie den Bogen nicht zu kräftig spannen! Ein solches System muß über kurz oder lang zusammenbrechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bouly-Codemp (Z.) führt aus, daß die Schafzucht in Deutschland ganz gewaltig gehoben werden könne, die Forstverwaltung könnte zu diesem Zweck sehr wohl einen Teil der Waldungen, die Schälwälder, zum Abholzen hergeben, auch an die Gemeinden. Dadurch könnte die Fleischproduktion sehr gehoben werden.

Abg. Heß (natl.): Wir erkennen die augenblickliche Notlage an; die deutsche Landwirtschaft ist aber instand, den inneren Bedarf an Fleisch zu decken, das haben die Resultate der letzten Viehzählungen ergeben. Der Redner geht weitläufig auf die Landwirtschaft, ihre Ertragsbedingungen und Rentabilität ein.

Vizepräsident Dr. Baasche ruft den Redner zur Sache. Abg. Heß: Der vorliegende Entwurf ist das Äußerste, was wir züchtigen können, denn von unserer Wirtschaftspolitik wollen wir nicht abgehen.

Abg. Krustadt (L.) verbreitet sich über die innere Kolonisation. (Vizepräsident Dr. Baasche ruft ihn zur Sache.) Wir werden nicht aufhören, für die innere Kolonisation und die Ansiedler zu wirken.

Abg. Krümer (Sp.): Der kleine Bauer hat ein großes Interesse an der Aushebung der Futtermittelzölle. (Vizepräsident Dr. Baasche: Die getrennt abgelehnte Resolution auf Aushebung der Futtermittelzölle steht heute nicht mehr zur Diskussion.) Dem kleinen Bauer muß es ermöglicht werden, mehr

Fleisch zu produzieren; dann wird die deutsche Landwirtschaft unseren gesamten Fleischbedarf decken können. Durch Ihre (nach rechts) Maßregeln wird das nicht erreicht. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Löcher (Sp.) wendet sich gegen die Einfuhr von Gefrierfleisch, das er als minderwertig bezeichnet.

Damit schließt die Diskussion. Es ist eine Resolution Albrecht und Genossen (Soz.) auf Erweiterung der Erleichterung der Fleischzufuhr auf alle Gemeinden eingegangen. Ueber sie soll in nächster Woche namentlich abgestimmt werden.

Der Gesetzentwurf wird gegen die Stimmen der Konservativen und Antilemiten angenommen.

Etat des Reichsamts des Innern.

Zwölfter Tag.

Die Beratung wird fortgesetzt beim Titel „Reichsgesundheitsamt“.

Abg. Dittmann (Soz.):

Die Redner der Konservativen und der Rechten sind für vermehrte Säuglings- und Wöchnerinnenschulen eingetreten. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung haben ihre Parteien unsere Anträge auf vermehrte Wöchnerinnen- und Säuglingschulen aber niedergelassen. Das charakterisiert die Herren. Sie sagten auch über den Geburtenrückgang. Dabei ist doch die Einschränkung der Kinderzahl, die sich viele Familien auferlegen, nur die notwendige Folge der vom Zentrum und den Konservativen betriebenen Brotwucherpolitik. (Sehr richtig! links.) Herr Solfinski hat letzthin eine Resolution zur Unterlegung der Gesundheitsverhältnisse der Bergarbeiter in Schlessien begründet. Was er dort ausgeführt hat, trifft für alle Bergarbeiter zu, vor allem auf die im Ruhrrevier. Ich bitte daher um Annahme unserer Resolution, welche die Unterlegung auf alle Bergarbeiter ausdehnen will.

1904 wurde vom Reichstag bereits ein dringender Antrag des internationalen Vereins zur Reinhaltung der Flüsse dem Reichskanzler zur Erwidigung überwiesen. Seitdem ist die Verschmutzung der Flüsse noch größer geworden. Hiergegen sollte das Reichsgesundheitsamt ein Veto einlegen. Gewiß ist die Frage der Abwässerleitung für die Industrie sehr wichtig, aber sie kann doch nicht durch die restlose Verschmutzung der Flüsse gelöst werden, man wird wie in England dazu übergehen müssen, besondere Abwässerkanäle zu bauen. Ein typisches Beispiel der Verschmutzung durch Fabrikabwässer und Fäkalien bildet die Elberfeld-Varmer Forstwerke ihre Abwässer hineinleiten, lebt heute kein Fisch, kein Frosch, kein Tier mehr in der Wupper, sie fließt blauschwarz dahin wie Deutschland. (Heiterkeit.) Als nur Industrieabwässer in sie geführt wurden, tagte mein Fraktionsgenosse Scheidemann hier einmal, sie ist so schwarz, daß ein hineingetauchter Rationalistliberaler als Zentrumsmann wieder herauskommen würde. (Heiterkeit.) Heute, wo auch die Fäkalien von Elberfeld-Varmer hineinleiten, würde er gar nicht mehr herauskommen, sondern in dem gelblich schwarzen Schlamm stecken bleiben. Natürlich leiden unter der Verpestung des Wassers auch die kleinen landwirtschaftlichen Anlieger, deren Grundstücke entwertet werden. Handelte es sich um Großgrundbesitzer, so würde man bald Abhilfe schaffen; aber die kleinen Landwirte findet man nur beim Steuerzahler. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Wupperthal hat wunderbare landschaftliche Reize, die jährlich Hunderttausende aus nah und fern heranziehen. Auch vielen wird die harmlose Naturfreude durch das verpestete Wasser vergällt. In ihrer Verzweiflung haben die geschädigten Wupperanlieger jetzt den Klageweg gegen die Elberfelder Forstwerke beschritten. Es sollte aber das Reichsgesundheitsamt im öffentlichen Interesse eingreifen. Uebrigens bildet die Wupper nur ein Beispiel. In ganz ähnlicher Weise werden viele Flüsse verpestet und zu Krankheitsherden, zu einer ständigen Gefahr für die Gesundheit des deutschen Volkes umgebildet. (Bravo!)

Abg. Dr. Gerlach (Z.) wünscht reichsgesetzliche Regelung der Verhältnisse des Krankenpflegepersonals. Die Resolution der Sozialdemokraten sei seinen Freunden zu schenken. — Bei der Bekämpfung der Tuberkulose kommt es vor allem darauf an, die Ansteckung von Mensch zu Mensch in der Familie zu verhindern und die Bevölkerung aufzuklären über die Art ihrer Entstehung, Verbreitung und Verhütung. Schon in der Volksschule sollten die Kinder darüber unterrichtet werden.

Abg. Gaege (Sp.): Die Verhältnisse des Krankenpflegepersonals sind in der Tat verbesserungsbedürftig. Es ist auch richtig, daß in den Schwereinstreibern Raubbau mit der menschlichen Arbeitskraft betrieben wird. Redner klagt weiter über die Konkurrenz ausländischer Weine, denen gegenüber die Kontrolle des Weingesetzes verlagere.

Abg. Lang (bayr. Vauernbund) verlangt energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Schweinepest.

Präsident des Gesundheitsamts Baum: Es sind eingehende Forschungen über die Schweinepest vom Reichsgesundheitsamt veröffentlicht worden. Ihre Bekämpfung ist auch im neuen Viehseuchengesetz vorgesehen. Es ist auch von 1910 bis 1911 ein kleiner Rückgang dieser Seuche bereits eingetreten.

Abg. Antrif (Soz.):

Meine Ausführungen über die Länge der Arbeitszeit des Krankenpflegepersonals muß ich voll aufrecht erhalten. — Das junge Mädchen auf Stationen, wo geschlechtsfranke Männer liegen, beschäftigt werden, kommt heute noch vor. Ich kann das nach wie vor von meinem Standpunkt aus nur als Schweinerei bezeichnen. — Auf einen Mißstand muß ich noch hinweisen. Selbst staatliche Anstalten nehmen Pflegepersonal an, das nicht die geringste Vorbildung hat, ja es wird in Instanzen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Kenntnisse in der Krankenpflege nicht erforderlich sind. Solange selbst staatliche Anstalten mit so schlechtem Beispiel vorangehen, werden die Verhältnisse schwerlich anders werden.

Dann hat noch der Abg. Thoma einen ganz leichfertigen Vorwurf gegen mich erhoben. Er behauptete, als ich seinerzeit die Anlagen gegen die Krankenhausverwaltungen vorbrachte, hätte mich kein Rationalistliberaler angegriffen, sondern Prinz Schoenaich-Carolath habe nur sogar für mein Aufstehen gebauet. Erstens war Prinz Schoenaich-Carolath damals gar nicht Mitglied der nationalliberalen Partei und zweitens hatte ich Bezug genommen auf spätere Vorgänge im Jahre 1901, wo in der Tat der nationalliberale Abg. Endemann in Bezug auf mich das Wort brauchte: „Für immer läßt man verkommen“, es bleibt schon etwas hängen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich stelle also fest, daß nicht ich, sondern der Abg. Thoma frivol gehandelt hat, indem er einen so infamen Angriff gegen mich richtete. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dove ruft die Ausdrücke „frivol“ und „infam“.

Abg. Herold (Z.) erklärt die Errichtung eines Instituts für wissenschaftliche Erforschung der Milchwirtschaft für eine sehr wichtige Aufgabe, die aber nicht das Reich, sondern die Einzelstaaten zu lösen haben.

Abg. Rogmann (Z.) klagt über die Verunreinigung der Mies bei Keunfischen, die ähnlich sei, wie die vom Abg. Dittmann bei der Wupper beklagte.

Damit schließt die Diskussion. Ueber die Resolutionen wird im Laufe der nächsten Woche abgestimmt werden. Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Biologische Anstalt für Land- und

Forstwirtschaft“ wünscht Abg. Baumann (Z.), daß die Vienenzucht mehr unterstützt werden.

Es folgt das Kapitel „Patentamt“.

Abg. Dr. Bell (Z.): Die Warenzeichnungs- und Zeichenabteilung sollte vom Patentamt zu dessen Entlastung getrennt werden. Heute dauert die Prüfung der Patente viel zu lange. Die Entscheidung darüber, ob ein Patent zu Recht erteilt ist, darf nicht den ordentlichen Gerichten überlassen bleiben. Zur Vermeidung eines Dualismus zwischen Patentamt und Gerichten wäre die Errichtung von Patentkammern, bestehend aus Technikern und Juristen zu empfehlen.

— Ferner muß die heute bestehende Expropriation des geistigen Eigentums der Erfinder in Angestelltenkreisen beseitigt werden. Es muß hier ein gerechter Ausgleich zwischen den Interessen der Unternehmer und der Angestellten gesucht werden. Als Muster könnte die neue ins österreichische Patentgesetz aufgenommene Bestimmung dienen. — Ferner unterlasse ich namens meiner Fraktion aufs dringendste die Wünsche der beim Patentamt angestellten Beamten und diätarisch beschäftigten Personen. — In der letzten Zeit ist hier mehrfach gegen die Verhängung der Abtreibung gesprochen und gewünscht worden, man solle die Zeitungsannoncen, die Abtreibungsmittel anpreisen, unterdrücken. Wie reinigt sich mit diesen recht gesunden Ansichten zusammen, wenn in einer ärztlichen Zeitschrift eine Annonce steht: „Durch deutsches Reichspatent geschützter Abtreibeapparat“. (Hört! hört!) Ein Herr Dr. Lorenzen in Grünberg schreibt in einem Artikel hierüber mit Recht: „Was denkt sich das Patentamt, wenn es solchen Apparaten, die nur zum Verbrechen gebraucht werden, seinen Schutz angedeihen läßt? Vielleicht melden auch einmal lange Geschäftsleute einen Apparat zum Geldstrafen nach dem Patent an.“ (Sehr gut!) Sollte das Patentamt wirklich ein solches Patent erteilen, so wäre das eine unerhörte Ungehörigkeit (Sehr richtig!), die noch dazu mit dem Patentgesetz in unauflösbarem Widerspruch steht, denn ausdrücklich ausgenommen vom Patentschutz sind Erfindungen, deren Verwertung den Sitten oder den guten Sitten zuwiderläuft.

Abg. Werner-Hersfeld (Ant.) wünscht Vorsehung der Beamten des Patentamts.

Die Diskussion schließt. Das Kapitel wird bewilligt.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 3/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

128. Sitzung. Sonnabend, den 1. Februar 1913. vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwig.

Der Etat des Ministeriums des Innern.

Zweiter Tag.

Abg. Cassel (Sp.) fordert zunächst Unparteilichkeit der Behörden im Wahlkampf und uneingeschränkte Vereins- und Versammlungsfreiheit, damit nicht Ertüchtigung und Mißtrauen gegen den Staat entstehen. In einstündigen Ausführungen tritt er dann für die Uebertragung der Wohlfahrts-polizei auf die Stadt Berlin ein, die ursprünglich selbst von den Konservativen verlangt wurde, er kritisiert dann das Verhalten der Staatsregierung in der Frage der Eingemeindung von Treptow. Wäre Berlin im Landtag durch Konservative oder Zentrumleute vertreten, so würde man uns nicht so behandeln. Dann polemisiert er gegen den Abg. v. Kardorff und gegen die Votenentziehung und motiviert die Stimmenthaltung der Fortschrittler im Reichstag mit der Zuständigkeitsfrage. (Sehr richtig! bei den Fortschrittler.) — Abg. Vorkardt: (Zwischen zwei Stühle gesetzt!) Von der Sozialdemokratie trennt uns eine tiefe Kluft, sie verheißt die Klassen und vergiftet das Arbeitsverhältnis. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) — Lebhafter Zuruf der Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie beeinträchtigt vielfach die Freiheit der Arbeit. (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich verurteile auch den politischen Boykott in jeder Form, aber bei alledem spreche ich aus, daß uns die Wege des Herrn v. Kardorff nicht weiter bringen. Unter dem Sozialistengesetz ist die Sozialdemokratie ständig gestiegen. Eine geistige Bewegung ist durch Zwangsmaßnahmen nicht zu besiegen. Unerbitt sind die Angriffe Kardorffs auf den Reichstag und seine Forderung, daß Delbrück der junge Mann des Ministers Dallwig sein solle, schädigt die Reichseinheit. Die Rechtsungleichheit, das verrottete Wahlrecht und die Scharfmacherhege fördern nur die Sozialdemokratie. Die wahren Preussens Verdienste vollan und wünschen, daß es wieder moralische Erhebungen in der Welt machen könnte. Dazu gehört aber das Reichstagswahlrecht für die Landtagswahlen und eine gerechte innere Politik. (Lebhafte Beifall bei der Volkspartei.)

Minister des Innern v. Dallwig: Herr Cassel scheint das Wahlrecht und das Wählen als Selbstzweck zu betrachten und es für gleichgültig zu halten, welche Wirkung ein Wahlrecht auf die Ausübung der Landesgeschäfte hat, sodas das demokratische Wahlrecht ohne Rücksicht auf die Eigenart der besonderen Landesverhältnisse den Vorzug verdiene. Selbst die erdittersten Gegner des preussischen Wahlrechts wollen nicht im Ernst bestreiten, daß die bisher mit diesem Wahlrecht gewählten Landtage sachlich und erprießlich gearbeitet haben, insbesondere für die materiellen und ideellen Interessen der minderbemittelten Kreise der Bevölkerung. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.) Der Minister räumt dann die preussische Gesetzgebung im Unterrichts-, Steuer- und Kommunalwesen, die die

Werte des Wahlrechts

behalte, und erklärt mehrmals entschieden, daß die Erörterung der Votenfrage durch den Reichstag dessen Zuständigkeit übersteige. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Er erklärt dann, daß er in dem von Cassel anerkannten Bestreben, das Reichsvereinigengesetz unparteiisch zu handhaben, nicht nachlassen werde. Die übrigen Ausführungen des Ministers sind eine Polemik in Sachen der Eingemeindung von Vororten nach Berlin. Was der Landrat und Landesdirektor in dieser Frage getan haben, haben sie als Kommunalbeamte getan; die Staatsbehörden sind mit der Angelegenheit überhaupt noch nicht befaßt gewesen. Die der Stadt Berlin 1891 nahegelegte Eingemeindung mehrerer Vororte hat sie abgelehnt. Es ist klar, daß die Interessen der Kreise und der Provinz bei Eingemeindungen gewahrt werden müssen. Das ist keine Beschränkung der Selbstverwaltung. Auch bei der Erledigung des Schicksals der Stadt Berlin ist Berlin nicht berührt worden, denn die Wohnungspolizei betrifft verschiedene Zweige der Verwaltung und dies sowie die Ablehnung eines gleichen Antrages vor zwei Jahren machte eine eingehende Prüfung des Antrages notwendig. (Beifall rechts.)

Abg. Rissen (Däne) klagt über antidänische Landratswillkür in Nordschleswig, auch bei Aufstellung der Wählerlisten und über die Verfolgung der Heimatlosen.

Unterschiedssekretär Volk: Wir müssen hierbei die deutschen Interessen wahren!

Abg. Stroffer (L.): Ich würde wünschen, daß Cassels anti-sozialistische Ausführungen Eindruck auf seine Freunde machten. Das Autogrammschreiben und die Schmutzblätter sollten bekämpft werden. Schelkinds „Frühlings Erwachen“ ist ein Schmutzstück. Die Kriminalpolizei macht aus einer gewissen Sensationslust der Presse Mitteilungen aus der Untersuchung von Verbrechen. — Immer nur sollen die Streif-

terroristen alles sein, aber ja keine Sozialdemokraten! Als seinerzeit bei einem Ausbruch ich auf dem Wege vom Potsdamer Platz hierher ins Haus ungeheuerliche Beschimpfungen beobachtete, schimpfte der "Vorwärts" so auf die Terroristen, daß jeder meinen mußte, das wären auch keine Sozialdemokraten gewesen. Was denn sonst? Wir brauchen unbedingt Vorbeugungsmaßnahmen gegen den sozialdemokratischen Terror, den ja jetzt Herr Fischer hier mit dem Vorgehen von Stroschen und Wegelagerern verglichen hat. Jetzt aber sind Sie Freunde und dämpfen auch Ihren Landtagswahlkampf. (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten und Fortschrittlichen.) Was will denn das Brandenburgische Schöffengerichtsurteil gegen den höchst verdienstvollen Reichsverband gegen die Sozialdemokratie besagen? (Rufe der Sozialdemokraten: Das ist Ihre Achtung vor den Gerichten!) Ist denn ein Schöffengericht ein Gesetz? Die Sozialdemokratie ist landesverräterisch, unser Stolz aber ist das Vaterland. Junger und Minder nennt uns Abg. Hirsch. Das ist für uns beinahe schon ein Ehrenname wie seinerzeit der der Geusen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Ein Regierungskommissar erklärt, daß gegen die Automobilrauber ganz entschieden vorgegangen werde, namentlich im Landespolizeibezirk Groß-Berlin.

Abg. Wente (Sp.): Unter den rasenden Autos sind besonders auch prinzipale. Auf den Suppenterinnen und Nigarrenkisten als Urnen beruht die Macht der Junger mit! (Sehr wahr! links.) Die Geringschätzung der Schöffengerichte durch Herrn Stroscher werden wir uns merken, um so mehr, als wir die Schöffengerichte als Vollgerichte schätzen und verlangen, daß alle Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch Arbeiter, zum Schöffentum zugelassen werden. Das elende Dreifassenswahrrecht beeinträchtigt den Mittelstand am meisten. Wir fehlt der Glaube daran, daß der Minister bei den Wahlen die politischen Beamten zur Unparteilichkeit verpflichten wird. Der Medner bringt eine größere Anzahl von Rechtsverurteilungen durch schlechte Amtsvorsteher zur Kenntnis. Durch die Verurteilung von Saalbergern, die ihre Säle auch nur zu Vergnügen von Arbeiterradfahrervereinen hergeben, wird das Gastwirtsgebet geschädigt. Aber man kann auch anders! Als in einem Gasthause in Verbisdorf. Kreis Schönau, Polizeistunde geboten wurde, schlug der Amtsvorsteher auf den Tisch, daß alle Gläser lirrten, und rief: Wo ich bin, gibt es keine Polizeistunde! (Lebhafte Heiterkeit.) Die Uebergriffe der Amtsvorsteher sind nicht nur aus Unkenntnis des Gesetzes zu erklären, sondern vielfach auch aus Böswilligkeit. (Lachen rechts. — Dr. Siebensch: Deshalb lachen die Herren ja.)

Abg. Dr. v. Campe (natl.) bespricht die hannoverschen Parteistreitigkeiten zwischen seiner Partei und den Konservativen. Den Minister macht er auf Anzeigen in polnischen Zeitungen aufmerksam, wo von einer Gegenaktion gegen eine Robilmachung gesprochen worden sei. Dann spricht er gegen die Moral der katholischen Orden und über die Weisenfrage. Möge Herr v. Kardorff dafür sorgen, daß die Freikonfessionen nicht freundschaftlich mit den Weisen zusammengehen.

Minister des Innern v. Dallwig: Selbstverständlich haben die Beamten bei ihrer amtlichen Tätigkeit bei den Wahlen unparteiisch zu verfahren. (Abg. Hoffmann: Vielleicht erleben wir es!) Wenn es dem Abg. Wente nicht um sein Agitationsbedürfnis oder seine persönliche Abneigung gegen die Amtsvorsteher, sondern um sachliche Prüfung seiner Klagen zu tun gewesen wäre, dann hätte er sie mir vorher mitgeteilt. Vielleicht gehören seine Fälle zu den berühmten 58 Fällen, die bereits vor 1 1/2 Jahren im Reichstag vorgebracht wurden und sich zum größten Teil als unzutreffend herausstellten. (Sehr gut! rechts. Lachen links.) Der Abg. Korfanty hat ja auch einmal über eine lächerlich klingende Begründung eines Versammlungsverbot in Oberschlesien gesprochen, das er zu befehlen erklärte und uns zur Verfügung stellen wollte. Die Untersuchung hat ergeben, daß nichts Wahres daran war und Abg. Korfanty hat mir trotz wiederholten Erlagens, auch durch eingeschriebenen Brief, das Versammlungsverbot nicht zur Verfügung gestellt. (Lebhafte Hört! Hört!)

Abg. Kardorff (st) bemerkt persönlich, daß er nicht nur ein Verbot des Streikpostens, sondern ein allgemeines Arbeitswilligkeitsgesetz gefordert habe. Die Werbung, daß Herr Teubner der junge Mann des Herrn v. Dallwig sein sollte, war von mir nicht ernst gemeint, sondern nur in Anlehnung an eine derartige Darstellung des "Berliner Tageblatt". Ich will nur, daß entsprechend dem Geist der Verfassung preussischer Einfluss auch im Reichsamt des Innern zur Geltung komme. (Gut! links.)

Abg. Wente (Sp.): Ich habe Fälle aus persönlicher Erfahrung vorgebracht. Korfanths Behauptungen gehen mich nichts an.

Abg. Stroffer (L) wendet sich gegen die Beurteilung seiner Forderung über Schöffengerichtsurteile durch verschiedene Abgeordnete, darunter auch v. Campe. Ich habe nur gesagt, daß ich auf das Reichsgerichtsurteil des Schöffengerichts Brandenburg keinen Wert lege. Sind doch selbst Reichsgerichtsurteile nicht unfehlbar!

Abg. Dr. v. Campe (natl.): Damit hat Abg. Stroffer die Wichtigkeit meiner Beurteilung bestätigt. (Sehr wahr! links.)

Nächste Sitzung: Montag, den 3. Februar, vormittags 11 Uhr: Fortsetzung.

Schluss: nach 5 Uhr.

Der Parteitag der englischen Arbeiterpartei.

Zweiter Tag.

London, 30. Januar. (Eig. Ber.)

Gleich nach der Eröffnung der Sitzung beschäftigte sich der Parteitag mit der von dem Vorstand aufgeworfenen Frage der Parteidisziplin.

Zu diesem Punkte lag eine Resolution des Parteivorstandes vor, nach der ein Parlamentsmitglied, das außerhalb des Parlaments die Verfassung der Partei gebrochen hat, auf Beschluss des vereinigten Vorstandes und der Parteifraktion zeitweilig oder dauernd aus der Partei ausgeschlossen werden soll. In gleicher Weise soll gegen ein Parlamentsmitglied vorgefahren werden, dessen Aufführung gegen die Grundsätze und die Politik, wie sie in den Beschlüssen des Parteitages niedergelegt sind, verstößt oder der beharrlich den kollektiven Beschlüssen der Partei (Parlamentsfraktion) zuwiderhandelt.

Bruce Glasier (J. L. P.): Die Frage ist eine der wichtigsten, mit denen sich die Arbeiterpartei zu beschäftigen hat. Ich bin der Ansicht, daß im großen und ganzen die Fraktion im Parlament fortschrittlicher gesinnt ist als wie die große Masse der Mitglieder im Lande. Zwar gibt es unter den Parlamentariern viele, die ein halbes Duzend, die auf den Liberalen, und ein weiteres halbes Duzend, die auf den konservativen Banken sitzen sollten. Aber die Hauptsache ist, daß die Partei zusammengehalten wird. Einige möchten sich von der Partei absondern, weil es ihnen nicht schnell genug geht, und andere, weil sie keine Lust verspüren, den Feind zu bekämpfen. Ich halte es für verfehlt, die Parlamentarier zu zwingen, ihr Wort zu halten. Wir müssen uns auf das Ehrgefühl und die Ueberzeugungstreue der Repräsentanten verlassen. Das Abwehrmittel, das die vorliegende Resolution dem Vorstand in die Hand gibt, genügt vollkommen.

Will Thorne (Parlamentsmitglied; Gasarbeiter): Ich habe den Eindruck, daß die Resolution nicht gegen die der liberalen Partei nachsehenden Parlamentarier gerichtet ist, sondern gegen die fortgeschrittenen sozialistischen Elemente. Wäre der Fall Lansbury nicht vorgekommen, so hätten wir von diesem Antrag nichts gehört. Er wurde verfaßt, bald nachdem ich, Meir Hardie, O'Grady und Snowden versprochen hatten, die unabhängige Kandidatur Lansburys in Bowdoy Bromley zu unterstützen. Ich bin herzlich durch die Liste der Parlamentsmitglieder gegangen und habe gefunden, daß von den 40 Parlamentariern 27 keine Sozialisten sind und sich nie mit einem Worte für den Sozialismus er-

kärt haben. Die dreizehn Sozialisten haben in der Arbeiterpartei einen schweren Stand. In vielen fundamentalen Fragen, wie in Fragen der Oekonomik, ist es uns unmöglich, mit den 27 Nichtsozialisten übereinzustimmen, was zu Gegenfragen in der Praxis führt. In der nächsten Session wird die Regierung die Schulfrage ansprechen. Auch in dieser wichtigen Frage gehen die Meinungen auseinander; denn eine Reihe Parlamentarier ist gegen die weltliche Erziehung, die von einem Parteitag nach dem anderen gefordert worden ist. Ferner ist die Frage der Beschäftigung der Kinder, in der die Ansichten einiger Arbeiterparteilicher von den sozialistischen ganz entschieden abweichen. Ich bin nicht bereit, meine Ueberzeugungen in diesen und anderen Punkten zu opfern und je eher eine Scheidung eintritt und die Arbeiterpartei ein sozialistisches Programm annimmt, um so besser wird es für die Partei sein. Mich hat man bei meiner Organisation des Disziplinbruchs angeklagt. Weßhalb ist man nicht ebenso streng gegen andere, wie zum Beispiel Snowden und Meir Hardie vorgegangen, die gleichfalls im Falle Lansbury gesündigt haben.

Es wird hier erklärt, daß die J. L. P. von dem Disziplinbruch Snowden und Meir Hardies benachrichtigt worden sei. Snowden erklärte darauf, daß er davon nichts gehört habe, daß ihm seine Organisation den Tadel wohlweislich verschonlicht habe.

Die Debatte wird unterbrochen, um dem Berichterstatter des Geschäftsausschusses Gelegenheit zu geben, dem Parteitag die Beschlüsse dieses Ausschusses vorzulegen. Unter den Beschlüssen befand sich der Vorschlag, einer Bitte des nichtoffiziellen "Daily Herald" stattzugeben, der seine Plakate in ähnlicher Weise wie der offizielle "Daily Citizen" im Lokale anzubringen verlangte. Dieser Vorschlag wurde nach erhaltener Debatte mit 643 000 gegen 388 000 Stimmen verworfen. In der darauf fortgesetzten Debatte über Parteidisziplin erhielt zuerst Stranks (Crandoner Gewerkschaftsleiter) das Wort, der empfahl, daß die Parlamentarier der Partei die gleiche Loyalität beweisen sollten, die sie beifällig von den Parteimitgliedern forderten.

Anderson (Vorsitzender der J. L. P.): Thorne hat eine unheilvolle und nicht angebrachte Rede gehalten. Ich habe nie etwas von den tiefen Gegensätzen zwischen den Parlamentariern gehört und habe mancher Sitzung zwischen dem Parteivorstand und der parlamentarischen Fraktion beigewohnt. Theoretische Differenzen mögen existieren, aber in praktischen Fragen, wie in den Fragen der Vertretung der Eisenbahnen und der Bergwerke, herrscht vollkommene Einmütigkeit. Die vorliegende Resolution ist nicht durch den Fall Lansbury angeregt worden; ihr Ursprung liegt viel weiter zurück. Wenn wir Disziplin haben wollen, müssen wir sie für beide Flügel der Partei fordern.

Barker (Portsmouth): Ich war der Ansicht, daß sich die Resolution gegen die Liberalen in der Partei richtete und nun kommt Thorne und erklärt uns zu meinem Erschaunen, daß sie für die Sozialisten bestimmt sei. Ich gehöre selbst zum linken Flügel der Partei, aber ich meine, wenn Sozialisten wie Thorne auf die unbedingte Anerkennung ihrer Ueberzeugungen bestehen, sollten sie sich nicht als Arbeiterparteilicher wählen lassen.

Taylor (Londoner Buchdrucker): Ich sehe nicht ein, wie wir die Resolution durchzuführen können. Auf dem letzten Parteitag waren wir genötigt, das von den Parlamentariern bis dahin abgelegte Gelübde fallen zu lassen. Diesem Vorschlag wird es nicht besser ergehen.

Die Vorstandesresolution wurde darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Frauenstimmrecht.

Die nächste große Debatte entspann sich über die Wahlreform.

Zu diesem Thema hatte nach langen Diskussionen im Geschäftsausschuss der Arbeitervertretungsausschuss von East Ham folgende Resolution gestellt:

"Dieser Parteitag bekräftigt seine früheren Beschlüsse in bezug auf das Frauenstimmrecht und bedauert die durch den Entscheid des Spealers entstandene Lage; er ist der Ansicht, daß das Versprechen des Premierministers nur dadurch in hinreichender und fester Weise eingelöst werden kann, daß die Regierung in der kommenden Session den Mitgliedern des Unterhauses das freie Abstimmungsrecht über eine Frauenstimmrechtsvorlage einräumt und daß sich, sollte diese in zweiter Vorlage angenommen werden, die Regierung für die Vorlage in allen folgenden Stappen der Beratung verantwortlich macht.

Er fordert die parlamentarische Partei auf, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um in der kommenden Session die Annahme einer Vorlage, die den Frauen ein auf breiter und demokratischer Grundlage stehendes Wahlrecht gibt, zu beschleunigen."

Zu diesem Antrag hatte die J. L. P., die Arbeiterinnenliga und die Fabische Gesellschaft folgenden Zusatzantrag gestellt, um den sich die ganze Debatte drehte:

"Der Parteitag fordert ferner die parlamentarische Partei auf, gegen jede Wahlrechtsvorlage zu opponieren, die die Frauen nicht einschließt."

Thorne (Gasarbeiter) wünscht zu erfahren, welche Stellung der Parteitag von den Abgeordneten verlangt, sollte die Regierung eine Wahlrechtsvorlage für Männer einbringen. Der Parteitag sollte klipp und klar erklären, ob die Parlamentsmitglieder für oder gegen eine derartige Vorlage stimmen sollten.

Sanders (Fabische Gesellschaft): Die Arbeiterpartei ist die einzige Partei, die die Frauen nicht betrogen hat. Im letzten Jahre hieß es in der Resolution des Parteitages: daß keine Wahlrechtsvorlage annehmbar sei, die den Frauen nicht das Wahlrecht gebe. Heute müssen wir erklären, daß uns nur eine Frauenstimmrechtsvorlage befriedigen wird.

Parlamentsmitglied Walsh (Bergarbeiter): Sechs Parteitage haben sich zugunsten des Wahlrechts für alle Grobjährigen erklärt. Sollen wir nun unseren Grundgedanken unterwerfen werden; sollen wir gegen die Erweiterung des Wahlrechts stimmen, die wir unseren Wählern versprochen haben? Ich bin bereit, alles zu tun, um den Frauen das Wahlrecht zu verschaffen; aber man kann von uns nicht verlangen, daß wir gegen jede andere Wahlrechtsvorlage stimmen, die uns Vorteile bietet.

Wardrope (Eisenbahner): Es ist sicher, daß die Antragsteller nicht Gegner des Wahlrechts für alle Grobjährigen sind. Ich bin auch sicher, daß die Frauen der Arbeiterklasse keinen so schlechten Gebrauch von dem Wahlrecht machen werden als die Männer. In der Masse halte ich sie für politisch intelligenter als die Männer.

Parlamentsmitglied Snowden (J. L. P.): Was versteht Walsh unter dem Wahlrecht aller Grobjährigen? Offenbar nur ein Männerwahlrecht. Aber für die Arbeiterpartei hat dies stets das Wahlrecht für alle Männer und alle Frauen bedeutet. Walsh will den Männern mehr Wahlrecht verschaffen auf Kosten der Frauen, die die ganze Agitation bezweckt haben. Das ist nicht gerecht. Die Resolution geht mir nicht weit genug. Wie steht es heute mit dem Frauenstimmrecht? Der Frauenstimmrechtsvorlage ist der Schutz der Regierung entgegen worden. Wer auch nur fünf Minuten parlamentarische Erfahrung hat, muß wissen, daß die jetzt vorgeschlagene Lösung, 6 bis 8 Millionen Frauen durch eine nichtoffizielle Bill zu emancipieren, ein Unding ist. Ihr Gewerkschaftler müßt wohl, wie Ihr vorgehen müßt, wenn Ihr von der Gesetzgebung etwas verlangt. Ihr fordert schlankweg eine Regierungsvorlage. Und eine solche Regierungsvorlage müssen wir für das Frauenstimmrecht fordern. Man hält uns entgegen, daß das Kabinett in dieser Frage gespalten sei und daher keine Vorlage einbringen könne. Wir dürfen es aber nicht zulassen, daß eine Handvoll Leute, die sich das Kabinett nennen, die große, dem Frauenstimmrecht feindliche Mehrheit der Volksvertreter daran hindert, ihrer Ueberzeugung Anerkennung zu verschaffen.

Der Zusatzantrag wurde darauf mit 850 000 gegen 487 000 Stimmen angenommen, worauf die ganze Resolution Annahme fand. Die Annahme des Zusatzantrags, über den die Bergarbeiter mit ihren 550 000 Stimmen nicht stimmten, löste lauten und langanhaltenden Beifall aus.

Annahme politischer Posten.

Zu diesem Punkte hatte das Arbeitervertretungskomitee von Lambeth folgende Resolution vorgelegt:

"Der Parteitag ist der Ansicht, daß kein Vertreter der Arbeiterpartei im Parlament und kein Beamter der Arbeiterpartei ein begabtes Amt irgend einer Art von einer der kapitalistischen Parteien annehmen darf und unzulässig ausgeschlossen werden muß, wenn er ein derartiges Amt annimmt."

Kavanaugh (Wahlhelfer): Die Frage hat nicht nur nationale, sondern auch lokale Bedeutung. Letzthin hat eine Anzahl Mitglieder der Arbeiterpartei Regierungsämter angenommen. Das hat der Partei viele Mitglieder absperrig gemacht. Die Partei kann die kapitalistischen Parteien nicht bekämpfen und zu gleicher Zeit zugeben, daß ihre Mitglieder in den Dienst dieser Parteien treten.

Fox (Bolton): Ein Arbeiterparteilicher, der einen Regierungsposten annimmt, sollte die Partei verlassen. Wer die Stimmung in den Wahlkreisen kennt, muß wissen, daß die Praxis von Arbeitervertretern, bezahlte Regierungsstellen anzunehmen, die größte Schwäche der Partei ist.

Chagger (Genossenschaftsarbeiter): Die Antragsteller sollten uns zuerst die Frage beantworten: Sind sie der Ansicht, daß die ganze lokale und zentrale Verwaltung des Landes in den Händen der Vertreter der Arbeiterklasse bleiben soll?

Brown (Stahlschmelzer): Ich misstraue stets den Resolutionen, die von sozialistischer Seite kommen. Sollen wir die Männer, die wir in diesen Zusammenkünften gehört, von uns stoßen, wenn sie einen Regierungsposten annehmen? Haben wir mehr Vertrauen zu ihrer Integrität und ihrer Ehrenhaftigkeit.

Vorsitzender Roberts: Ich bin der Ansicht, daß wir diese Leute an uns fesseln und nicht von uns abstoßen sollten.

ParteiSekretär Henderson: Die Frage ist nicht so einfach, wie sich mancher vorzustellen scheint. Nehmen wir zum Beispiel den Fall des Mannes, der von den Arbeitgebern gemahregelt und boykottiert, schließlich eine Anstellung unter der Regierung findet und der der Partei seine Treue bewahren und ihr nach Kräften helfen will. Sollen wir den Mann nun von uns stoßen? Einige Mitglieder sind geneigt, den Abgeordneten mit Mißtrauen zu begegnen; sie rechnen es den Parlamentariern aber nicht als Verdienst an, daß sie den ihnen gemachten Anerbieten handgehalten haben.

Die Resolution wurde mit großer Mehrheit verworfen.

Legalisierung gewerkschaftlicher Verträge.

Zu diesem Punkte hatte der Verband der Buchdrucker eine auf dem letzten Gewerkschaftstongress abgelehnte Resolution eingebracht, nach der die zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern eingegangenen Verträge Gesetzkraft erlangen sollen. Ein Vertreter der Buchdrucker setzte auseinander, daß die Befürchtung, der Antrag könnte das Streikrecht illusorisch machen, unbegründet sei.

Beatrice Webb (Fabische Gesellschaft): Der Antrag würde in jeder Industrie einen Maximallohn herstellen. Die britischen Arbeiter würden sich in derselben Lage befinden wie ihre Brüder in Neuseeland, die wegen Vertragsbruch ins Gefängnis gesteckt werden können. Was nützt, ist ein gesetzliches Lohnamt, das für jede Industrie einen Minimallohn festsetzt.

Parlamentsmitglied Clynes (Gasarbeiter): Ich möchte die Buchdrucker bitten, den Antrag zurückzuziehen. Die ganze Angelegenheit bedarf noch sehr der Klärung. Sie ist noch zu neu, es fehlen noch alle aufhellenden Einzelheiten. Unmöglich ist es ja nicht, die Arbeitgeber zu zwingen, die Verträge einzuhalten; haben wir sie doch durch die von der Regierung anerkannte gerechte Lohnskala gezwungen, bei öffentlichen Arbeiten die ortsüblichen Löhne zu zahlen.

Ayles (J. L. P.): Ich meine, daß die gesetzliche Anerkennung der Verträge nicht zu Maximallöhnen führen würde. Besonders geschickte Arbeiter werden stets einen höheren Lohn verlangen können. Eines der größten Uebel ist, daß man heutzutage kein Mittel hat, um die vielen Vertragsbrüche der Unternehmer zu verhindern. Mit der Legalisierung der Verträge würde man den Vertragsbrüchigen Unternehmern zu Leibe gehen können.

Der Antrag wurde schließlich von den Buchdruckern zurückgezogen.

Hilfe für den Balkan.

Unter großem Beifall wurde am Ende der Sitzung ein Antrag angenommen, den bedrängten Organisationen der Genossen in Serbien und Bulgarien je 100 Pfund Sterling aus der Parteikasse zu schicken und einen Aufruf an die Gewerkschaften zur Unterstützung der Serben und Bulgaren zu erlassen.

Politikparagrah und Arbeiterjugend.

Die unreife Jugend muß vor dem Kampf der Parteien, insbesondere vor der sozialdemokratischen Verheerung geschützt werden! So etwa rechtfertigten seinerzeit sämtliche bürgerlichen Parteien des Reichstages die Aufnahme des § 17 in das Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908. Der Paragraph verbietet bekanntlich jugendlichen Personen unter 18 Jahren die Teilnahme an politischen Vereinen und politischen Versammlungen. Inzwischen sind vier und ein halbes Jahr ins Land gegangen. Hat nun der § 17 des Reichsvereinsgesetzes die "unreife Jugend" vor der Parteienkampfe dem heißen, bewahrt?

Keineswegs! Im Gegenteil: er war die Janfara zum Kampf der Parteien um die Jugend. Jede größere Partei hat ihre eigene Jugendbewegung, das Zentrum die katholischen Jugendvereine, die Konservativen die evangelischen Jünglingsvereine, die Freiständigen ihre besonderen Jugendvereine, und schließlich haben noch alle bürgerlichen Parteien zusammengenommen den Jungdeutscherbund, die Jugendwehren, Wehrvereine und wie diese ausgesprochen politischen Jugendvereine alle heißen mögen. Der § 17 hat den bürgerlichen Parteien herzlich wenig Sorge gemacht. Sie mühten von vornherein, daß für sie wie für die gesamte bürgerliche Jugendbewegung der Jugendpolitikparagrah des Reichsvereinsgesetzes nicht existiert. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes ist denn auch im ganzen weiten Deutschland nicht ein einziger Fall bekannt geworden, daß ein bürgerlicher Jugendverein oder eine bürgerliche Jugendveranstaltung für politisch erklärt worden wäre. Zwar haben eine Zeilang die Führer einzelner Jugendvereine den Schein zu wahren gesucht, als wären ihre Vereine unpolitisch. Neuerdings aber halten sie auch das nicht mehr für nötig. So findet sich, um nur ein Beispiel zu nennen, in Nr. 1 des laufenden Jahrgangs der "Rundschau", des offiziellen Organs der Nationalvereinigung der evangelischen Jünglingsbündnisse Deutschlands, ein Artikel: "Die Politik in den christlichen Vereinen der männlichen Jugend". Der Verfasser, D. von Dörhen, eine hervorragende Leuchte der evangelischen Jünglingsvereinsbewegung, behandelt das Thema nicht etwa von dem juristischen Standpunkt aus, ob überhaupt Politik in den evangelischen Jünglingsvereinen getrieben werden soll oder darf. Diese Frage existiert für ihn nicht. Daß Politik in den evangelischen Jünglingsvereinen getrieben werden soll, ist für ihn eine ausgemachte Sache. Er untersucht nur, nach welcher Methode das am wirkungsvollsten geschieht. D. von Dörhen beginnt ungeniert mit folgender Selbstentzündung:

"Ich habe jetzt in zwei Jahren je fünf politische bezug. freidenkpolitische und sozialpolitische Vorträge vor jungen Leuten gehalten. Und viele Hörer haben mir bezeugt, daß sie meinen Darlegungen gerne zugehört und Gewinn davon gehabt haben. Auch der nachträgliche Verlauf der gedruckten Vorträge ist ein nicht unerheblicher gewesen."

Erfolgreich sei die Arbeit indessen nicht gewesen. Die politische Unterweisung durch Vorträge sei zu oberflächlich. In die

Stelle des „einseitig gehaltenen Vortrags“ müsse ein „wirklicher Unterrichtsursprung“ gesetzt werden, der die Jugend auf den politischen Kampf vorbereitet.

Kein Wort findet sich in dem Artikel über das Reichsvereinsgesetz! Die Leiter der evangelischen Jünglingsvereine sprechen auf das Gesetz, wie alle bürgerlichen Jugendpfleger auf es sprechen. Hat doch auch der Jungdeutschlandbund durch den Mund seines Gründers und seiner Führer seine ausgesprochen politischen Absichten in die Welt posaunen lassen. Und dieser politische und ungescheitliche Jugendbund erfreut sich der eifrigsten Unterstützung staatlicher und städtischer Behörden! Vertreter mehrerer Ministerien gehören seiner Leitung an!

Ja, die Regierung Preußens selbst hat mit der „staatlichen Jugendpflege“ von 1911 den § 17 des Vereinsgesetzes von 1908 übertreten. Sie hat damit zugleich den Kampf der Parteien um die Jugend verschärft. Zu keiner Zeit ist in Deutschland eine dermaßen starke politische Beeinflussung der schulenlassenden Jugend getrieben worden wie gegenwärtig unter der Herrschaft des Reichsvereinsgesetzes!

Die Anhänger der freien Jugendbewegung freilich haben die ganze Schärfe des § 17 zu kosten bekommen. Als ein Ausnahmengesetz gegen die Bewegung der arbeitenden Jugend geschaffen, eröffnete es eine neue Ära unerhörtester Verfolgungen der nach Bildung und wirtschaftlichem Schutz strebenden jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Obwohl die Vereine der jungen Arbeiterschaft in ihren Satzungen die Politik ausdrücklich ausschlossen,

obwohl ihre Mitglieder sich die redlichste Mühe gaben, den Bestimmungen des Gesetzes nachzukommen, machte es den gelehrten Juristen der herrschenden Klassen wenig Gedankenarbeit, die mehrere Jahre alten, ausgesprochenen unpolitischen Jugendvereine zu politischen zu stampeln, um sie unter das Messer des § 17 zu bringen. Und den Ausführungsorganen gab der § 17 das Signal zur rücksichtslosen Verfolgung der freien Jugendbewegung. Harmlose Zusammenkünfte und Spaziergänge jugendlicher wurden mit Waffengewalt auseinandergepresst. Jugendliche wurden zur Baue geschleppt, weil sie einen Vortrag über die Gefahren der Schundliteratur anhörten. Vorträge über Schubart, Beethoven und ähnliche Themen wurden für politisch erklärt, noch ehe der Redner den Mund geöffnet hatte. Junge Arbeiter, die einem nachgewiesenermaßen unpolitischen Vortrag beizuwohnten, wurden bestraft, weil der Vortrag eine Warnung vor der „nationalen“ Jugendbewegung enthielt. Und immer mehr der § 17 herhalten, um das brutale Vorgehen gegen die freie Jugendbewegung mit dem Schein des Rechts zu umgeben, wenn auch dies Vorgehen noch so ungescheitlich war. So wurden jugendliche „Verbrecher“ geächtet!

Trotz alledem wurde der Zweck des § 17 nicht erreicht. Er sollte die Bewegung der jungen Arbeiterschaft vernichten. Aber er war nicht einmal ein Hemmnis für die Entwicklung der freien Jugendbewegung. Im April 1908, vor dem Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes, zählte die proletarische Jugendbewegung in Deutschland noch keine 10 000 Mitglieder — heute, nach mehr als

vierjähriger Herrschaft des Reichsvereinsgesetzes, aber über 85 000 Anhänger!

Weder als Hemmschuh gegenüber der freien Jugendbewegung, noch als Mittel zur Abschwächung des Kampfes der Parteien um die Jugend kommt heute der § 17 des Reichsvereinsgesetzes in Betracht. Die eheernen Taisachen der wirtschaftlichen Verhältnisse sind über ihn zur Tagesordnung übergegangen. Der § 17 des Reichsvereinsgesetzes dient heute nur dazu, die Kriminalstatistik der Jugendlichen zu belasten. Die „Arbeiterjugend“ verlangt daher mit Recht: Das Wohl der Jugend — von Gründen der Vernunft ganz abgesehen — heißt gebieterisch, daß dieser Paragraph, der nichts weiter ist als ein Ausnahmengesetz wider die arbeitende Jugend, möglichst bald in den Ortus befördert wird.

Wartypreise von Berlin am 31. Januar 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,72 bis 19,80, mittel 19,56—19,64, geringe 19,40—19,48 Roggen, gute Sorte 16,99—17,00, mittel 16,97—16,98, geringe 16,95—16,96 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,50—18,10, mittel 16,80—17,40, geringe 16,10—16,70, Hafer, gute Sorte 18,60—20,40, mittel 17,00—18,50 (frei Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Spießbohnen, weiße 35,00—50,00. Linen 35,00—60,00. Hartweizen (Kleinfeld) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, vom der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Baumfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,70—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Kale 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Dorsche 1,60—2,60. Barsche 1,00—2,40. Schlei 1,60—3,20. Hele 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 4,00—24,00.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Am 30. d. Mts., verstarb unser Genosse, der Schlosser
Franz Grabowski
Alt-Woabit 57, Bezirk 685a.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seelstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein für d. Reichst.-Wahlkr. Niederharnim. Bezirk Lichtenberg.
Am 30. Januar verstarb unser Mitglied, die Genossin
Frau Anna Richter
geb. **Wegner**
Vogthener Chaussee 13, Gruppe 86.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Montag, den 3. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 31. Januar unser lieber Vater, der Schlosser
Franz Grabowski
im 55. Lebensjahre verstorben ist.
Die trauernden Hinterbliebenen
Willi und Franz Grabowski,
Söhne.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des St. Philippus-Apostel-Friedhofes, Müllerstraße 44/45 aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Bekannten und Freunden die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Großmutter und Schwiegermutter
Anna Richter
geb. **Wagner**
am 30. Januar verstorben ist.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Montag, den 3. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
792

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Zentrale Berlin 13.
Den Mitgliefern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Franz Grabowski
(Alt-Woabit 57) am 31. Januar nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des St. Philippus-Apostel-Friedhofes, Bezirk 44/45, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zentrale Berlin.
Den Mitgliefern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Glaser
August Dietze
Charlottenburg, Vestalozstr. 76, im Alter von 65 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Montag, den 3. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Halle des Charlottenburger Gemeinde-Friedhofes in Schlachtdorf aus statt.
78/11 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis
Am 30. Januar verstarb unser Genosse, der Schuhmacher
Georg Brandt
Wöhrer Str. 25, Bezirk 519.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes
Hermann Pusch
sage ich allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Kollegen meinen herzlichsten Dank. Wwe. Marie Pusch.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Nachruf.
Am 18. Januar verstarb unser Genosse, der Schlosser
Johann Jankowiak
Sonnendurger Str. 12, Bez. 584.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, des Restaurateurs
Franz Steinführ
sage ich allen Freunden, insbesondere dem Sparverein Eintracht und den Genossen des 4. Wahlkreises meinen herzlichsten Dank.
Witwe Anna Steinführ.

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin.
Am 30. Januar starb unser langjähriger Mitglied, der Maurer
Heinrich Röhr
(Bezirk Westen).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle der Luthergemeinde in Landwehr aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meiner geliebten Frau und guten Mutter
Rosalie Bartsch
sagen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten, sowie den Kollegen der Firma G. Carlberg, den Vereinen Wedding I, Bezirk Hoffnung, K. u. S. unv. u. v. herzlichsten Dank.
Hermann Bartsch
nebst Tochter.

Wegen gänzlicher Aufgabe
der Charlottenburger Filiale Nehringsstr. 34, Ecke Magazinstr.
aussergewöhnlich billiger Schuh-Verkauf
Noch nie Gelegenheitskäufe
ewinsohn

Herrenstiefel jetzt nur 4⁹⁵
Herrenstiefel jetzt nur 5⁷⁵
Damen-Lackschuhe jetzt nur 5⁹⁵
Damen-Lackschuhe jetzt nur 5⁷⁵
Damenstiefel jetzt nur 4⁶⁵
Damenstiefel jetzt nur 5⁷⁵

1. Geschäft: Rosenthaler Str. 40/41 a. Hackeschen Markt
2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110 am Straußberger Platz
3. Geschäft: Charlottenburg Nehringsstr. 34 Ecke Magazinstraße

Phänomen
CLUB
33
Beste Cigarette

Stavistraße 32-39,
Querstraße an der Müllerstraße,
sind in neu erbauten Häusern mit Vorgärten (Tepichloppplatz und Balkonen im separaten Hof, Keller-Eingang)
1 und 2 Zimmer-Wohnungen
mit Warmwasser-Versorgung
per sofort oder 1. April 1913 billig zu vermieten.
Zu erfragen im Verwaltungsbureau, Nr. 35/36. 267/15*

Metzner
Kinderwagen-Wellhaus
Metall-Bettstellen, Balkon-, Kinder- und Korbmöbel
Größte Auswahl • Gut und billig
Berlin O, Andreasstr. 23 (Andreasplatz)
Brunnenstr. 95 | Leipziger Str. 54
Dusselstr. 67 | Neukölln, Bergstr. 133

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, sieht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Schwarze Kleidung
Fertig am Lager:
Gehrock-Anzüge 70, 60, 36 M
Jockey-Anzüge 80, 70, 40 M
Frack-Anzüge 60, 50, 40 M
Leinkleider 18, 15, 8 M

Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Jugendliche in größter Auswahl in ca. 10 Stunden
Baer Sohn
Kleider-Werke Berlin, Geogr. 1891.
Chausseestraße 29-30, 11, Brückenstraße 11, Gr. Frankfurter Str. 20, Schöneberg, Nauwalder 10.

Spezialarzt
i. Haut, Harn, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Verfrachte jeder Art, Ehrlich Salts, Kuren in u. Co. fong Laborat. i. Blut-untersuchung, Fäden i. Harn usw. gegenüber Friedr. Str. 81, Genuptilum Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Baustellen offeriere ich für jeden Zweck in allen Lagen und Größen mit und ohne Finanzierung zu günstigsten Bedingungen.
Hermann Hermann, Straußd. 15 Hochp.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Haarverfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

„Flamme“
Feuerbestattung mit allem Zubehör und Gebühren M. 160.—
Hantelstr. 111
Inh. Emil Richter
Fernspr.: Amt Moritzpl. 5582
Ausführl. Broschüre gratis.

Gneisenastraße 10,
S. Grau, billigste u. beste Bezugsquelle für **Möbel jeder Art.**
Kassa und Teilzahlung.

Technikum Berlin
Königsgrätzer Str. 90.
Tages-, Abendkurse. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Werkmeisterkurse. — Dauer 1 Jahr, vierteljährl. 20 M. Dir. Matthes, Inh.
Programm frei!

Stoffe
für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots Mtr. 4.—, 6.—, 8.— M. etc. Damen-Kostümstoffe, Damenuchte „Neuheiten“ Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M. etc. Leinen f. Pelermine Mtr. 1,50, 2,50 M. etc. Schneidemeister, welche unsere Stoffe tadellos u. schick verarbeiten, weisen wir nach, Arbeitslohn nebst Zutaten zirka 25.—, 30.— M. etc.
Tuchlager Koch & Soeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

J. Baer
Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Einsegnungs-Anzüge. Großes Stofflager zur Anfertigung nach Maß. Allerbilligste streng feste Preise.

Frauen-Schönheit
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
v. Bergmann & Co., Radebeul, St. 50 Pf. Überall zu haben. Darnier macht der Lilienmilch-Cream „Saba“ rote und weiße Haut in einem Nacht weiß und sammetweich. Tube 60 Pf.

Schuh-Vertriebs-Haus
„Alexanderplatz“
Eingang Neue Königstraße 47 hochparterre — Kein Laden.
Verkaufssystem: Selbstkostenpreis + 7 1/2 % Nutzen.
Große Ersparnis für jede Familie durch direkten Engros-Einkauf erstklassiger Schuhwaren.



HERMANN TIETZ



LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

WEISSE WOCHE

Wir bringen in dieser Woche weiße Waren aller Art, welche eigens für diesen Zweck aufgestapelt,

ZU enorm billigen Preisen zum Verkauf.

Soweit der Vorrat reicht:

Wäschestoffe

80/82 cm breit

Hemdentuch	Meter	30, 40, 45, 55 Pf.
Renforcé	Meter	38, 45, 50, 60 Pf.
Makotuch	Meter	48, 58, 68, 85 Pf.
Louisianatuch	Meter	35, 40, 48, 55 Pf.
Croisé-Barchent	Meter	42, 50, 60, 70 Pf.
Pikee-Barchent	Meter	42, 50, 60, 75 Pf.

Bettwäschestoffe

Louisianatuch	80/2 cm breit	40, 45, 48 Pf.
Louisianatuch	130/2 cm breit	65, 78, 85 Pf.
Gestr. Satin	80/2 cm breit	52, 60, 80 Pf.
Gestr. Satin	130/2 cm breit	85, 95 Pf. 1 ³⁰
Damast gebümt	80/2 cm breit	55, 75, 90 Pf.
Damast gebümt	130/2 cm breit	80 Pf. 1 ¹⁵ 1 ³⁵
Laken-Daulas	ca. 150 cm breit	68, 95 Pf.
Laken-Daulas	ca. 185 cm breit	1 ⁰⁵ 1 ²⁵
Inlett	80 cm breit	80, 90 Pf. 1 ²⁰
Inlett	130 cm breit	1 ³⁵ 1 ⁶⁰ 1 ⁸⁰

Tischwäsche

Jacquard Halbleinen neue Dessins		115/125	130/130	180/160	160/167	160/220	Serviett.
Stück	1 ⁴⁰	1 ⁶⁵	2 ²⁰	2 ⁹⁰	4 ¹⁰	Dtz. 3 ⁹⁰	
Jacquard Halbleinen solide Qualität		130/130	130/160	160/160	160/225	160/325	Serviett.
Stück	2 ²⁰	2 ⁸⁰	3 ⁵⁰	4 ⁵⁰	6 ⁹⁰	Dtz. 4 ⁹⁰	
Jacquard Reinleinen schwere Qualität		130/130	130/160	160/160	160/230	160/330	Serviett.
Stück	3 ⁰⁰	3 ⁹⁰	4 ⁹⁰	7 ²⁵	10 ⁵⁰	Dtz. 8 ⁷⁵	
Jacquard Reinleinen vollweiss gebleicht		130/135	130/170	160/160	160/225	160/320	Serviett.
Stück	4 ¹⁰	5 ²⁵	6 ²⁵	9 ⁰⁰	13 ⁰⁰	Dtz. 10 ²⁵	
Jacquard Reinleinen m. Hohlraum u. Durchbruch		130/130	130/160	160/160	160/225	160/330	Serviett.
Stück	4 ²⁵	5 ¹⁰	5 ⁹⁰	8 ⁰⁰	12 ⁵⁰	Dtz. 14 ⁰⁰	

Stub.-Handtücher

geäumt und gebündert

Jacquard Halbleinen	Dutzend	5 ⁶⁰ 6 ⁹⁰ 7 ⁶⁰
Jacquard Reinleinen	Dutzend	6 ⁵⁰ 7 ⁹⁰ 9 ⁷⁵
Dreilgewebe Halbleinen	Dutzend	4 ⁹⁰ 5 ⁹⁰ 6 ⁵⁰
Dreilgewebe Reinleinen	Dutzend	6 ⁷⁵ 8 ²⁵ 9 ⁷⁵
Gerstenkorn Halbleinen	Dutzend	6 ²⁵ 6 ⁹⁰ 7 ⁹⁰
Gerstenkorn Reinleinen	Dutzend	6 ⁹⁰ 8 ⁵⁰ 11 ⁰⁰

Küchenwäsche

Grauer Drell Halbleinen	Dutzend	4 ⁵⁰ 4 ⁹⁰ 6 ²⁵
Grauer Drell Reinleinen	Dutzend	5 ²⁵ 6 ²⁵ 7 ⁹⁰
Gerstenkorn Halbleinen	Dutzend	4 ⁵⁰ 4 ⁹⁰ 5 ⁶⁰
Gerstenkorn Reinleinen	Dutzend	4 ²⁵ 5 ³⁵ 6 ⁵⁰
Wischtücher Halbleinen	Dutzend	1 ⁸⁵ 2 ⁶⁵ 3 ⁶⁵
Wischtücher Reinleinen	Dutzend	2 ⁴⁰ 3 ⁷⁵ 4 ⁴⁰
Wischtücher Reinleinen mit Schritt	Dtz.	3 ³⁵ 4 ⁴⁰ 5 ⁹⁰
Staubtücher imit. Leder	Dutzend	1 ²⁵ 1 ⁵⁵ 1 ⁸⁵
Abwaschtücher	Dutzend	1 ⁷⁵

Taschentücher

Reinleinen mit kleinen Webfehlern	Dutzend	2 ⁴⁰ 2 ⁹⁰ 3 ⁵⁰
Reinleinen gute Qualität	Dutzend	2 ⁹⁰ 3 ⁷⁵ 4 ⁵⁰
Reinleinen bew. Qualitäten	Dutzend	4 ⁵⁰ 5 ⁵⁰ 6 ⁵⁰
Leinen-Batist mit gestickter Ecke	Stück	30, 35, 45 Pf.
Linon solide Qualitäten	Dutzend	1 ⁷⁵ 2 ⁰⁰
Madeira-Reinleinen Handarbeit	Stück	60, 75 Pf. 1 ²⁵
Reinleinen-Madeira Handarbeit, mit 1 Ecke	Stück	60 Pf.
Schweizer Stickertücher aus feinem Linon	Stück	45 Pf.

Bettwäsche

Garnitur Haustuch, Bezug mit 2 Klassen	4 ²⁵	Linon, Bezug mit 2 Klassen	5 ¹⁰ 5 ⁹⁰
Garnitur Louisiana, Bezug mit 2 Klassen	6 ⁵⁰ 7 ²⁵	gestreift Dimitt, Bezug mit 2 Klassen	6 ⁹⁰ 7 ⁹⁰
Garnitur Damast, Bezug mit 2 Klassen	6 ⁵⁰ 8 ⁷⁵		6 ⁵⁰ 8 ⁷⁵
Ueberlaken aus gutem Louisiana mit Hohlraum	4 ⁹⁰	mit passenden Kissen	1 ⁶⁵
Ueberlaken aus prima Louisiana mit Stickerei-Ein- und Ansatz	6 ⁵⁰ 8 ⁷⁵	dazu pass. Kissen	1 ⁹⁵ 4 ²⁵
Betttücher aus Daulas, 150/200	1 ⁴⁵ 2 ¹⁰	aus Daulas, 150/225	1 ⁹⁵ 2 ⁰⁵
Betttücher aus prima Daulas, extra gross	3 ³⁵ 3 ⁶⁵		
Garnierte Kissen mit Einsatz oder Langette	95 Pf. 1 ²⁵ 1 ⁴⁵		

Damen-Wäsche

Damenhemden u. Beinkleider in verschied. Schnitten, aus feinem Renforcé, m. Stick, reich garn.	1 ⁶⁵ 1 ⁹⁵ 2 ²⁵	Hemden und Beinkleider aus feinem Batist, mit Spitzen und Stickerei garniert	2 ³⁵ 3 ⁵⁰ 4 ⁵⁰
Eleg. Damenhemd u. Beinkl. aus vorzügl. Renforcé, m. guten Stickereien, Ein- und Ansatz, u. Seidenbandausstattungen, St.	2 ⁷⁵ 3 ²⁵ 3 ⁷⁵	Hemden und Beinkleider hochlegant aus feinem Material mit Spitzen und Stickerei	5 ⁵⁰ 8 ⁵⁰ 12 ⁵⁰
Nachtjacken aus la Sommer- und Winterstoffen zum Teil mit Stickereien und Fältchen garniert, Stück	1 ³⁵ 1 ⁷⁵ 2 ⁵⁰	Eleg. Batist-Nachthemden reich m. Spitze oder Stickerei garniert	5 ⁷⁵ 6 ⁵⁰ 8 ⁵⁹
Nachthemden halsfrei und mit Umlegekragen aus feinfädigen Stoffen, mit Stickerei garniert, Stück	2 ⁶⁵ 3 ⁵⁰ 5 ⁵⁰	Batist-Prinzeß-Röcke vorzüglicher Sitz, mit feiner Stickerei- oder Spitzengarnierung	10 ⁵⁰ 15 ⁵⁰ 25 ⁵⁰
Stickerei-Unterröcke moderne enge Faltenform aus feinfädigem Renforcé, mit breiten Stickereien und Seidenbandgarnierung	3 ²⁵ 5 ⁵⁰ 7 ²⁵	Eleg. Batist-Unterröcke mit Spitze oder Stickerei-Ein- und Ansatz und Bandgarnierung	6 ⁹⁰ 9 ⁷⁵ 12 ⁵⁰
Prinzess-Unterröcke vorzüglicher Sitz, aus feinen Stoffen mit guten Stickereien, An- und Einsatz, z. T. mit Seidenband garniert	5 ⁵⁰ 7 ⁵⁰ 11 ⁵⁰	Eleg. Batist-Matineeas weiss u. farbig, sehr reich ausgestattet	5 ⁵⁰ 8 ⁵⁰ 12 ⁵⁰
Untertaillen mit guten Stickereien reich ausgestattet	75, 95 Pf. 1 ³⁵	Wien. Batist-Untertaillen sehr reich ausgest.	1 ⁹⁵ 2 ⁷⁵
Garnitur, Hemd u. Beinkl. aus feinsten Stoffen m. Stickerei-Ein- und Ansatz und Seidenbandgarnierung, zusammen	3 ⁹⁵ 6 ²⁵ 8 ⁷⁵		

Verfassungen.

Textilarbeiterverband. Am Mittwoch hielt die Filiale Berlin eine Generalversammlung ab, in der zunächst der Kassierer Schein die Jahresabrechnung vorlegte.

Aus dem gedruckt vorliegenden, vom Vorsitzenden Gruhl ergänzten Vorstandsbericht ist folgendes anzuführen: Das Jahr 1912 kann weder in wirtschaftlicher noch in sozialpolitischer Hinsicht als gut bezeichnet werden.

In der Diskussion wurden von mehreren Seiten Anregungen hinsichtlich einer wirksamen Agitations- und Aufklärungsarbeit gegeben, deren Berücksichtigung durch den Vorstand der Vorsitzende zusagte.

Kreuz gab den Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission, der ohne Debatte entgegengenommen wurde. Ferner stimmte die Versammlung einem Antrage des Vorstandes zu, wonach den Unterlassigern vom 1. Januar d. J. ab 1 1/2 Pf. für jede abgeleitete Marke gewährt werden.

Das unbedingte Verbot der Konkurrenzklausel forderte eine zahlreich besuchte öffentliche Handlungsgesellenversammlung, die der Zentralverband der Handlungsgesellen am Freitag nach dem vormals Trübsfischen Saale einberufen hatte.

Die Ausführungen des Referenten fanden allseitigen Beifall und die Diskussionen stimmten ihnen rückhaltlos zu. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 31. Januar in Haberlands Festhallen versammelten Handlungsgesellen und -gehilfen nahmen mit tiefem Bedauern Kenntnis von der Ablehnung des Antrages auf Verbot der Konkurrenzklausel durch die Reichstagskommission.

Zentralverband der Fleischer. Die Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin fand am Dienstagabend in den „Rustfischen“, Kaiser-Wilhelm-Strasse, statt.

Der Beschluss der Zunahme, die organisierten Gesellen vom Arbeitsnachweis auszuschließen, war ein Schlag ins Wasser; es gelang nicht, die Organisation dadurch zu schädigen.

Die am 31. Januar in Haberlands Festhallen versammelten Handlungsgesellen und -gehilfen nahmen mit tiefem Bedauern Kenntnis von der Ablehnung des Antrages auf Verbot der Konkurrenzklausel durch die Reichstagskommission.

Zur Einsegnung



Schwarze Anzüge Cheviot, Corkscrew, Tuchkammgarn M. 45.- 40.- 36.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.-

Blaue Anzüge Cheviot, Kammgarn-Cheviot, Foulés, Melton M. 45.- 36.- 30.- 26.- 20.- 17.- 15.- 12.- 11.-

Prüfungs-Anzüge Mod. Stoffe, gr. Farb.- u. Musferauswahl M. 40.- 36.- 29.- 24.- 20.- 17.- 14.- 12.- 10.-

Sehr preiswert Oberhemden, Kragen, Serviteurs, Manschetten, Handschuhe, Hüfe, Krawatten, Hosenfräger usw. usw.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Begaben

Kleiderwerke

Baer Sohn

Berlin - Gegründet 1801

Chausseestraße 29-30 II Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Str. 20

Hauptkatalog Nr. 46 (Neuzeit Moden)

Nachdruck verboten

10 Mark

monatliche Teilzahlung liefert elegante Herrengarderobe nach Maß J. Tomporowski

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

GEGRÜNDET 1815

N. JSRAEL

WÄSCHE-AUSSTATTUNGEN

BERLIN C. SPANDAUER STR. KÖNIGSTRASSE

WOHNUNGS-EINRICHTUNGEN

Grosser Wäsche-Verkauf

Damenwäsche, Herrenwäsche, Bettwäsche, Tischwäsche, Handtücher, Kaffeedecken

Tischwäsche und Handtücher

33 1/3 % unter regulärem Preis

Nur bestbewährte, vorzügliche Qualitäten. Besondere Gelegenheit für Ausstattungen u. Hotels

33 1/3 % unter regulärem Preis

Einige Beispiele:

Reinleinen Hausmacher-Tischtücher Marke 42 130x160 cm Regulär 3.90 für 2.50

Weisse, leinene Hohlsaum-Tischtücher in vielen Qualitäten, u. a. Marke 950 H 160x160 cm Regulär 10.50 für 6.75

Servietten 62x62 cm Regulär Dtz. 8.50 für 5.50

Servietten 70x70 cm Regulär Dtz. 26.50 für 16.50

Geblichte, reinleinen Jacquard-Tischtücher in vielen Qualitäten, u. a. 130x135 cm Regulär 4.50 für 2.90

Reinlein. Handtücher Marke H 20 L Hausmacher-Jacquard, 48x120 cm Regulär Dtz. 9.25 für 6.00

Servietten 62x62 cm Regulär Dtz. 11.00 für 7.20

Marke H 18 L Hausmacher-Jacquard, 50x125 cm Regulär Dtz. 13.50 für 8.90

Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108/114

Heute Sonntag, den 2. Februar 1913:

In sämtlichen Sälen
(über 10 000 Personen fassend)

Bockbierfest in den bayrischen Alpen. 5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.

Anfang 4 Uhr. Entree 50 Pf.

Voranzelge! Dienstag, den 4. Februar 1913:

Prämierung der ähnlichsten Damen-Zwillinge.



„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Triple-Konzert!

Musik. Kaiser-Franz-Regiments, Dirig.: Oberm. Becker.
Musik. 1. Garde-Dräger-Regts., Dirig.: Oberm. Baars
der Zillertaler und Tegernseer Sänger, Schuhplattler und Jodler!
Anstich von Drei-Königshier, dem köstl. aller Münch. Doppelhiere.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 4 Uhr.
Dienstag, d. 4. Febr.: Gr. Faschnachtsfeier. Kart. im „Clou“ zu haben!

Wirtshaus in den Stadtbahnbögen
(früher Schippmannowski)
(Bahnh. Börse) Spandauer Brücke (Bahnh. Börse)

Bock-Jubel und Trubel :: jeden Abend ::
mit großem Konzert
bel freiem Entree!

Traiteur Walter Seyring, früher Reichshallen, jetzt noch
Konzerthaus „zum Hölzger“.

Schloß Weißensee

Das prachtvoll gelegene Etablissement, welches voll-
ständig renoviert wird, ist an beiden

Pfingst-Feiertagen

sum

Früh-Konzert

an große Vereine zu vergeben. Außerdem empfehle das
Etablissement den geehrten Vereinen zur Abhaltung
von Sommerfesten unter kulantem Bedingungen.

Anfragen bitte zu richten an E. Niemann, Christiania-
straße 110 (langjähriger früherer Oekonom der Brauerei
Friedrichshain). 2170 b*

Mein Urteil steht fest,

dah Ihr „Wacholder-Extrakt Medico“ von aus-
gezeichnete Wirkung ist und daher der leidenden Menschheit nicht
wenig genügt empfohlen werden kann. Ich bin 53 Jahre alt und
leid an mangelhafter Blutzirkulation sowie geringer Tätigkeit der
Auscheidungsorgane. Dadurch stellen sich nervöse Erscheinungen
ein wie Angstgefühl, Unruhe, Herz-Kopfschmerzen, lebhafte
männlich so stark, daß es mir nicht möglich war, zu denken.
Auch hatte ich viel an Geschwären zu leiden. — Schon nach
kurzem Gebrauch Ihres Wacholder-Extraktes blieben die Kopf-
schmerzen weg, der Kopf sowie der ganze Körper wurden leichter,
es stellte sich die frühere Körperwärme ein verbunden mit einer
Arbeits- und Lebensfreude, über die ich seit Jahren nicht mehr verfügte.
Heilgenstadt. G. L., Oberinspektor.

Reichels Wacholder-Extrakt Marke „Medico“ ist niemals
ausgemessen, sondern garantiert rein und frisch nur in Original-Verpackungen
à R. 1.50, 2.50 und für längeren Gebrauch große Blechflasche (sehr
vorteilhaft) R. 6.— in den Drogerien und Apotheken erhältlich,
wenn nicht, wende man sich an

Otto Reichel, Berlin 48, Eisenbahnstr. 4.
Man achte aber scharf auf Wort und Marke „Medico“ die allein für Echtheit und Güte bürgt.

Gardinenhaus Bernhard Schwartz

Schneiders- Berlin, Ballstr. 13 im Spittelm. u. Grünst.

Gardinen

Stores, Portieren, Teppiche etc.

Einzelverkauf zu Engrospreisen!

Am Dienstag, den 4. Februar, vorm. 10^{1/2} Uhr,
im Speiser G. Ruener, Wilmersdorf, Wolsburger Str. 10/21
(Strophenbahnlinie Nr. 62, 162, 77, 78, H. F. G.)

Versteigerung gediegener vorzügl. erhalt. Möbel
Eigene Schlafzimmer-Einrichtung, Wohnstube, Beistellen,
Kleiderchränke, Küchenschranke, Buffet etc. 22706
Der größte Teil kommt ohne Vorbehalt u. d. Hammer

Gold- und Silberarbeiter.

Sonnabend, den 8. Februar, in Kellers „Neue Philharmonie“,
Köpenicker Str. 96/97:

Großer Wiener Maskenball.

Während der Kaffeepause: Große Ueberraschungen.

Humoristische Vorträge des Ulk-Trio.

Große Ballmusik, ausgeführt von einer starken Kapelle unter
Leitung des Kapellmeisters Herrn Fischer.

Anfang 9 Uhr.

Eintritt 60 Pf.

Billetts sind zu haben bei Becker, Prinsenstr. 81, Holtkamp, Fürstenstr. 20, Lobse,
Skalitzer Str. 10, Paul, Gubener Str. 23 sowie im Bureau der Ortskrankenkasse, Engel-
ufer 15. 282/7 Das Komitee.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse

Montag, den 3. Februar, abends 8^{1/2} Uhr,
in Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97:

2. Vortrag „Erziehungsfragen“ — Kind und Schule.

zum Inhalt: „Erziehungsfragen“ — Kind und Schule.

Referentin: Frau Anna Bloß - Stuttgart.

Gäste willkommen. 33/4 Der Vorstand.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Branchen-Versammlungen

Geldsirr-Branchen: Donnerstag, den 6. Februar, abends 8^{1/2} Uhr, im
Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

Erzbierebranchen: Sonntag, den 9. Februar, vormittags 9 Uhr,
in Schulz' Prachtstäl, Rängr 17, Eingang
Königsgraben.

Portefeulles- und Reiseartikelbranchen: Mittwoch, d. 5. Februar,
abends 8^{1/2} Uhr,
bei Graumann, Raunynstraße 27.

Militär-Branchen: Mittwoch, den 5. Februar, abends 6 Uhr, in den
Prachtstäl Mit-Berlin, Klammerstr. 10.

Linoleumleger u. Teppichnäher: Mittwoch, den 5. Februar,
abends 8^{1/2} Uhr,
bei Wehnacht, Grünstr. 21.

Wagen-Branchen: Mittwoch, den 5. Februar, abends 8^{1/2} Uhr, im
Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

Eisenmöbel- u. Lederstuhlpolsterer: Donnerstag, den 6. Februar,
abends 8^{1/2} Uhr,
im Graphischen Vereins-hause, Alexandrinenstr. 44.

Zahlreichen Besuch dieser Versammlungen erwarten
156/4 Die Branchenleitungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 5. Februar:

Vertrauensmännerversammlungen der Bezirke und Branchen.

Die Versammlungstafeln werden am Dienstag bekannt gemacht.

Mitglieder-Versammlungen: Bezirk Ober-Schöneweide.

Dienstag, den 4. Februar 1913, abends 8^{1/2} Uhr,
bei Warnecke, Wilhelmminenhofstr. 18.

Tagesordnung:

1. Unsere bevorstehende Tarifbewegung. 2. Verhandlungsangelegenheiten.
78/12 Die Ortsverwaltung.

Goldleisten-Grundierer, Presser, Belegerinnen und Hilfsarbeiter!

Montag, den 3. Februar, abends 8^{1/2} Uhr:

Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Eingang B, Arbeitslosensaal.

Verband der Schneider.

Seebaldtstraße 37/38. Filiale Berlin I. Telefon: Amt
Luerger, II. Moritzplatz Nr. 9737.

Achtung! Herren-Konfektion. Achtung!

Montag, den 3. Februar, abends 8^{1/2} Uhr, bei Schulz, Königsgraben 2

Versammlung sämtlicher Hosen- und Westenschneider.

162/12 Tagesordnung:
Beschlussfassung über die ausgearbeitete Tarifvorlage.
Beschlüssiges Erscheinen unbedingt notwendig. Die Kommission.

Hausarztverein Ost.

Donnerstag, den 6. Februar 1913, abends 8^{1/2} Uhr,
in der „Urania“, Wrangelstr. 11-12:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

Vortrag des Genossen Dr. Moses über:

„Der allzu reiche Hindersegen im Arbeiterhaus!“

Diskussion. Fragebeantwortung.

Aufnahmen für den Verein werden in dieser Versammlung entgegen-
genommen sowie auch beim Vorsitzenden Karl Nobel, Roperstraße 9,
I. Luergergebäude I. 282/6

Unserem Zahlhabendwirt
Paul Schlieplake,
Wilmersdorfer Str. 1
zum Geburtstag die herz-
lichsten Glückwünsche.
Parteilgenossen und Freunde
Bezirk 749. 7681

Sterbekasse Nr. 56

Berlin.

Ordentliche General-Versammlung

am Mittwoch, den 5. Februar 1913,
abends 8^{1/2} Uhr, im großen Saale
der Berliner Badbrauerei,
Abt. II, Chausseestr. 64.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht. 22345*
2. Wahl für die ausscheidenden Vor-
standsmitglieder.
3. Wahl der Revisoren.
4. Wahl für die Ersatzpersonen.
5. Anträge.
6. Verschiedenes.

Der Eintritt ist nur gegen Vor-
zeigen des Kassenbuchs gestattet.

Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Stukkateure.

Dienstag, den 4. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engelauer 15, Saal 1:

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über einen von 120 Kollegen unterzeichneten Antrag,
welcher baldigt die notwendige Durchführung des obligatorischen
Arbeitsnachweises fordert.
2. Die Anträge der Konferenz in Frankfurt und der Verbandstag in Jena.
3. Wahl der Sektionsleitung.
4. Verschiedenes.

Es ist Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.
140/6* Die Sektionsleitung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche!

Betonbaubranche

Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter.

Montag, den 3. Februar 1913, abends 8 Uhr, bei Jannaschk,
Inselstraße 10:

Gipsbaubranche

Rabitzputzer, Träger und Rabitzspanner.

Mittwoch, den 5. Februar 1913, abends 8 Uhr, bei Jannaschk,
Inselstraße 10:

Mitglieder-Versammlungen.

Tagesordnung:

1. Neuwahl des Branchenvorstandes und Vorschläge zum Sektionsleiter.
2. Bericht über die auf dem Verbandstage zur Verhandlung gekommenen
Anträge der Spezialbranchen. 3. Branchenanliegenheiten.

Dienstag, den 4. Februar 1913, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung der Kunststeinversetzer

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht der Sektionsleitung. 2. Neuwahl. 3. Wie regeln wir
unsere Streitvermittlung.

Sonntag, den 9. Februar 1913, vormittags 10 Uhr:

Versammlung der Staker

im Lokal „Kleines Gewerkschaftshaus“, An der Stalauer Straße 3.
Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes,
Zweigverein Berlin.

Achtung! Maler. Achtung!

In der Versammlung am Donnerstag, den 30. Januar, in Kellers
Neue Philharmonie, wurden in der Stichwahl folgende Kollegen als
Delegierte zur Generalversammlung gewählt: 137/7

H. Drendel, H. Ehrhardt, W. Schröder
und R. Wehrendt.

Volks-Feuerbestattungsverein Gr.-Berlin

Der Verein gewährt seinen Mitgliedern nach zwölf-
monatlicher Mitgliedschaft bei eintretendem Todesfall freie
Feuerbestattung, die amtserätlichen Atteste, Sarg, Ueber-
führung, Einkäscherung und Aufstellung der Urne.

Aufnahmefähig sind alle Personen bis 50 Jahre, welche
in einem Orte Groß-Berlins wohnen, doch werden bis
1. Mai 1913 auch Personen über 50 Jahre aufgenommen.

Aufnahmegebühr . . . 1.— Mk.
Mitgliedsbuch 0,25 Mk.

An monatl. Beiträgen sind zu zahlen bei einem Eintrittsalter
bis zu 20 Jahren . . . 20 Pfennig
bis zu 30 Jahren . . . 30 Pfennig
bis zu 40 Jahren . . . 40 Pfennig
bis zu 50 Jahren . . . 50 Pfennig
über 50 Jahre . . . 75 Pfennig

Freunde der Feuerbestattung in Vororten, welche beitreten
wollen und Zahlstellen wünschen, mögen sich wenden an:
Fritz Dietrich, Neukölln, Erkstraße 1a
Georg Menning, Berlin, Mollerstraße 134a
Karl Simon, Michaelkirchplatz 19. 292/6

Apotheker Kumbler's

„Berliner Stahlbrunnen“

seit 27 Jahren von bewährter Heilkraft bei

Blutarmut, Bleichsucht, Nervenleiden, Magen-, Darm-, Leber-, Gallenstein-, Nieren- und Blasenleiden, Rheumatismus, Gicht, Ischias, Lungenkatarrh, Atembeschwerden, Herzleiden, :: Leiden der Wechseljahre, Epilepsie, Schlagader-Verfaltung, Zuckerkrankheit ::

Einige Erfolg-Bestätigungen,

wie sie uns täglich einlaufen, sämtlich streng wahrheitsgemäß. Originale können eingesehen werden.

Sin sehr zufrieden mit der Brunnenkur, mein Allgemeinbefinden hat sich enorm gebessert, was bei meinem Körperzustand und Lähmung viel sagen will. Auch den krankhaften Fettsatz habe viel verloren.

Neustädt, 22. Januar 1913. Reuterstraße 84. Frau Martha Altmann.

Ich litt an großer Blutarmut und konnte nicht schlafen, auch hatte ich heftige Magenschmerzen und konnte fast kein Essen mehr vertragen. Nachdem ich 120 Flaschen von Ihrem „Berliner Stahlbrunnen“ getrunken habe, habe ich wieder Blut bekommen, der Schlaf hat sich wieder eingestellt und die Magenbeschwerden sind besser geworden. Ich bin 61 Jahre alt.

Meine Tochter trank 60 Flaschen „Berliner Stahlbrunnen“ gegen rheumatische Rückenschmerzen. Schon bei der 8. Flasche machte sich der Erfolg bemerkbar und besserte sich täglich zusehends. Jetzt kann sie sich wieder flink bewegen. Meine Tochter wird die Kur im Frühjahr wiederholen. Wir sind Ihnen sehr dankbar und werden Ihren „Berliner Stahlbrunnen“ mit gutem Gewissen weiter empfehlen.

Berlin, 5. Januar 1913. Fr. E. Zepernick, Gogtowstraße 24, IV.

Auf Ihre gütige Anfrage teile ich Ihnen mit, daß ich Ihnen nicht nur die Erlaubnis gebe, sondern ich möchte Sie sogar bitten, meinen guten Erfolg mit Ihrem Berliner Stahlbrunnen zu veröffentlichen. Ich danke Gott, daß ich durch Zufall Ihr Inserat in der Berliner Allgemeinen Ztg. vom 18. August gelesen habe, bin ich doch durch die Kur so gut geholfen worden. Ich werde Ihren Brunnen überall empfehlen.

Berlin, 16. Januar 1913. Frau E. Zepernick, Gogtowstraße 24 IV.

Bitte hiermit, die 30 leeren Flaschen abholen zu lassen, da nach Anordnung des Arztes die Kur beendet ist. Mein Gelenkrheumatismus hat sich so gebessert, daß ich wenig mehr davon spüre, was ich wohl erst dem Stahlbrunnen verdanke, denn trotz der Krankenhausbehandlung, der verordneten Bädungen und Glühlichtbäder, elektrischer Bestrahlung und Einreibungen der verschiedensten Art wollten Schmerzen und Steifigkeit der Gelenke nicht weichen, teilweise war sogar wieder starke Geschwulst vorhanden, besonders im Knie, daß mir das Gehen schwer fiel und ich schon dachte, wieder arbeitsunfähig zu werden. Nach Gebrauch von 60 Flaschen habe ich richtige Besserung verspürt und jetzt fühle ich mich wirklich wohl. Die Gelenkigkeit hat sich wieder eingestellt; der Appetit war vorher nicht der beste, jetzt aber schmeckt alles ausgezeichnet und auch an Körpergewicht habe ich zugenommen. Seinerzeit war bei meiner Arbeitsunfähigkeit die Diagnose auf Gelenkrheumatismus und im späteren Verlauf auf Neuralgie gestellt worden, so daß also beides vorhanden gewesen ist.

Charlottenburg, 4. Dezember 1912. Potsdamer Str. 44. Ferdinand Gleichmar

Ihr Berliner Stahlbrunnen ist mir ein sehr lieber Hausfreund geworden, welchen ich nicht mehr entbehren kann. Bei träger Verdauung, Nierenbeschwerden, Leberleiden und besonders Gallensteinen hat er mir die unschätzbaren Erleichterungen verschafft. Eine solche Kur ist mir immer ausgezeichnet bekommen, zumal dieselbe nicht die geringsten Beschwerden verursacht und ohne jede Verunstaltung ausgeführt werden kann. Ich hatte stets einige Flaschen auf Lager, um immer auf obige Leiden gerüstet zu sein. Von meiner Reueherung wollen Sie, bitte, durch Veröffentlichung Gebrauch machen zu Ruh und Segen der leidenden Menschheit.

Bronze, Pion. Posen, 18. Oktober 1912. Eocius, Pfarrer.

Nachdem ich 60 Flaschen von Ihrem Berliner Stahlbrunnen getrunken habe, teile ich Ihnen hierdurch mit, daß er mir sehr gut bekommen ist. Ich war so steif in den Gliedern, hauptsächlich in den Füßen, daß es mir eine Qual war, wenn ich Tropfen steigen oder überhaupt gehen wollte; die Strümpfe anzuziehen mußte mein Mann mir. Auf einen Stuhl steigen, war ein Ding der Unmöglichkeit. Dank Ihrem Stahlbrunnen ist mir wieder so leicht und gelenkig in den Füßen, daß ich gar nicht müde werde. Ich werde Ihren Stahlbrunnen daher auch jedem weiterempfehlen.

Berlin, 16. Oktober 1912, Hochstr. 32 d, II. Frau Marie Schulz.

Indem ich Sie bitte, die leeren Flaschen abholen zu lassen, kann ich Ihnen mitteilen, daß Ihr Berliner Stahlbrunnen meine Magen- und Kreuzschmerzen gänzlich geheilt hat, und spreche ich Ihnen dafür meinen besten Dank aus.

Berlin, 15. Oktober 1912, Korförster Str. 22. Frau Anna Roek.

Ihr Berliner Stahlbrunnen hat meiner Frau bei ihrer Basedowischen Krankheit wunderbare Dienste geleistet. Als einziges Mittel, gab die Entfernungs einiger Herdrüsen. Ihr Stahlbrunnen aber hat meine Frau wieder an die Beine gebracht, und ich habe ihn schon sehr viel weiter empfohlen.

Berlin, 26. August 1912, Prenzlauer Str. 27. Carl Jürschke.

Ich bezog von Ihnen 4 Kisten à 30 Fl. Berliner Stahlbrunnen. Heute sandte ich die leeren Fl. zurück und bitte mit den Restbetrag nach Abrechnung der Fracht gütigst einzufenden. Ich habe Ihren Stahlbrunnen weiterempfohlen, und wenn Sie von hier noch nicht Aufträge erhalten haben, werden Ihnen solche wohl bald zugehen. Nachstehendes Schreiben können Sie veröffentlichen, denn sehr viele Patienten wissen von Ihrem Brunnen nichts. Ich habe gelegentlich von einem Pfarrer Ihre Adresse erfahren.

Dobensalza, 20. Septbr. 1912, Kirchhoffstraße 4. W. Drews, Inspektor.

Ich litt seit 30 Jahren an chronischem Magen- und Dickdarmkatarrh verbunden mit hartnäckiger Stuhlverstopfung, Blutandrang nach dem Kopfe, heftigen Kreuzschmerzen und allgemeiner Körperschwäche. Ich konnte zuletzt die Stelle eines Landwirtschaftsinspektors nicht mehr ausfüllen und begab mich 13 Wochen nach Posen zu einem Spezialarzt. Habe Karlsbader, Rißfing und Marienbader Brunnen getrunken, aber dieselben wirkten bei der hartnäckigen Verstopfung nicht genügend. Ihr Stahlbrunnen hat alle anderen Brunnen übertroffen, er hat mir außerordentliche Dienste getan und ich kann ihn ähnlich Leidenden nur empfehlen. Ich hatte mir das Leiden durch ein kaltes Glas Bier zugezogen.

Dobensalza, 20. Septbr. 1912, Kirchhoffstraße 4. W. Drews, Wirt, Hofstaatsinspektor.

Teile Ihnen gerne mit, daß ich den Berliner Stahlbrunnen wegen Appetitlosigkeit und allgemeiner Körperschwäche getrunken habe, und hat mir derselbe stets gute Dienste getan.

Neustadt, 27. August 1912. Frau E. Gaud.

Ich teile Ihnen hierdurch mit, daß ich dank Ihrem Berliner Stahlbrunnen von meinem Blasenleiden sowie Kopfschmerzen gänzlich befreit bin.

Berlin, 28. August 1912, Schererstraße 5, II. Frau Hulda Schneeg.

Ich bestätige Ihnen hiermit, daß mir Ihr Berliner Stahlbrunnen bei Eiterung und Blutung der Lunge sowie bei Verdauungsbeschwerden und Hartleibigkeit sehr gute Dienste geleistet hat und ich mein heutiges gutes Aussehen Ihrem Brunnen zu danken habe. Ich erlaube Ihnen, zum Wohle der Leidenden hieron Gebrauch zu machen, und bin gern bereit, jedem Anfragenden Auskunft zu erteilen.

Berlin, 21. August 1912, Barchauer Str. 46. Frau Ottilie Habenstein.

Kann Ihnen mitteilen, daß Ihr Berliner Stahlbrunnen meiner Schwiegermutter von einem Nieren- und Blasenleiden geholfen hat. Außerdem hat sie guten Appetit und gesundes Allgemeinbefinden danach bekommen.

Berlin, 18. August 1912, Antwerpener Str. 6. E. Reschke.

Ich bestätige hiermit, daß mich Ihr Berliner Stahlbrunnen vor Jahren von Magen- und Leberleiden geheilt hat. Im vorigen Jahre aber stellten sich wieder Beschwerden ein, ich fühlte mich krank, es wurde wieder besser, ich war mühselig, und so wechselte das. Im April habe ich dann wieder die Kur begonnen und bin mit dem Erfolg wieder zufrieden. Die Magen- und Leberbeschwerden haben aufgehört, die Seitenschmerzen sind bis jetzt fort, ich fühle mich ganz gesund. Wenn Sie von meinem Bericht Gebrauch machen wollen, so würde es mich freuen, wenn hierdurch Leidende gebessert oder noch besser geheilt würden. Mir sagte man vor 4 Jahren, lieber Freund, Ihre Schmerzen können gelindert werden, aber „was zerstört ist an Ihrer Leber, läßt sich nicht mehr heilen“. Jedenfalls hatte man sich geirrt, und ich werde im Bekanntenkreise Ihren Berliner Stahlbrunnen empfehlen.

Lichtenberg, 15. August 1912, Neue Bahnhofstr. 20. Wilhelm Carl.

Seit mehr als 15 Jahren habe ich Ihren Berliner Stahlbrunnen getrunken, und zwar gegen die verschiedenartigsten, auf nervöser Grundlage beruhenden Leiden. Bei nervösen Verdauungsbeschwerden, verbunden mit grosser Appetitlosigkeit, hat er mir in erster Linie gute Dienste geleistet und eine erhebliche Gewichtszunahme bewirkt. Seitdem bin ich Ihrem Brunnen treu geblieben und greife immer wieder auf ihn zurück, wenn mein Allgemeinbefinden irgendwie beeinträchtigt ist. Meinen Bekannten habe ich Ihren Brunnen stets aufs wärmste empfohlen.

Lüben i. Schl., 10. August 1912. Frau Kreis-Adjutant Joh. Anders.

Vor 6 Jahren habe ich zum erstenmal Ihren „Berliner Stahlbrunnen“ gebraucht. Damals war mein Magen durch häufiges Ausspülen so geschwächt, daß die Verdauung völlig verlor. Nach dem Gebrauch von 30 Flaschen Stahlbrunnen war ich wieder völlig hergestellt und konnte alles vertragen. Zwei Jahre später trank ich wieder 30 Flaschen wegen allgemeiner Schwäche und Blutarmut, auch ließ ich ein bei mir in Dien ein lebendes schwächliches Mädchen die Kur gebrauchen und der Erfolg war jedesmal vorzüglich. Da ich mich augenblicklich wieder nicht ganz wohl fühle, so will ich meine Kräfte auffrischen und ersuche Sie daher um 30 Flaschen.

Charlottenburg, 14. August 1912, Goslinderstr. 32. Frau Olga Göhring.

Meine Frau wurde schon mehrere Jahre lang in Zwischenräumen von 2-4 Wochen von schweren Gallensteinleiden befallen und geplagt, so daß ich mich zu einem Versuch mit Ihrem „Stahlbrunnen“ entschloß. Nach Gebrauch von 120 Flaschen ist das Befinden so gebessert, daß wir schon beinahe 1 Jahr kein Heilmittel mehr brauchen. Die Anfälle kommen ja vereinzelt noch wieder, sind aber ganz leichter Natur und alaube ich, daß nach einer noch beachtlichen Nachkur mit dem Brunnen auch der letzte Rest des Leidens behoben sein wird. Ich werde den „Stahlbrunnen“, schon weil er sich so gut und leicht nehmen läßt, stets weiter empfehlen.

Tempelhof, 10. August 1912. Berliner Str. 41-42. Friedrich Kokert.

Meine Frau war krank an Herzbeutel-Wassersucht. Alle Medikamente waren vergebens, so daß an ihr Auskommen nicht mehr zu denken war. Da wurde mir Ihr Stahlbrunnen empfohlen. Nach Gebrauch der vierten Flasche stellte sich schon Besserung ein und nach Gebrauch der Riste war meine Frau wieder gesund hergestellt, so daß sie ihre häusliche Arbeit wieder machen kann, wofür ich Ihnen noch nachträglich meinen besten Dank ausspreche.

Bricefow, 10. August 1912. Aufseher Friedrich Brunner.

Ihr Brunnen hat mir bei starker Blutarmut, chronischem Darm- und Magenkatarrh, Magenkrampf und Verstopfung gute Dienste getan. Bin ein ganzes Jahr nicht vom Arzt fortgekommen. Nach dem Verbrauch von 30 Fl. fühle ich mich gestärkt, habe ganz anderen Lebensmut. Essen und Trinken so medt wieder, was ich nur Ihnen zu verdanken habe. Ich bitte Sie, dies zum Wohle der Menschheit zu veröffentlichen. Nochmals meinen herzlichsten Dank!

Berlin, 9. August 1912. Liebenwalder Str. 16a. Frau Berta Hildebrandt.

Am 8. d. habe ich 90 leere Flaschen abgefaßt. Ihr Stahlbrunnen hat mir gegen Rheumatismus sehr gute Dienste getan, wofür ich bestens danke.

Fichtengrund bei Oranienburg, 9. August 1912. Kaiser-Friedrich-Strasse. E. Landeck.

Ich gestatte Ihnen gern, meinen Kurbericht zu veröffentlichen, denn das darin Gesagte sind Tatsachen.

Fichtengrund, 9. August 1912. E. Landeck.

Teile Ihnen hierdurch mit, daß mir Ihr Berliner Stahlbrunnen sehr gute Dienste geleistet hat, da ich doch jahrelang an Herz-Nervenschmerzen, verbunden mit furchtbaren Kopf- und Magenschmerzen, gelitten habe. Jetzt will ich versuchen, mit Ihrem Stahlbrunnen gegen Verstaun bei meiner Enkelin, da ich hoffe, derselbe wird auch gegen dieses Leiden helfen.

Berlin, 5. Juni 1912, Etzlopische Str. 43, Quergebäude I. Frau Wilhelmine Fätting.

Erfolge um Abholung der leeren Flaschen. Der Brunnen hat meiner Frau gegen Nervenschmerzen und mir zur allgemeinen Hebung der Körperkräfte geholfen.

Charlottenburg, 13. Mai 1912, Wilmersdorfer Str. 107. Paul Haring.

Ihr Stahlbrunnen hat sich bei meinem langjährigen Gelenkrheumatismus sowie Blutarmut sehr gut bewährt. Um einer Wiedertehr meines Leidens vorzubeugen, bin ich entschlossen, jedes Jahr im Frühling und Herbst eine Trinktur zu wiederholen.

Berlin, 6. Mai 1912, Georgenkirchstr. 1a. E. Glösenkamp.

Ihr Stahlbrunnen hat mir sehr gute Dienste getan. Luft- röhrenkatarrh und Asthma sind gänzlich verschwunden, wofür ich Ihnen meinen besten Dank sage. Ich kann es jedem Leidenden empfehlen.

Pankow, 9. Mai 1912, Brunowstraße 4. Frau Natisch.

Ich kann Ihnen mitteilen, daß sich mein Asthma und Bronchitis bedeutend gebessert haben, wofür ich Ihnen herzlich danke, auch bitte ich zu gleicher Zeit um Abholung der leeren Flaschen.

Charlottenburg, 5. Mai 1912, Verhtrasse 7. Frau Erlekamp.

Da ich so schwer an Rheumatismus gelitten habe, früher schon mal 11 Wochen und 29 Wochen, daran schwer krank gelegen habe, so bekam ich im vorigen Herbst wieder den schweren Gelenkrheumatismus, wo ich wieder 7 Wochen von dem Leiden heimgeführt wurde. Ich bat den Arzt, daß er mir doch Ihren Berliner Stahlbrunnen verschreiben möchte, da ich an der Medizin keine Hilfe fände. Und der Arzt verschrieb mir 2 Kisten Ihres guten Stahlbrunnens. Bei der ersten Flasche fand ich Erleichterung, bei Gebrauch von 60 Flaschen Ihres Stahlbrunnens fühle ich mich, Gott sei Dank, vollständig geheilt, wofür ich meinen herzlichsten Dank ausspreche und werde bemüht sein, ihn allen Leidenden warm zu empfehlen, da der Brunnen für viele Krankheiten sehr gute Dienste tut.

Ich erteile Ihnen hierdurch die Erlaubnis, meine Erfolgs- be. Ätigung in Ihren Anzeigen zu veröffentlichen.

Grünwalde, 15. Mai 1912, bei Schönebeck a. d. Elbe. Schiffbauer Gustav Thiele.

Druckereien mit weiteren Hellerenigen kostenlos.

Analyse: Natriumchlorid 1.202, Natriumsulfat 20.000, Kaliumsulfat 0.172, Magnesiumsulfat 1.160, Mangansulfat 0.14, Eisenkarbonat 2.197 in 10 000 Teilen. Die Kisten für Groß-Berlin frei Haus und nehmen die leeren Flaschen zurück. Ihr Stahlbrunnen erfolgt tägliche Lieferung. Ihr Stahlbrunnen erfolgt zweimalige Lieferung à 15 Flaschen (Wand 1.50) für Vorortlieferung von 30 Flaschen zusammen (Wand 3.00) für Provinz oder Ausland Bahnfracht à 30 Flaschen (Wand 3.00) frei zur Bahn. Der Kur-Vreis ist vorausanzahlen und lösen 30 Flaschen 10.- Mark, 60 Flaschen 17.-, 90 Flaschen 24.-, 120 Flaschen 30.-. Nachbestellungen vor Ablauf von 10 Wochen sind 2.- Mark billiger.

„Berliner Stahlbrunnen“ (Apotheker Kumbler's Erben) G. m. b. H., Berlin NW, Marienstrasse 30. Fabrik gegründet 1885. Fernsprech-Anschlüsse: Amt Norden 5631 und 4832.

Gesetzlich geschützt Aertlich empfohlen

Angestelltenversicherung und die Stadt Charlottenburg.

Der Magistrat von Charlottenburg hat beschlossen, die Beiträge zur Angestelltenversicherung für die der Versicherungspflicht unterliegenden städtischen Privatdienstverpflichteten...

In Berlin harret die Angelegenheit noch der Regelung. Zeit wirds aber, daß die Sache geordnet wird.

Partei-Angelegenheiten.

Bierler Wahlkreis. Heute Sonntag, abends 5 Uhr, findet bei Lindstädt, Landsberger Allee 155, von der 36. Abteilung eine Versammlung statt.

Kentzlin. Am Montag, den 3. Februar, abends präzis 8 1/2 Uhr, findet in Bartsch's Festsaal, Hermannstraße 49, der dritte Abend des Kursus: „Die Sozialdemokratie, was sie ist und was sie will“ statt.

Lichterfelde-Lentzow-Teltow. Die Fortsetzung des Kursus „Die Technik der preussischen Landtagswahlen“ findet Dienstag, den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Fr. Wahrenborg, Lichterfelde, statt.

Steglitz. Freitag, den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Albrechtshof“: Volks- und Wählerversammlung. Tagesordnung: „Das reaktionäre Dreiklassenparlament.“

Am Mittwoch, abends 7 Uhr, findet für diese Versammlung eine Handzettelverbreitung von allen Bezirken aus statt.

Johannisthal und Rudow. Der zweite Vortrag über die Technik der Landtagswahl findet am Mittwoch, den 5. Februar, bei Gobin statt.

Nichtenan. Der Bildungsausschuss veranstaltet heute abend im „Gesellschaftshaus“ unter Mitwirkung von Herrn Emil Kühne und Frau Elsa Kühne einen Kunstabend bestehend aus Rezitationen und Liedern zur Laute.

Cablow (Kreis Teltow). In Ermangelung eines freien Lokals findet am 8. Februar das Wintervergüngen des Wahlvereins in Fendeborf im Lokal von Anorz statt.

Berliner Nachrichten.

„Bodenfahrt.“

Der Winter ist nun doch noch ernstlich eingelehrt. Das Elend der Heimlosen nimmt verschärfte Formen an. Seit Monaten wütet das Hausarariertum in besonders hervorragendem Maße gegen den Verkehr von Obdachlosen in den Stadtvierteln rings um das städtische Obdach...

Der Strom der Obdachlosen hat von Jahr zu Jahr zugenommen und man täuscht sich auch in städtischen Kreisen nicht darüber hinweg, daß wir zum großen Teil unter dem Einfluß der unerträglichen Lebensmittelpreise...

zur Kälte auf dem harten Holz kommt oft noch der „Kohlen-dampf“, der nagende Hunger. Wie verhalten sich demgegenüber die Hausbewohner? Leider ist hier oft recht wenig Verständnis für soziales Unglück zu finden.

Allerdings haben Staat und Gemeinde, hat die heutige Gesellschaft die Pflicht, für die Opfer zu sorgen, die die heutige privattapitalistische Wirtschaftsweise erzeugt.

Vom Rettungswesen Berlins.

Bei der bevorstehenden Übernahme des Berliner Rettungswesens in die Verwaltung der Stadt wird eine Neuordnung durchgeführt werden, von der für die Rettungswesen eine bessere Hilfsbereitschaft zu erwarten ist.

Auch der neueste Verwaltungsbericht des städtischen Kuratoriums für das Rettungswesen sagt, daß diese Vereinigungen „sich alle Mühe gegeben haben, den übernommenen Verpflichtungen nachzukommen.“

Die sehr die Inanspruchnahme der Rettungswachen zu einem Bedürfnis geworden ist, das zeigt die in dem Verwaltungsbericht mitgeteilte Statistik. Im Jahre 1911/12 (1. April 1911 bis 31. März 1912) wurden auf 13 Hauptwachen rund 13 000 Fälle...

Für den Verkehr auf elektrischen Hoch- und Untergrundbahnen

hat der Polizeipräsident v. Jagow eine neue lange Verordnung erlassen, deren wesentlichste Bestimmungen lauten: „Das Befahren oder Verlassen eines in Bewegung befindlichen Zuges ist verboten.“

oder an den Türen der Wagen niedergelegt werden, daß sie den freien Durchgang behindern. Lärmen, Singen, Musikieren und jedes anderen Personen lästige Verhalten hat sowohl auf den Bahnhöfen als auch in den Wagen zu unterbleiben.

Diese Polizeiverordnung, die übrigens nicht allzu viel Neues enthält, tritt am 1. März 1913 in Kraft.

Mit der Schneebeseitigung in den Verkehrsstraßen wurde am gestrigen Tage eifrig vorgegangen. Dabei kam das mildere Wetter erheblich zu statten.

Gegen die ehrenamtliche Tätigkeit der Postbeamten. Es ist oft nicht leicht, für die Einkommensteuer-Voreinschätzungskommissionen geeignete und bereite Männer zu finden, besonders in den Außenbezirken ist dies oft schwierig.

In der Säuglingsfürsorge I findet im Februar wieder unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege statt mit praktischen Übungen — wöchentlich einmal.

Langsamkeit bei der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Uns wird geschrieben: Seit Jahren wiederholen sich die Klagen der Patienten der Landesversicherungsanstalt Berlin über die Unstündigkeit und Langwierigkeit des Geschäftsganges.

Aus allen diesen Gründen ist es dringend zu wünschen, daß in dem Geschäftsgange der Landesversicherungsanstalt eine Aenderung eintritt, dahingehend, daß die Behandlungszeiten in die Abendstunden von 5-8 Uhr verlegt werden, wie es bei Privatärzten häufig der Fall ist.

Der Durchbruch des Spreetunnels ist in Angriff genommen worden. Zehn Arbeiter sind dabei, Drehschlangen mittelst schwerer Dämmen in die felsenharte Abbruchmauer zu treiben.

Ein Postbeamter als Spitzhube entlarvt. Der Postbeamte Krüger, welcher verheiratet und Vater von drei Kindern ist, versuchte seinen freien Nachmittag dazu zu verwenden, um dem Federgeschäft von Karl Hetmann, Lindenstr. 71, Straußenseiden im Werte von über 1400 M. zu entwenden.

Das städtische Obdach als ständiges Geschlechtskrankenhaus für Prostituierte. Das ist das Ziel, das eine Magistratskommission ins Auge gefaßt hat, die Mittwoch mit dem Kuratorium des städtischen Obdachs tagte.

Mit einem neuen Trid arbeitet jetzt ein Gauner, der schon seit einem Jahr in Berlin auftritt, ohne daß es bisher möglich war, ihn zu fassen. Es ist jener Mann, der gewisse Literaturlenkenisse besitzt und auch ungefähr weiß, was die Angehörigen der verschiedenen Berufsstände zu lesen pflegen. Der Gauner sucht hiernach seine Opfer aus und preßt deren Angehörige mit gefälschten Quittungen, wenn sie nicht selbst zu Hause sind. Neuerdings benutzt er seine falschen Quittungen auch als Bürgschaft. Er erscheint bei kleinen Geschäftleuten, erzählt ihnen, daß er in der Kochbarschaft wohne, daß seine Frau ihre Stunden sei und fragt, ob sie nicht ihren Schlüssel bei ihnen abgeben habe. Das wird natürlich verneint, und nun klagt der Mann, daß ihm das sehr unangenehm sei, weil er nach Hause gemußt hätte, um sich ein paar Groschen Geld zu holen. Seine Verlegenheit erklärt er damit, daß er plötzlich von der Geschäftstour zurückgerufen worden sei, weil sein Sohn überfahren und nach der Charité gebracht worden sei. Seine sehr bescheidene Bitte, ihm 80 Pf. bis 1 R. zu leihen, wird ihm überall erfüllt, schon mit Rücksicht darauf, weil die Leute glauben, es mit dem Ehemann einer Kundin aus der Kochbarschaft zu tun zu haben. Außerdem gibt er Buchhändlerquittungen, die sofort eingezogen werden können, zum Pfand. Auch mit diesem neuen Trid hat der Gauner schon eine ganze Anzahl Opfer gefunden.

Begegnet auf dem Eise. Der Spandauer Schiffsfahrtskanal ist von einer starken Eisdicke überzogen und von der Polizei freigegeben worden. Aus den nachliegenden Stadtteilen, besonders vom Wedding und von Moabit, pilgern täglich zahlreiche Einwohner nach dem Kanal, um sich nach Herzenslust auf dem Eise zu tummeln. Viele erleben jedoch beim Betreten des Eises eine bittere Enttäuschung. Der Fiskus, der bekanntlich aus allem Geld herauszuwickeln sucht, hat die Eisfläche verpachtet. Die Pächter wiederum suchen möglichst hohe Gewinne zu erzielen. So werden von erwachsenen Schlittschuhläufern 30 und von Kindern 15 Pf. Entgelt gefordert. Während aber in früheren Jahren wenigstens Fußgänger frei und ungehindert auf dem Eise lustwandeln durften, müssen auch sie jetzt 10 Pf. zahlen. Mit wachsenden Augen wird aufgepaßt, daß jede Person, die das Eis betritt, ihren Obulus entrichtet. Zahlreiche Spaziergänger — zum großen Teil Arbeitslose — geben täglich ihrem berechtigten Unwillen darüber Ausdruck, daß sie nicht einmal mehr ungehindert die Eisfläche des Kanals betreten dürfen.

Unter dem Verdacht ihr Kind ermordet zu haben, ist am gestrigen Sonnabendmittag das 21jährige Dienstmädchen Marie Wöhne, die bei einem Professor in der Pfalzburgerstraße in Stellung ist, von der Polizei verhaftet worden. In dem Schlafzimmer des jungen Mädchens wurde ein Kind weiblichen Geschlechts aufgefunden, dem die B. in der Nacht zum 20. Januar das Leben gegeben hatte. Wie das Mädchen angab, ist das Kind bald nach der Geburt verstorben. Da zwei hinzugekommene Ärzte jedoch die Todesursache nicht angeben konnten, wurde die Leiche beiseitegenommen und die B. als Polizeigefangene nach der Charité übergeführt.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich am Sonnabend nachmittag gegen 2 Uhr in Moabit zugetragen. Vor dem Hause Tarkstraße 76 wollte ein Herr Erich Arohn einen an der Haltestelle stehenden Straßenbahnwagen der Linie 8 besteigen. Als er bereits mit einem Fuß auf dem Trittbrett stand, wurde er vom Automobilnummer 1358 der Linie 11, dessen Führer zwischen dem Straßenbahnwagen und der Bordstrecke hindurchfahren wollte, erfasst und zwischen Bahnwagen und Auto eingeklemmt. In bestunteseligen Zustand wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus Moabit geschafft. Wo festgestellt wurde, daß er einen Bruch des rechten Schulterblattes und innere Verletzungen davongetragen hatte.

Russisches Fleisch wurde in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag Einbruch in einen Laden der Konsumgenossenschaft in der Torstr. 2a gestohlen. Durch einen Dieb wurden die entfallenden Spitzhaken mit Hilfe eines Schuhmanns erwischt und nach der Polizeiwache gebracht.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranfaßt auch in diesem Jahre hygienische Vorträge, die nachstehend aufgeführt sind. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist für jedermann unentgeltlich.

Am Montag, den 3. Februar, spricht im Bürgeraal des Berliner Rathauses Herr Geheimrat Medizinalrat Professor Dr. Brieger über das Thema: Das Wasserheilverfahren (Hydrotherapie).

Am Donnerstag, den 6. Februar, sprechen in den nachbenannten Gemeindeschulen über das Thema: „Alkohol und Gesundheit“ Herr Dr. Wegscheider in der Gemeindeschule Rigauer Straße 81/82; Herr Sanitätsrat Dr. Hesse in der Gemeindeschule Waldenstraße 25/26; Herr Dr. A. Gröschel in der Gemeindeschule Eberswalder Straße 10; Herr Dr. Chajes in der Gemeindeschule Salitzer Straße 55.

Am Freitag, den 7. Februar, sprechen über das Thema: „Krankheitsbilder“ Herr Dr. A. Mendel in der Gemeindeschule Lützner Straße 4/5; Herr Dr. Kronsohn in der Gemeindeschule Panstraße 17; Herr Dr. E. Fröhlich in der Gemeindeschule Baustadtstraße 5; Herr Dr. W. Plehner in der Gemeindeschule Pergamonstraße 25/26 an Karnevalsabend.

In Borschagen-Kummelsburg in der neuen Schule in der Marktstraße spricht am Dienstag, den 4. Februar, Herr Dr. P. Frey über das Thema: „Schulentscheidung und Berufswahl“.

In Charlottenburg in der 12. Gemeindeschule, Sophie-Charlottenstraße 60/70, spricht am Mittwoch, den 5. Februar, Herr Dr. P. Bollad über das Thema: „Hygiene des Auges“.

In Friedenau, im Gymnasium am Marktplatz, spricht am Montag, den 3. Februar, Herr Dr. M. Wittenzweig über das Thema: „Psychiatrie medizinischer und juristischer Art“.

In Lichtenberg in der Gemeindeschule, Kronprinzstraße 10, spricht am Donnerstag, den 6. Februar, Herr Dr. M. Halle über das Thema: „Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten“.

In Neutölln in der 9./10. Gemeindeschule, Kaiser-Friedrich-Straße 4 am Hermannplatz, spricht am Freitag, den 7. Februar, Herr Dr. Schönfeld über das Thema: „Hals- und Nasenkrankheiten und deren Verhütung“.

In Pantow in der 2. Gemeindeschule, Grunowstraße, spricht am Donnerstag, den 6. Februar, Herr Dr. S. J. Wolff über das Thema: „Hygiene von Hals, Nase und Ohr“.

In Reinickendorf-Ost in der 3. Gemeindeschule, Lette-Allee 28/27, spricht am Mittwoch, den 5. Februar, Herr Dr. Erzliher über das Thema: „Schul- und Pflege des Auges“.

In Reinickendorf-West in der 5. Gemeindeschule, Augusta-Bistoria-Allee 37, spricht am Donnerstag, den 6. Februar, Herr Dr. O. Kaiserlin über das Thema: „Wasserheilverfahren“ (Hydrotherapie).

In Schöneberg in der 10./11. Gemeindeschule, Feurigstraße 61/62, spricht am Dienstag, den 4. Februar, Herr Dr. W. Joseph über das Thema: „Moderne Behandlung der Magen- und Darmleidenden“.

In Steglitz in der Gemeindeschule, Plantagenstr. 8/9, spricht am Mittwoch, den 5. Februar, Herr Sanitätsrat Dr. J. Dorn über das Thema: „Hygienische Maßnahmen bei Herzstörungen“.

In Weiskensee in der Gemeindeschule, Langhansstr. 120, spricht am Freitag, den 7. Februar, Herr Dr. v. Aulowsky über das Thema: „Hernien, Verdauung und Ernährung“.

Sämtliche Vorträge beginnen pünktlich um 8 Uhr abends.

Feuer in der Kaserne der Pionier-Versuchskompanie. In der letzten Nacht wurde ein Löschzug der Berliner Feuerwehr nach der Kaserne der Pionier-Versuchskompanie in der Köpenicker Str. 186 gerufen, weil dort in einem Bureauraum Feuer ausgebrochen war. Es brannte der Fußboden, die Balkenlage und eine Telefonzelle. Unter Benutzung einer Schlauchleitung konnte die Gefahr in kurzer Zeit beseitigt werden. Wodurch der Brand entstanden ist, steht noch nicht fest. Fast gleichzeitig folgte ein Feueralarm nach der Wangenstraße. Als der zuständige Löschzug an dem dortigen öffentlichen Feuerwehler eintraf, stellte sich heraus, daß der Wehler böswillig gezogen worden war. Der Unzufällige konnte nicht ermittelt werden.

Vermißt wird seit dem 26. Dezember v. J. die unberechelte Verkäuferin Frida Remad, 30. Juni 1893 Berlin geboren, Steinwegstraße 38 bei den Eltern wohnhaft gewesen. Dieselbe ist mittelgroß, schlank, hat dunkelblondes Haar, schmales, längliches Gesicht, blaue Augen und war bei ihrem Fortgange mit schwarzem Blüschhut mit Reibefedern, braunem Mäntel, Kerpelsträger, weißer Bluse, grauem Rock, silbernem Gürtel, gez. S. und weißer Wäsche gez. P. N. besetzt und trug Korallenohrringe. Die Vermißte, die schon oftmals Selbstmordgedanken geäußert hat, hat auch an dem Tage ihres Verschwindens zu ihrem Bräutigam, von dem sie sich gegen 2 Uhr nachts in der Nähe des Kottbuser Tors getrennt hat, geäußert, daß sie sich das Leben nehmen würde. Alle bisher nach dem Verbleib der Vermißten angelegten Nachforschungen waren ohne Erfolg, auch ist die Leiche einer Frauensperson, die mit der Vermißten identisch sein könnte, nicht aufgefunden worden; es wird daher vermutet, daß sich dieselbe verbrannt hält oder verborgen gehalten wird. Zweckdienliche Angaben, die zur Ermittlung der Vermißten führen könnten, nimmt die Kriminalpolizei, Zimmer 400, sowie jedes Polizeirevier zu Nr. 4593 IV. 30, 12 entgegen.

Der Müggelsee ist für die Benutzung frei gegeben worden.

Verloren hat ein Hausdiener am 30. Januar auf dem Wege von Linienstr. 214 bis Rosenhaller Tor, von da mit dem Omnibus 44 bis Dranienburger Tor, dann zu Fuß bis Chauffeeer. 9, einen kleinen Karton mit Adresse Dr. Joseph Eslein, Prag. Inhalt: 88 kleine weiße Metallknöpfe, die für andere wertlos sind. Der ehrliche Finder wird gebeten, da der Verlierer ertragslos, den Verlust abzugeben bei Rühlung, Anklamer Str. 48, Hof 1.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Vorarbeiten zur Errichtung einer Badeanstalt im Norden von Charlottenburg sollen demnächst in Angriff genommen werden. Nachdem sich die Stadtverordneten gelegentlich der Beratung einer Magistratsvorlage betr. Errichtung einer Badeanstalt in der Kürnberger Straße für eine solche im Norden der Stadt ausgesprochen haben, hat auch die Deputation für Gesundheitspflege sich grundsätzlich mit der Weiterverfolgung des Plans einverstanden erklärt.

Schmargendorf.

Die durch den Tod des Vertreters der dritten Abteilung Dr. Nathan notwendig werdende Ersatzwahl zur Gemeindevertretung ist immer noch nicht ausgefallen. Schon vor Weihnachten hatte das aus Vertretern diverser hiesiger Vereine zusammengesetzte „Bürgerliche Wahlkomitee“ eine lebhafteste Agitation für seinen Kandidaten, den Fabrikbesitzer Konard entfaltete. Aber unser über die Grenzen Schmargendorfs berühmtes Gemeindegewerbe hat offenbar keine Eile, die Opposition gegen sich zu verschärfen. Kirzlich hatten sieben bürgerliche Vertreter die Sitzung der Gemeindevertretung verlassen, sie befinden sich im Konflikt mit dem Herrn Bürgermeister Bischoff. Sozialdemokraten gehören der Gemeindevertretung nicht an. Die Wähler wissen noch nicht einmal, ob ein Hausbesitzer- oder Mietervertreter bei der bevorstehenden Ersatzwahl zu wählen ist. Wie trotz alledem gerade in unserem vornehmen Orte das Dreiklassenwahlrecht zur Gemeindevahl wirkt, möge man aus nachfolgender Tabelle ersehen.

Von den 1782 Wahlberechtigten der diesjährigen Wählerliste entfallen auf die

I. Klasse	8 Wähler	= 0,5 Proz.
II. „	118 „	= 6,6 „
III. „	1656 „	= 92,9 „

Die Steuerleistung der einzelnen Abteilungen ist die folgende:

	Höchstes Steuerbetrag	Niedrigster Steuerbetrag
I. Klasse	85 769,88	7528,60
II. „	7 049,12	851,58
III. „	842,60	3,60

Also, um „Wähler“ der ersten Klasse zu sein, muß man hier mindestens 7528,60 R. Steuern zahlen, während man mit 842,60 R. Steuerleistung noch zu den dreiklassigen Leuten gehört. Dafür wiegt 1 erstklassiger Wähler 15 zweiklassige auf, und 207 dreiklassige Wähler sind erforderlich, um den Einfluß eines einzigen erstklassigen „Wählers“ zu erreichen!

Die hiesigen Parteigenossen wollen in einer am 5. Februar im „Waldlaten“ stattfindenden Versammlung u. a. Stellung zu dieser Gemeindevahl nehmen. Und es wäre eine dringende Pflicht jedes der so schmählich durch die Dreiklassenwahl entrechteten Arbeiter, Angestellten und kleinen Geschäftsinhaber, sich dem Protest der organisierten Arbeiter anzuschließen.

Tempelhof.

Zum Kreistagsabgeordneten wurde in der Gemeindevertretung an Stelle des verstorbenen Amts- und Gemeindevorstehers Ruffschel der neue Gemeindevorsteher Wielener gewählt. Auch bei dieser Wahl zeigte es sich, daß die bürgerlichen Vertreter nicht geschloffen hinter ihm stehen.

Hierauf wurde der Erlaß eines Ortsstatuts für die am 1. April 1913 zu errichtende Pflichtfortbildungsschule beschlossen. Danach sind alle männlichen Lehrlinge, Gehilfen, Gesellen und ungelerneten Arbeiter verpflichtet, bis zum vollendeten 17. Lebensjahre die Schule zu besuchen, welche Frist in gewissen Fällen (späterer Eintritt zur Lehre) bis zum 18. Lebensjahre ausgedehnt werden kann. Auch soll ein freiwilliger Besuch gestattet sein. Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten, auch Reichsangehörigen die Verpflichtung des Besuchs aufzuerlegen, wurde abgelehnt mit der Begründung, daß man sich nicht verpflichtet fühle, diesen Leuten Erziehung und Bildung bezuzugieren. Das 6 R. betragende Schulgeld pro Jahr hat der Arbeitgeber zu tragen, die Lehrmittel hat der Schüler mitzubringen. Die von Genossen Schmidt beantragte Abwälzung des Schulgeldes auf die Gemeinde und Lehrmittelfreiheit wurde abgelehnt. Es kommen zunächst etwa 550 Schüler in Betracht, die in verwandten Berufen zusammen unterrichtet werden sollen. Ungelernte Arbeiter erhalten besonderen Unterricht. Dieser soll verschieden erteilt, nicht aber bis über 8 Uhr abends ausgedehnt werden. Aus den Strofen sei erwähnenswert, daß die Schuldeputation bis zu 6 Stunden kurzer Vorkurs, welche Zeit von unseren Genossen als auch von ärztlicher Seite als eine zu hohe Strafe betrachtet und auf 4 Stunden ermäßigt wurde. Genosse Franz rief treffend dazwischen, daß sich diese Stunden vielleicht des Sonntags in der Kirchzeit verschaffen lassen. — Eine längere Debatte rief die Platzfrage für das im Park zu errichtende Aborthäuschen nebst Schuphalle hervor. Während Schöffe Jung sich für die Hausbesitzer wegen dieses „schweren Schloßes“ ins Zeug legte, wollte Genosse Schmidt dieses Häuschen getrennt von der Schuphalle in die Nähe der Verlauer Straße und die Schuphalle in die Mitte des Parks gelegt wissen. Nachdem man über die üblichen Gerüche debattiert und erwähnt hatte, daß ja nur Hinterwohnungen in Betracht kämen, wurde beschlossen, die Halle am sogenannten Spielplatz der Kinder (in Billigkeit ist es ein Schmutzplatz) an der Parkstraße zu errichten. Wenn die Parkkommission sich einmal einen Spielplatz für Kinder ansehen will, dann kann sie sich in den Höfen der in der Nähe liegenden Baugenossenschaft ein Stellchen geben. Hauptsächlich erinnert sich im Frühjahr diese Kommission ihrer Nachlässigkeit. Im Osten Tempelhoofs befinden sich 180 Schulkinder, welche die Schulen in Neutölln besuchen. Neutölln verlangte bisher für jedes Kind 60 R. Schulgeld, jetzt erhöht es diese Summe auf 72 R. Zwar hat eine Benachteiligung des Ortsteils noch nicht stattgefunden; es sei aber, meinte Genosse Schmidt, an der

Zeit, jetzt schon Sorge zu tragen, dort Räume für Schulzwecke zu mieten. Die Mehrforderung müßte bewilligt werden. Für häusliche Veränderungen im Antshause, Dorfstraße 42, wurden 6300 R. bewilligt. Der jetzige Stützungsraum der Gemeindevertretung soll zu Kassenzwecken und die dem verstorbenen Gemeindevorsteher innegehabte Privatwohnung nebst angrenzenden Räumen zum Sitzungssaal umgebaut werden, der auch bei einer Vermehrung der Vertreterzahl (und hoffentlich auch der Presse und den Zuhörern) mehr Raum bietet. — Mit der Befolgung des anzuwendenden Statuts wurde gefaßt wie in einer Trödelbude. Vier Anträge wurden gestellt; davon gelangte derjenige zur Annahme, welcher für den stellvertretenden Amts- und Gemeindevorsteher ein Gehalt von 6500 R. mit einer Steigerung von drei zu drei Jahren um 500 R. bis zum Endgehalt von 8000 R. vorsieht. Der neue Herr steht sich anfangs schlechter als seine ihm untergeordneten Beamten! Bei dieser Angelegenheit kam es übrigens zu einer kleinen Differenz zwischen Dr. Schmidt und dem Vorsteher, der diese aber gelächelt zu überbrücken vermochte. — Von der Errichtung einer Landkrankenpflege für den Gemeindebezirk Tempelhof sah die Vertretung ab. Die Kasse sei wegen der in Frage kommenden 688 Dienstmädchen nicht lebensfähig. Wenn auch zugegeben werde, daß durch die weitere Bebauung des Feldes ein beträchtlicher Zuwachs zu erwarten sei, so sei es doch wahrscheinlich, daß viele Herrschaften wegen des zu zahlenden Straßengeldes ihre Mädchen entlassen und sich mit Aufwartefrauen besäßen. So sagte der nationalliberale Dr. med. Richter, der seine Pappenheimer zu kennen scheint. Lediglich sei es doch unangenehm, wenn ein Dienstmädchen erkrankte und in ihrer Kabine gepflegt werden müßte; lassen doch selbst in modern angelegten Häusern die Räume für die Dienstmädchen sehr viel zu wünschen übrig. Von der Errichtung einer Allgemeinen Ortskrankenpflege wurde ebenfalls Abstand genommen, da die bestehende Ortskrankenpflege getregelt Kassenverhältnisse besitzt, die Leitung eine durchaus gute ist und von der Aufsichtsbehörde keinerlei Bedenken vorliegen. Diefelbe soll nunmehr gemäß der Reichsversicherungsordnung zu einer Allgemeinen Ortskrankenpflege für Tempelhof ausgebaut werden. Danach haben die Audstellungen, die gegen die Kasse in einem hiesigen Verein gemacht wurden, ihre Wirkung verfehlt.

Grünau.

Aus der Gemeindevorsteherwahl. Der Steuerbedarf für das Rechnungsjahr 1913 wurde wie folgt festgelegt: 110 Proz. Gemeindecinkommenssteuer, 0,33 Proz. Gemeindegroßsteuer, 197 Proz. Zuschlag zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer der Klassen I und II und 144 Proz. der Klassen III und IV. Der Tarif für herzustellende Hausanschlüsse an die Straßenleitung der Kanalisation beträgt wie im Vorjahr 80 R. pro Anschluß. Die Kanalisationsgebühren wurden von 27 Proz. im Vorjahr auf 2,4 Proz. ermäßigt. Die Kosten der Regulierung und Pflanzung der Kurfürstentrasse, welche 20 416 R. betragen, sollen zu zwei Dritteln von den Anliegern aufgebracht werden. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich bei der Beratung des Ortsstatuts über die Befreiung der Fußwege von Schnee und Eis. Die Vertretung, die außer unserem Genossen nur aus Hausbesitzern besteht, beschloß mit 7 gegen 3 Stimmen, eine Verpflichtung hierzu den Hausbesitzern nicht aufzuerlegen. Für die Privatschule, die bereits mehrfach Gegenstand öffentlicher Kritik war, wurden außer dem diesjährigen Zuschuß von 500 R. 1120 R. nachgefordert. Der Zuschuß beträgt pro Kind circa 100 R. Genosse Rißner wendete sich nicht nur gegen diese Nachforderung, sondern bemängelte, daß da der Zuschuß auch voraussichtlich in diesem Rechnungsjahr nicht geringer sein wird, nicht der volle Betrag mit 5000 R. eingezahlt ist. Der Uneingeweihte könne dadurch leicht zu falschen Schlüssen kommen. Eine derartige Schule sei ein Krebsgeschwür für die Gemeinde, und es bestehe die Gefahr, daß dieselbe in späterer Zeit gänzlich von der Gemeinde übernommen wird. Die anderen Vertreter verpflichteten ohne erhebliche Debatte den geforderten Betrag. Die Beleuchtungskommission wurde beauftragt, der mangelhaften Beleuchtung des Schulweges, welcher namentlich in den Morgenstunden viel von Arbeitern benutzt wird, abzuhelfen, ebenso sollen die auf dem genannten Wege befindlichen Stüben, die eine ständige Gefahr bilden, beseitigt werden. Auf eine Anfrage unseres Genossen wurde festgestellt, daß für unentgeltliche Lieferung von Vermitteln an Kinder unbemittelter Eltern im Durchschnitt in den letzten drei Jahren 75 R. pro Jahr verausgabt sind. Die Schule zählt jetzt 450 Kinder.

Nieder-Schönweide.

In einer gut besuchten öffentlichen Wählerversammlung im Wirtshaus „Koreley“ referierte Landtagsabgeordneter Genosse Ströbel. In scharfen Umrissen entwarf der Redner ein Bild der preussischen Zustände. Bei der Charakterisierung des elenden Dreiklassenwahlrechts kennzeichnete er das verächtliche Verhalten des Zentrums aus Anlaß der Wahlrechtsvorlage. Auch die von den Fortschrittlichen eingenommene Haltung gegenüber den Stichwahlbedingungen der Sozialdemokratie unterzog Ströbel einer treffenden Kritik. Der Vortrag fand starken Beifall. Nach kurzer Diskussion teilte Genosse Diezener auf Grund der Urwahlscheine mit, daß im ersten Bezirk ein Wähler der ersten Klasse vorhanden sei, der 54 000 R. Steuern entrichte, die zweite Klasse weist 43 Wähler auf mit einem Steuerlay von 2095 R. bis 236 R., in der dritten Klasse befinden sich 492 Wähler. Nicht besser sei das Verhältnis im zweiten Bezirk. Mit der Aufforderung an die Versammelten, im bevorstehenden Wahlkampf zur Landtagsersatzwahl nach Möglichkeit ihre Pflicht zu erfüllen, wurde die Versammlung geschlossen.

Weiskensee.

Kinematographensteuer in Sicht. Den Ruhm, unseren Ort von der Kinosteuer befreit zu sehen, will die Gemeindeverwaltung nicht auf sich nehmen. Nach einem Beschluß der Finanzkommission sollen Erhebungen vorgenommen werden, wie man am besten die Steuer in Anwendung bringt. Die Kinobesitzer zahlen jetzt schon eine monatliche Lustbarkeitssteuer von 15 R. Lediglich um den Kinderbesuch in den Kinos einzuschränken, soll eine solche Steuer eingeführt werden. Daß die Kinos hier zum großen Teil nur von der ärmeren Bevölkerung besucht werden und gerade sie mit weiteren Lasten bedroht werden soll, scheint bis jetzt den Herren der Finanzkommission noch nicht eingeleuchtet zu haben.

Die Renovation des Oberbrandmeisters hatte, wie uns geschrieben wird, vor einigen Tagen eine Versammlung der freiwilligen Feuerwehr vorzunehmen. Wie es hieß, sollte der bisherige Inhaber dieses Postens, der ehemalige Schöffe Herr Rathmann, nicht wieder damit betraut werden. Zunächst war eine Änderung des Statuts erforderlich. Während bisher das Statut vorsah, daß der Oberbrandmeister Mitglied des Gemeindevorstandes sein muß, sollte nunmehr der dem Vorstände angehörende Brandinspektor vom Amtsvorsteher ernannt werden. In der betreffenden Feuerweherversammlung erklärte als Leiter des Wahlausschusses der Amtsvorsteher, Bürgermeister Dr. Wolff. Nunmehr wählten die vorher angeblich unzufriedenen draben Feuerwehrleute — meistens Gemeindevorsteher — trotzdem sie einen auf einen anderen Kandidaten lautenden Stimmzettel in der Tasche hatten, ihren alten Oberbrandmeister wieder. Ob sie damit recht hatten, diese Frage wird verschiedentlich beantwortet. Hier und da heißt es, daß der Herr Oberbrandmeister sich bisher nur bei einer großen Sache fehen ließ oder wenn es galt, die Uniform zur Schau zu tragen. — Nach obiger Darstellung gewinnt es den Anschein, als ob die Feuerwehrleute unter dem Druck ihres Vorgesetzten einen Oberbrandmeister gewählt hätten, der eigentlich nicht nach ihrem Wunsch ist.

Sitzungsstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Schöneberg. Montag, den 3. Februar, nachmittags 6 Uhr, im Rathhausgebäude. Tagesordnung u. a.: Antrag des Stadtvorstandes Bäumler und Genossen betr. die Vereinfachung Berlins mit den Vororten. Beschaffung von inländischem Fleisch. Charlottenburg. Mittwoch, den 5. Februar, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewerkschaft ist es recht, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: *Reclara*. Montag: *Trifan und Helde* (Anfang 7 Uhr). Dienstag: *Reclara*. Mittwoch: *Alba*. Donnerstag: *Reclara*. Freitag: *Manon*. Sonnabend: *Der Rosenkavalier*. Sonntag: *Voland* (Anfang 7 Uhr). Montag: *Reclara*. (Anfang 7 1/2 Uhr).

Königl. Schauspielhaus. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Madonnen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Der Kustantheim*. Donnerstag: *Die glückliche Hand*. Freitag: *Reclara*. Sonnabend: *Don Carlos* (Anfang 7 Uhr). Sonntag: *Der große König*. Montag: *Die Fieschen*. (Anfang 7 1/2 Uhr).

Deutsches Opernhaus. Sonntag: *Figaros Hochzeit*. Montag: *Figaros Hochzeit*. Dienstag: *Eugen Onegin*. Mittwoch: *Figaros Hochzeit*. Donnerstag: *Der Waffenschmied*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Der Waffenschmied*. Sonntag: *Der Waffenschmied*. Montag: *Der Waffenschmied*. (Anfang 8 Uhr).

Deutsches Theater. Sonntag: *Römisches Volk*. Montag: *Römisches Volk*. Dienstag: *Der blaue Vogel*. Mittwoch: *Römisches Volk*. Donnerstag: *Der blaue Vogel*. Freitag: *Der lebende Leichnam*. (Anfang 7 Uhr). Sonnabend: *Der blaue Vogel*. Sonntag: *Der lebende Leichnam*. Montag: *Römisches Volk*. (Anfang 7 1/2 Uhr).

Kammertheater. Sonntag: *Schöne Frauen*. Montag: *Rein Freund*. Dienstag: *Rein Freund*. Mittwoch: *Schöne Frauen*. Donnerstag: *Rein Freund*. Freitag: *Schöne Frauen*. Sonnabend: *Schöne Frauen*. Sonntag: *Schöne Frauen*. (Anfang 8 Uhr).

Reisinger Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Kleines Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Schiller-Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Theater in der Königgräber Straße. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Trianon-Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Neues Volkstheater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Thalia-Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Variététheater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Komödienhaus. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Neudenz-Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Deutsches Schauspielhaus. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Cafino-Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Montis Cyrenen-Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Theater am Rosendorfer Platz. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Kurfürsten-Oper. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Stalla maris. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Reise-Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Reise-Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Herrfeld-Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Krausa-Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Admiralpalast. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Reichshallen-Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Jurks Witz. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Kirchhof-Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Metropol-Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Königstadt-Kaffee. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Vasage-Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Theater Groß-Berlin. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Wintergarten. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Wolke-Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Polier-Caprice. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Waldhalla-Theater. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg. Sonntag: *Die Fieschen*. Montag: *Die Fieschen*. Dienstag: *Die Fieschen*. Mittwoch: *Die Fieschen*. Donnerstag: *Die Fieschen*. Freitag: *Die Fieschen*. Sonnabend: *Die Fieschen*. Sonntag: *Die Fieschen*. (Anfang 8 Uhr).

dem Erlaß des Regenten nachzukommen. — **G. 2. 1.** 1. Nach Sie dem Gericht eine gerichtliche Mitteilung. 2. Ja, sofern Ihr Sohn das 14. Lebensjahr vollendet hat. — **G. 2. 18.** Ihre Fragen sind unverständlich. — **M. 6. 1913.** Sie stellen anheim, uns die auf den Fall Bezug habenden Schriftstücke, insbesondere das amtliche Urteil einzuwenden. Demnachst werden wir Ihre Fragen beantworten. — **Nr. 100.** Der Apotheker soll 50 Jahre alt sein und darf keine ethischen Abweichungen haben. Von der Vorsicht des Alters kann durch den Justizminister Befreiung bewilligt werden. — **316. 7.** 1. 20 M. Anmeldegebühr und 30 M. Erteilungsgebühr. 2. Ja. 3. Abrechnung findet nicht statt. 4. Kann nur ein Chemiker beantworten. 5. Die haren Auslagen sind zu erlassen. — **G. 2. 33.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie noch an, wie hoch der Wert der Geschäfte und derjenige der Wohnräume ist. — **N. 2. 1.** Sie sind zur Annahme verpflichtet. Eine Weigerung der Annahme macht die Zustellung nicht unwirksam. 2. Vorläufig müssen Sie die Rechte einhalten, wenn bis zum 21. 2. 13 ein Pfändungs- und Liebereuerungsbeschluß folgt, sind Sie verpflichtet, an den Gläubiger Brennwärme zu zahlen. Wird bis zu dem Zeitpunkt ein solcher Beschluß nicht angesetzt, können Sie wiederum an den Vermieter zahlen. 3. Ja. — **Streitfrage 90.** 1. Bei Einkommen von über 3000 M. fordert die Steuerbehörde jedoch bei einem geringeren Einkommen die Selbsterschätzung, so ist der Steuerpflichtige zur Abgabe derselben verpflichtet. 2. u. 3. Ja. 4. Nein. — **N. 6. 30.** U. E. ja, da ein Bericht nicht vorliegt. — **23. 06. 07.** Es liegt Verjährung vor, sofern nicht die im Gesetz vorgesehenen erschwerenden Momente vorliegen, welche die Straftat als Verbrechen kennzeichnen. — **G. 2. 6.** Wenn die Ehe wegen des Verfalls geschieden ist, so steht der Wiedererhehung das gesetzliche Eherecht entgegen. Hieron kann durch den Justizminister Befreiung bewilligt werden. Der Antrag ist an das Landgericht zu richten. — **N. 103.** In 2 Jahren, beginnend mit Ende des Kalenderjahres, in dem die Forderung entstanden ist. — **N. 2. 97.** Wiederholen Sie die Anfrage und geben Sie noch an, wann die Ehe geschlossen und wo der erste Ehepartner gemein ist. — **C. 2. 78.** Sie halten Sie nicht für zahlungspflichtig. Schildern Sie Ihre Verhältnisse dem Kreisamt. — **M. 2. 7.** Nein

Witterungsübericht vom 1. Februar 1913.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C
Strehlen	757	SW	0	0	Saparanka	750	7	6	-9
Hamburg	756	SW	3	bedeckt	Petersburg	754	3	bedeckt	5
Berlin	759	SW	1	bedeckt	Wien	761	6	bedeckt	1
Kranf. a. N.	763	SW	3	bedeckt					
München	766	SW	2	bedeckt					
Wien	768	SW	2	bedeckt					

Wetterprognose für Sonntag, den 2. Februar 1913.
Zunächst stiller, wieder etwas kälter bei ziemlich lebhaften westlichen Winden; nachher neue Erwärmung, Trübung und geringe Niederschläge.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 31. 1.	am 30. 1.	Wasserstand	am 31. 1.	am 30. 1.
Memel, Mühl.	248 ¹⁾	+6	Saale, Großh.	162 ²⁾	-25
Bregel, Ankerburg	-1 ¹⁾	+2	Havel, Spandau ³⁾	85 ⁴⁾	-3
Weiße Elster, Thorn	172	-17	Havel, Rathenow ⁵⁾	50 ⁶⁾	-26
Oder, Rathor	100 ⁷⁾	-9	Spree, Spremberg ⁸⁾	84	-2
„ „ Krossen	128 ⁷⁾	-5	„ „ Beeslow	86 ⁷⁾	+10
„ „ Frankfurt	138 ⁷⁾	-9	„ „ Ribben	253 ⁷⁾	-9
„ „ Scharf	—	—	„ „ Ribben	380	-31
„ „ Landsberg	44 ⁷⁾	+10	Rhein, Maximiliansau	424	-10
„ „ Borsdamm	20 ⁷⁾	-6	„ „ Raub	312	-27
„ „ Elbe, Reitmeritz	19	-38	„ „ Rün	389	-32
„ „ Dresden	-78 ⁷⁾	-40	„ „ Redar, Heilbronn	160	-13
„ „ Borsb.	273 ⁷⁾	-16	„ „ Rain, Jannau	267	-26
„ „ Rabeburg	314 ⁷⁾	-32	„ „ Rain, Trier	301	+11

1) + bedeutet Hoch, — Fall. — 2) Unterpegel. — 3) Eislauf. — 4) Oberhalb der Stadt. — 5) Treibeis. — 6) Oberhalb der Brücke. — 7) Grundbeisteben.

Briefkasten der Redaktion.

Die schriftliche Sperrkarte findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Suchzettel und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentwärtung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sperrkarte vor.

S. M. 2. 1. und 3. Ein Recht, sofort zu räumen, steht Ihnen nur dann zu, wenn die Räume unbewohnbar geworden sind. Die Renovierung müssen Sie dulden, selbst wenn die Ausführung der Arbeit für Sie lächerlich ist. 2. Das ist nicht notwendig, es genügt, wenn Sie für den Prozeßfall Ihre Darstellung beweisen können. Wir halten es aber für zweckmäßig,

H. Hahn

Gegr. Alexanderplatz 1825 Landsberger Straße 60-63

Kompl. Ausstattungen für Konfirmanden
Wäsche, Strümpfe, Handschuhe, Krawatten, Kragen, Hüte

Muster nach Ausserhalb portofrei

Für die Einsegnung

Verlangen Sie Muster

Schwarze Kleiderstoffe

Reinwollene Popeline ca. 110 cm breit. Meter M. 3.00 2.40 2.15 1.50

Reinwollene Serge bewährte Qualitäten, ca. 110 cm breit. Meter M. 3.00 2.30 2.00 1.70

Alpaka- und Mohair-Stoffe elegante glanzreiche Ware, ca. 115 cm breit. Meter M. 3.00 2.40 2.00 1.60

Voile und Marquissette reine Wolle, die grosse Mode, ca. 110 cm breit, Meter M. 3.70 2.85 2.25 2.00

Eolienne glatt und modern gemustert ca. 110 cm breit. Meter M. 5.80 4.50 3.75 3.30

in Voile und Eolienne mit den entzückendsten Geweben und gestickten Bordüren Meter M. 5.50 4.50 3.60

Fertige Kleider u. Paletots

Einsegnungs-Kleider schwarz und weiss aus besten reinwoll. Serge, Popeline, Voile u. pa. Körper-Samt, mod. Fassons, reich garniert M. 36.00 28.00 24.00 19.50

Prüfungs-Kleider in allen modernen Farben, entzückende garnierte Fassons in Voile, Popeline, Serge. M. 32.00 28.00 19.50 16.50

Backfisch-Paletots in marine Kammgarn und Stoffen englischer Art, moderne Melangen, nur neueste schicke Fassons M. 29.00 22.00 16.00 12.50

Prüfungs-Kleiderstoffe

Farbige Popeline reine Wolle, grosse Sortimente, moderner Farben wie leder, bleu, reseda etc., ca. 110 cm breit, Mtr. M. 2.40 2.15 1.50

Reinwollene Serge aparte neue Farben, ca. 110 cm breit Meter M. 2.50 2.25 1.75

Whipcord und Diagonal sehr moderne Bindungen in grosser Farben-Auswahl ca. 110 cm breit, Meter M. 2.85 2.00 1.70

Modern. Phantasiekleiderstoffe aparte Streifen, Brochés etc., in wundervollen Farben u. Melangen, M. 2.00 1.80 1.25

Couleurte Voiles klare reine Qualitäten in marine leder, bleu, reseda u. allen modernen Farben, ca. 110 cm breit, Mtr. M. 3.70 2.85 2.00

Elfenbeinfarb. reinwoll. Kammgarnstoffe in allen Arten und Preislagen zu ausserordentlich niedrigen Preisen

Konfirmanden-Anzüge

Jackett-Anzüge aus schwarz. Kammgarn oder Cheviotstoffen, in solider moderner Ausführung, 1- u. 2-reihig, M. 34.00 26.50 19.50

Jackett-Anzüge aus dunkelblauem Cheviot oder Twill, schick und bester Verarbeitung, 1- und 2-reihig M. 42.00 26.50 19.50

Smoking-Anzüge aus prima Kammgarn-Stoffen, mit seidener Schal, erstklassige Arbeit M. 48.00

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Zahlstelle der Freien Volksbühne No. 63.

Im Saison-Ausverkauf zu bedeutend ermäßigten Preisen

Woll-Blusen verzierte und glatte Hemdformen.
Früherer Preis bis 12.50 17.50 25.00
jetzt **6⁰⁰ 8⁰⁰ 10⁰⁰**

Halbfert. Schweizer Stickerei-Kleider
sonst 16.50 29.00 34.00 42.00
jetzt **11⁰⁰ 19⁵⁰ 23⁰⁰ 28⁰⁰**

Einzelne Musterstücke:

Erstlingswäsche

Hemdchen, Jäckchen, Häubchen, Mützchen, Lätzchen, Ueberzieh-Jäckchen, Tragkleidchen, Taufkleidchen, Unterkleidchen, Steckkissen, Wagendecken, Wagenkissen-Bezüge.

Kinderwäsche

Taghemden, Beinkleider, Nachthemden, Unterröckchen.

Für Damen

Morgenröcke, Morgenjacken (Wolle und Batist), Stickerei- und Spitzen-Unterröcke, Prinzess-Röcke, Kämm-Mäntel

1/3 unter Preis

Woll-Unterröcke schöne Ausführungen.
Früherer Preis bis 8.75 15.50 22.00
jetzt **4⁰⁰ 7⁵⁰ 10⁰⁰**

Waschbarer Blusenflanell
($\frac{1}{2}$ Wolle) helle und bedeckte Streifenmuster, Breite 78 cm sonst Meter 1.90 jetzt **1⁴⁰**

Hausschürzen
Blusenform und Miederform, aus farbigem Satin und Gingham jetzt **1²⁵ bis 1⁷⁵**

Reinwollener Musselin
In schönen hellen u. bedeckten Mustern Br. 78 cm, sonst Mtr. 1.40 bis 2.00 jetzt **90 Pf. bis 1⁵⁰**

Farbige wollene **Herren-Trikot-Garnituren** und wollene farbige Socken, teilweise für die Hälfte des bisherigen Preises.

Reinwollene Directoire-Beinkleider
Im Schritt verstärkt, in schwarz, grau und lila **3⁰⁰**

Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberei

F. V. Grünfeld

Größtes Leinen- und Wäschehaus

Berlin W, Leipziger Straße 20-21.



Zähne 1.80

pro Stück (mit Kautschukplatte einberechnet)
Fast gänzlich schmerzloses Zahnziehen

(in örtlicher Betäubung) pro **Zahn 1 M.**

Plomben billigst! Reparaturen sofort!

Reform

Zahn-Praxis Karl Rudolph
1. Prax.: Eleasser Str. 17/18.
2. Oranienstr. 61.
3. Charlottenburg.
4. Wilmersdorfer Str. 117.
5. Lichtenberg, Frankfurter Allee 169.
6. Potsdam, Charlottenstr. 86.

Teilzahlungen zugelassen! Verlangen Sie kostenlosen Besuch eines Vertreters!

Techn. Kurse
Berlin: Reanderstraße 3 und Rathenower Str. 3.
Hochbau, Tiefbau, Maschinenbau, Elektrotechnik, Regl. Messt., Baumw. u. D.
Dr. Werner, Inhaber.
Vorpelle frei.



Zähne, Plomben, beste Ausführung, billigste Preise.
Gegr. 1889.
Invalidenstr. 145. II.
Olga Jacobson,

Masken-Garderobe
Willi Ernst, Köpenicker Straße 55b, I. Amt Bpl. 14089.
Gr. Auswahl! Bill. Preise! Vorzeiger dieser Annonce erhält 10 Proz. Preisermäßigung.

Sofortige, täuschend naturgetreue Anfertigung von beweglichen **künstl. Reformaugen** in Gegenwart der Patienten (auch über den erblindeten Augapfel).
L. Müller-Ur, NW. 6, Karlstr. 9
Lieferant der Ortskrankenkassen und Berufsgenossenschaften.



Wenn wir Sie sprechen könnten

würden wir Sie sicher überzeugen, dass Sie direkt aus unserer Fabrik **Herren-Anzug-Stoffe**

Paletot-, Hosen-, Joppen-, Westenstoffe und Damenuewe wirklich billig kaufen und noch andere Vorteile haben. — Stets letzte Neuheiten nur bester, tragfähigster Qualitäten in größter Auswahl

Lehmann & Assmy, Tuchfabrik Spremberg L. Postfach Nr. 142

Verlangen Sie sofort Muster, wir senden dieselben an jedermann franko ohne Kaufzwang.

Brennholz billig Brennholz

Die offerierten Brennholz (Eichen, Buchen, Birken etc.) in bekannter Güte (bei Kehler (Boden 15 Hl. mehr pro Zentner)

8-9 Zentner a R. **1,75** pro Zentner
10-19 **1,70**

Über 20 Zentner bitten wir Spezialofferte einzuholen. Bestellungen telefonisch oder per Karte erbeten.

Holzschneiderei Merkur nur Koken-Schönhausen.

Telephon: Lichtenberg 3111 u. 3012.

Nr. 3021 bezieht nicht mehr.

Inventur-Verkauf!

Pleureusen direkt aus der Fabrik in allen Farben.

No. 1 35 cm lang 1mal geknüpft	jetzt M.	3.50
2 45	1	8.50
3 50	1	9.50
4 55	1	15.-
Tel. Amt	5 60	17.50
Kgst.	6 65	22.50
2006.	7 70	27.50
Strauß	1 50	4.50
federn	1 55	6.50
Straußfedern-Phantasie	10teil.	1.50

Umarbeitung alter Federn zu schönen Pleureusen von M. 3.— an.
Max Seidlitz, Straußfedernfabrik, Kl. Frankfurter Str. 25 I., Ecke Kaiserstraße.
Vorzeiger dieser Annonce erhält 5 Proz. Extra-Rabatt.

Moebel-Boebel

Name ges. gesch.

Gegr. 1879

Berlin S Oranienstraße 58 (Mortizplatz)

Kein Laden! Verkauf im Fabrikgebäude!

Spezialität: Ein- u. Zwei-Zimmer-Einrichtungen

Eigene Werkstätten
9 Etagen!



Wohnzimmer echt Nussbaum furniert M. **268.-**

1 Kleiderspind	M. 33.-	1 Auszugstisch	M. 23.-
4 Stühle à 6.-	M. 24.-	1 Vertiko	M. 64.-
1 Trumeau	M. 36.-	1 Sofa	M. 68.-

Umbau extra M. 50.-
Geöffnet 8 bis 5. Musterbuch gratis.



Schlafzimmer echt Eiche ge-wachst M. **326.-**

1 Spiegelschrank	M. 100.-	1 Nachtspiegel	M. 24.-
2 Bettstellen à 52.-	M. 104.-	2 Nachtsche m. Marmor	M. 40.-
1 Waschkommode mit Marmorplatte	M. 40.-	2 Stühle à 6.-	M. 12.-
5 Jahre Garantie		Umbau extra	M. 60.-

Sonntags 12-2 Uhr

Der Zentralverband der Zimmerer

Wird am Montag in Berlin seine zwanzigste Generalversammlung eröffnen. Wenn auch die Verhandlungen der organisatorischen, agitativen und geschäftlichen Angelegenheit die meiste Zeit des Verbandstages beanspruchen werden, so wird ohne Zweifel die Tarifbewegung das weitgehendste Interesse erregen.

Im 3. Quartal 1912 hätte der Verband die seit seinem Bestehen größte Mitgliederzahl aufzuweisen. In 788 Zahlstellen zählte er 65 102 Mitglieder. Wie im 4. Quartal jedes Jahres, so ist auch im 4. Quartal 1912 wieder ein Rückgang der Mitgliederzahl eingetreten.

Wahen eine beständige Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen. Während das Jahr 1906 mit einer Mitgliederzahl von 29 980 schloß, sehen wir am Ende des Jahres 1911 einen Mitgliederbestand von 59 320, der bis zum Schluß des dritten Quartals 1912 — für das vierte Quartal liegt der Abschluß noch nicht vor — auf 65 102 gestiegen ist.

Gemäß den Vereinbarungen bei Abschluß der Tarifbewegung von 1910 hätten zu Beginn des Jahres 1911 in 475 Zahlstellen mit 52 850 Mitgliedern die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt sein müssen. Das war aber nicht der Fall.

Umfang der Lohnkämpfe im Jahre 1911 bleibt deshalb hinter früheren Jahren zurück. Im Jahre 1911 wurden 115 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung erledigt. Sie umfaßten 528 Orte mit 651 Betrieben und 4066 Zimmerern, von denen 3004 dem Verbandsangehörigen waren.

Insgesamt hat der Verband im Jahre 1911 für 54 187 Mitglieder Lohnerhöhungen durchgesetzt, und zwar pro Stunde 1 Pf. für 6702 Mitglieder, 1 1/2 Pf. für 89 Mitglieder, 2 Pf. für 35 987 Mitglieder, 2 1/2 Pf. für 40 Mitglieder, 3 Pf. für 5346 Mitglieder, 3 1/2 Pf. für 6 Mitglieder, 4 Pf. für 4455 Mitglieder, 4 1/2 Pf. für 123 Mitglieder, 5 Pf. für 1228 Mitglieder, 6 Pf. für 164 Mitglieder, 8 Pf. für 22 Mitglieder.

für 5543 Mitglieder um 1/2 Stunde, für 60 Mitglieder um eine Stunde verläßt. — Die Errungenschaften im Jahre 1912 sind folgende: 54 876 Mitglieder erhielten Lohnerhöhungen, und zwar pro Stunde 1/2 Pf. 8 Mitglieder, 1 Pf. 6301 Mitglieder, 2 Pf. 40 248 Mitglieder, 2 1/2 Pf. 45 Mitglieder, 3 Pf. 6556 Mitglieder, 4 Pf. 942 Mitglieder, 5 Pf. 386 Mitglieder. Die tägliche Arbeitszeit wurde für 1185 Mitglieder um 1/2 Stunde, für 139 Mitglieder um 1 Stunde verläßt.

Die Arbeitslosenunterstützung ist in den beiden Berichtsjahren in hohem Maße in Anspruch genommen worden. Die Ausgaben für diese Unterstützung im Jahre 1912 übersteigen erheblich die in dem schweren Krisenjahr 1909 gemachten Aufwendungen, obgleich die Arbeitslosigkeit 1912 nicht die Höhe von 1909 erreichte. Allerdings fällt ins Gewicht, daß die Generalversammlung 1910 die Unterstützungssätze erhöht hat. Seit ihrer Einführung im Jahre 1906 erforderte die Arbeitslosenunterstützung bis Ende 1912 eine Gesamtausgabe von 2 888 801 M.

orientiert der ausführliche Kostenbericht. Wir ersuchen aus Ihm, daß die Hauptkasse im Jahre 1912 eine Einnahme von 2 331 131 M. hatte. Ausgaben waren unter anderem: für Streiks und Lohnbewegungen 40 125 M., für Unterstützung Gesamterglieder 7387 M., für Rechtschutz 11 135 M., Arbeitslosenunterstützung 671 161 M., Reiseunterstützung 22 336 M., für verbotenes Werkzeug 2672 M.

Aus der Tagesordnung der Generalversammlung und den ihr vorliegenden Anträgen ergibt sich, daß sie eine Reihe wichtiger Arbeiten zu verrichten hat. Daß dieselben im Interesse der Organisation erledigt, und daß sie der weiteren Förderung des Verbandes und seiner Stärkung für den Kampf um die Verbesserung der Lebenslage seiner Mitglieder dienen werden, dafür bürgt die feitherrige Tätigkeit des Zimmererverbandes.

An die verehrten Hausfrauen und Geschäftsleute!

Die Rabattmarken des „Zweckverbandes der Bäckermeister“.

Der unterzeichnete Vorstand sieht sich veranlaßt, der Dessenlichkeit, hauptsächlich aber den verehrten Hausfrauen, folgendes zu unterbreiten: Unter der Firma: „Zentralrabattspareverein Groß-Berlin“ propagieren die Obermeister der 16 Bäckereinnungen von Groß-Berlin, welche sich den Namen „Zweckverband der Bäckermeister“ beigelegt haben, eine neue Rabattmarken-Gesellschaft, vor der wir nachdrücklich zur größten Vorsicht mahnen.

In den Schriften, die die Gesellschaft bis dato verteilt hat, und ebenso von den Reisenden der Gesellschaft, die bei den Gewerbetreibenden diese Marken vertreiben sollen, wird behauptet, daß hinter dieser neuen Gründung die 16 Bäckereinnungen von Groß-Berlin stehen und mit ihrem gesamten Vermögen für die eventuellen Spargelder haften!

Demgegenüber müssen wir erklären: Daß keine Innung einen Beschluß gefaßt hat, einen neuen und ebenso überflüssigen Rabattspareverein zu gründen oder einem solchen beizutreten, am allerwenigsten aber mit dem Innungsvermögen zu haften. Nicht einer einzigen Innung lag diese Materie zur Beschlussfassung vor!

Abgesehen davon, daß diese Gesellschaft für den Sparer keinerlei Vorteile bietet, birgt deren Gründung möglicherweise die Gefahr der Terrorisierung der Geschäftsleute, insbesondere der Bäckermeister, in sich, wie sie beispielsweise im Lohnkampf der Bäckergesellen 1907 durch Verhängung der Hejesperre sich gezeigt hat.

Der Vorstand der „Freien Vereinigung der Bäckermeister Berlins und Umgegend“. Christian Zeitler. Johann Fischer.

Kleine Anzeigen

Advertisement section containing various notices and classified ads. Includes 'Jedes Wort 10 Pfennig', 'Verkäufe', and 'ANZEIGEN' with detailed listings of goods and services for sale.

